Monatszeitschrift für Politik und Kultur. Hamburg 30. 1. 75/Nr. 2

3,00 DM

februar

konkret

Konkret 2/75

Konkret-Report
Student, '75

Exklusiv-Interview:
KZ-Staat Chile

Arbeitslose:
Rezepte für die SPD

Umweltschmutz:
Gift im Trinkwasser

Abendroth über Robert Neumann ⊛ Blüm über Profite
Piwitt über Frauen ⊛ Parnass über höhere Politik
Dröscher über SPD-Presse ⊛ Buchholz über Terror ⊛ v. Hoffmann über Inge Quandt
Kusnezow über Strauß/Mao

Österreich S 25,–
Schweiz sfr 3,80
Holland hfl 3,80
Italien Lira 850

in konkret Februar 1975

konkret intern

In dubio contra von Hermann L. Gremliza

Inge + Jerry von Alexander von Hoffmann

Rezepte gegen die Krise von Jörg Huffschmid
Was man - im Kapitalismus - tun könnte, um Inflation und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen

Bayrische Löwen, Pekinger Tiger von Wladen Kusnezow
Strauß war in Peking. Exklusiv für KONKRET beschreibt ein sowjetischer Deutschland-Experte dazu den Standpunkt der Sowjetunion

SPD-Presse am- Ende? von Wilhelm Dröscher
KONKRET fragte Wilhelm Dröscher, Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender der Geschäftskommission, nach der Misere der Parteipresse:

Wann fällt der Grosch? von Winfried Thomsen
Über einen Dauer-Skandal

Weder liberal noch gar sozial von Norbert Blüm

Haben wir Vietnam vergessen? von Wolfgang Roth

Gestapo inkl. von Rosemarie Bollinger

Folter und Moral von Luis Vitale
KONKRET-Interview mit dem freigekauften chilenischen KZ-Häftling Luis VitaleLuis Vitale, Professor für Geschichte und führender Gewerkschaftsfunktionär zur Zeit von Allendes Volksfrontregierung, ist nach dem Putsch verhaftet, gefoltert und in verschiedene Konzentrationslager gesteckt worden. Vor wenigen Wochen wurde er -zusammen mit etwa hundert weiteren KZ-Häftlingen - vom Bonner AA-Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewskifreigekauft. In Frankfurt befragten ihn Hans Haustein und Elisabeth Haustein-Abendroth für KONKRET nach seinen Erfahrungen

Die Lehren von Hans Matthöfer

Lieselotte Linsenhof - unterdrückte Frau oder ein Fehlritt der Natur von Hermann Peter Piwitt
Anmerkungen zur neuen Frauenbewegung

Der Fall Staeck: "Schleyer nach Athen" von Heinrich Böll
Das Londoner Institut of Contemporary Art stellte deutsche Künstler aus, das Goethe-Institut schoß zu den Katalog-Kosten 10 000 Mark zu. Der CSU-Abgeordnete Schulze-Vorberg nahm Anstoß an den ausgestellten Plakaten von Klaus Staeck und beschwerte sich bei Außenminister Genscher. Kulturmensch Genscher „bedauerte" und „mißbilligte" -- nicht die Zensur-Wünsche des CSU-Mannes, sondern den Zuschuß des Goethe-Instituts. Heinrich Böll, von Genschers Amt oft als Aushängeschild strapaziert, empfahl in einem Interview, in Zukunft doch die Herren Ziesel oder Zehm zu schicken. Walter Jens machte den Vorschlag, Herrn Habe im Stadion von Santiago aus seinen Werken lesen zu lassen. Da aber offenbar gar nichts mehr unmöglich ist, riet Zehm in der „Welt" tatsächlich, statt Staeck künftig den „Welt"-Karikaturisten Hicks (vormals „Völkischer Beobachter") statt Staeck im Ausland zu präsentieren. Bölls Interview, das wir im folgenden dokumentieren,

nimmt die Antwort auf solche Vorschläge vorweg:

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Student ´75

Die Apo hat sich verlaufen - wo sind die Aufsässigen geblieben? Haben sie resigniert, sind sie angepaßt und tüchtig auf dem langen Marsch in die Karriere? Wie Studenten 1975 leben, arbeiten und kämpfen, beschreibt eine KONKRET-Serie in vier Teilen

Wissen ist links

Das Kuratorium der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung hat seinen Mitgliedern eine Studie zugeschickt, die das Jugendwerk der Deutschen Shell in Auftrag gegeben hatte: „Die Einstellung der jungen Generation zum Unternehmer in seinem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Umfeld“. KONKRET bringt Auszüge:

Stoppt die Terroristen von Martin Buchholz

Fluor als Gift von Holger Strohm

Robert Neumann von Wolfgang Abendroth

Höhere Politik von Peggy Parnass

Simmel-Fimmel von Michael Conrad

Jazz goes to Schickeria von Rüdiger Bloemeke

Buch

Angelique und das Diktat der Massen von Hartmut Schulze

In KONKRET 3/74 beschrieben wir, wie der Bertelsmann-Konzern seinen Buchclub-Mitgliedern in Millionen-Auflage Seichtes bis Menschenfeindliches vergaßt. Bertelsmann dominiert den Markt. Doch Leseringe mit dem Gütersloher Konzern gleichzusetzen, wäre fatal.Über die Büchergilde Gutenberg:

Post

Turfschwindel von Dietrich Kittner

Radikalauer

Konkret 02/75, S. 2

konkret intern

Eigenlob sei übelriechend, sagen die, die wissen, daß an ihnen nichts zu loben ist. Selbstbespiegelung sei erlaubt, sagt Karl Kraus, wenn das Selbst schön ist. Sie werde zur Pflicht, wenn der Spiegel gut ist. Wir nehmen die kleinere Nummer und erlauben uns:

Dies ist die 5. Ausgabe des neuen KONKRET - ein Ende der Serie ist nicht in Sicht. Die Zeitschrift fand (auch ohne PR-Unterstützung, die wir uns nicht leisten konnten) auf Anhieb Käufer genug, um die Herstellungskosten einzuspielen.

Von der Ökonomie zur Politik, von den äußeren Bedingungen zur inhaltlichen Bedingtheit. Beim neuen Start im Oktober 74 hatten wir geschrieben: "KONKRET geht nicht davon aus, daß die Linken einen Paukboden brauchen, auf dem sie sich gegenseitig die Köpfe einschlagen können. KONKRET geht auch nicht davon aus, daß der Sieg des Sozialismus in diesem Land näher liegt als die Zerstörung einmal erreichter Rechte und Freiheiten durch einen wohlorganisierten Vormarsch der Rechten. Dort steht der Feind, und gegen ihn braucht die demokratische Linke jeden Mann."

Das wurde verstanden: Von Wolfgang Abendroth bis Norbert Blüm, von Franz Josef Degenhardt bis Hans Matthöfer, von Heinrich Böll bis Hermann Peter Piwitt, von Walter Jens und Karl-Heinz Hansen bis Rudi Dutschke -sie alle und viele andere, die mitmachen oder ihre Mitarbeit zugesagt haben (wie Martin Walser z.B.), bestätigen die Richtigkeit des Konzepts: Einer linken Zeitschrift, die weder sektiererische Parteilichkeit noch anpasserischen Opportunismus pflegt. Einer Zeitschrift, die immerhin den Versuch macht, dem rechten Rollback ein linkes Sprachrohr entgegenzuhalten.

Konkret 02/75, S. 5

Hermann L. Gremliza

In dubio contra

Widerruf: Die im Folgenden aufgestellten Tatsachenbehauptungen sind nicht erweislich wahr. Das gilt insbesondere, soweit sie in Bezug auf natürliche oder juristische Personen gemacht werden, die im Zuständigkeitsbereich des Amts-, Land- oder Oberlandesgerichts München ansässig sind.

Red.

Fast wäre Alfred Dregger Ende letzten Jahres Ministerpräsident von Hessen geworden, vielleicht wird er nächstes Jahr Innenminister einer Bonner CDU/CSU-Regierung. Dieser Alfred Dregger hat für 1975 zum Kampf gegen „Verbrecher und Radikale" aufgerufen.

Seit jenem Führer, den Alfreds Fernsehvetter Tetzlaff noch heute verehrt, hat das keiner mehr gewagt: Mein Kampf gegen Radikale und (andere) Verbrecher. Dregger sagt ja nicht „Terroristen". Er sagt „Radikale" und meint damit Leute, die im Grundgesetz etwas anderes sehen als die Hausordnung der CSU-Landesleitung. Radikale - das sind die roten Ratten, Sozialdemokraten, Sozialisten, Gewerkschafter. Und die sollen bekämpft werden wie Verbrecher.

Das gab's schon einmal, das kommt (vielleicht) wieder. Aber bevor's soweit ist und wir Radikalen und anderen Verbrecher uns durch Stacheldrähte zublinzeln, sollten wir uns doch überlegen, ob unsere Pingeligkeit in Sachen Rechtsstaat, dieser uns eigene Charme, den Revolverhelden auf der anderen Seite die entblößte Brust zu bieten, wie die Schillschen Offiziere den napoleonischen Füsilieren, ob wir uns das noch leisten können.

Ob wir es uns noch leisten können, rechtsstaatliche Prinzipien wie die Unschuldsvermutung noch gegen Leute in Ehren zu halten, die sowas - wie Dreggers Parteifreund Carstens - als störendes „juristisches Beiwerk" längst abgelegt haben. Ob wir nicht gezwungen sind, Waffengleichheit herzustellen mit den Rechtsradikalen und anderen Verbrechern: Ihnen nichts zu glauben und alles zuzutrauen, den Verdacht als Beweis zu nehmen und die Beschuldigung als Urteil (wie Strauß und Dregger und Carstens es tun).

Und das mit mehr Recht: Die Sicherheit, daß strafrechtliche oder „moralische" Vergehen Linker gesühnt werden, ist so groß wie die Gefahr klein, daß die Klassenjustiz, die rückfällige Ladendiebe härter bestraft als Milliardenschieber oder gar tausendfache KZ-Mörder, einen der ihren richtet. Da bedarf es schon einer Verkettung unglücklichster Umstände - da ein mutiger Polizist, dort ein an seiner dienstanweisenden Behörde vorbeiarbeitender Staatsanwalt plus ein auf Karriere pfeifender Richterplus ein halbes Dutzend hartgesottener Zeugen, und das durch drei Instanzen . . . also es kommt kaum vor.

Und darauf bauen die - hier bei uns und überall, wo es um ihre Leute geht. Denn natürlich war aller Welt, auch der Springerschen, vom ersten Verdacht an klar, daß der Chef der Watergate-Bande Richard Nixon hieß. Natürlich wußte jedermann schon vor dem Allende-Mord, daß die CIA in Chile mitputschen würde, wie einst in Athen. Natürlich hat die CIA für ihre Herren stets Gesetze gebrochen, Vietnamkriegs-Gegner im eigenen Land bespitzelt, Einbrüche, Überfälle und Attentate arrangiert. Fraglich war immer, nur, wie lange der eine Gesetzesbruch durch andere (Erpressung, Morddrohung, Mord) vertuscht werden konnte.

(Zwischen den Zeilen der „Welt" kann man lesen, daß auch sie es weiß: „Nach Vietnam und Watergate haben die selbsternannten Inquisitoren von Amerikas veröffentlichter Meinung jetzt im Geheimdienst CIA ein neues Objekt ihrer gegen die Vereinigten Staaten gerichteten Arbeit gefunden." Kriminell (oder radikal) ist, wer Verbrechen aufdeckt. Dabei hätte man das Schlimmste verhindern können, wenn die Reporter der „Washington Post" und Richter Sirica rechtzeitig dem Schicksal der Luther King zugeführt worden wären. Eine Panne.)

Im Maßstab etwas verkleinert - von Washington auf Bonn -, sieht das so aus: Natürlich hat der BND immer im Inland herumgespitzelt, natürlich hat er illegal Waffen verschoben und tut das vielleicht heute noch. Natürlich stand der BND (und stehen Teile von ihm noch heute) mehr zu Diensten der CSU als der Bundesregierung. Natürlich war der Mord an dem BND-Partner und Waffenhändler Praun keine Eifersuchtstat der Vera Brühne. Natürlich hat der mit Kugeln im Rücken

aufgefundene Admiral Hermann Lüdke nicht Selbstmord begangen.

Natürlich sitzen im Bundestag, knapp gerechnet, hundert Abgeordnete der Rüstungsindustrie. Natürlich hat noch niemand in München bei Prozessen gegen Franz Strauß und andere CSU-Größen Glück gehabt. (Und auch wir tun gut daran, unser Glück nicht zu versuchen). Natürlich sind zehn Prozent unserer Journalisten nebenberuflich als Schnüffler für Nachrichtendienst und Verfassungsschutz tätig.

Natürlich hatte Willy Brandt recht mit seiner Behauptung, bei den Überläufern von 1972 sei Korruption im Spiel gewesen (Seit die klare Regierungsmehrheit den Preis gedrückt hat, ist in über zwei Jahren kein Gewissens-Fall mehr vorgekommen). Und natürlich können Beweise dafür nur gefunden werden, wenn die Herren (wie im Fall Steiner) es wollen, weil das Bankgeheimnis nach rechts so sicher ist wie es nach links den Eindruck einer Schaufensterauslage bietet.

Natürlich beschäftigt sich das Rechtskartell immer mit Plänen, wie einer Bonner Allende-Lage begegnet werden kann. Und natürlich würden uns die Freunde von Pinochet, Papadopoulos und Vorster in solchem Fall nicht anders behandeln als Pinochet, Papadopoulos und Vorster unsere Freunde behandelt haben und behandeln.

Natürlich können wir nicht behaupten, daß Strauß und Friedrich Zimmermann und all die anderen all das getan haben, was getan zu haben sie verdächtigt wurden. Aber niemand kann uns zwingen (und Urteile Münchner Gerichte schon gar nicht) das Gegenteil zu glauben.

Natürlich gibt es in diesem Land nicht nur eine Bande. Und wenn die eine (B & M), die noch nicht abgeurteilt ist und deren Mitglieder deshalb vorerst als unschuldig zu gelten hätten, schon so genannt wird wie nennt man dann eine Vereinigung mit tausenden krimineller Mitglieder, die sich am Paragraphen 218 ihren Swimmingpool oder ihre Privatklinik zusammengeschabt haben? Und was hat die Justiz, was haben die Staatsanwaltschaften gegen ein zum Berufszweig ausgewachsenes Verbrechen jahrzentelang getan? Nichts - der Täter könnte ja ein Korpsbruder, ein Grüngürtel-Nachbar oder Tennispartner sein.

Kriminell ist, wenn's rauskommt. Und das tut's unten (links) fast immer, oben (rechts) fast nie.

Da wir aber nicht erst seit Dachau, My Lai, Jaros und Santiago wissen, wie die Wirklichkeit aussieht, ein guter Rat: Wenn TV-Köpke mal wieder eine Meldung über einen Verdacht gegen Strauß, Kissinger, Fanfani, Giscard, Karamanlis, Isabel Peron, Thieu, Pinochet, CIA, BND, Konrad-Adenauer-Stiftung oder Verfassungsschutz verliest:

Glauben!

Es stimmt in neun von zehn Fällen. Und in dem einen schadet's nicht.

Konkret 02/75, S. 6

Alexander von Hoffmann

Inge + Jerry

Die öffentliche Meinung über Frau Inge Quandt, 46, wohnhaft in Bad Homburg, Heinrich-von-Kleist-Straße 26 bis 30, ist derzeit nicht sehr gut. Zwar kann es ihr egal sein, denn sie hat seit dem Verkauf ihrer Daimler-Benz-Aktien an den Scheich von Kuweit eine runde Milliarde Mark auf dem Konto; wenn sie sich aber trotzdem für die unfreundliche Reaktion auf ihren Coup interessiert, müßte sie sich eigentlich wundern.

Frau Quandt hat etwas, das ihr gehörte, zu einem Preis, den sie angemessen fand, an jemand verkauft, der bereit und fähig war, dafür zu zahlen. Sie hat niemand um Erlaubnis gebeten oder auch nur informiert. Das alles durfte Frau Quandt. Die Gesetze dieses Staates dulden so etwas nicht nur, sie schützen und fördern auf vielfältige Weise das Recht jedes Bürgers, so zu verfahren. Das heißt Freie Marktwirtschaft (FM), und der Regierungschef in Bonn bekennt sich oft und leidenschaftlich dazu.

Nun könnte ja Frau Quandt des Guten zuviel getan, mit der FM sozusagen Mißbrauch getrieben haben. Daß es solche bösen Ausnahmen von der guten Regel gibt zum Beispiel vereinzelte Preiskartelle, hier und da den Aufbau eines marktbeherrschenden Unternehmens - lassen auch überzeugte Anhänger der FM seit je gelten. Und in der Tat, Mißbrauch sollte der Inge Quandt angelastet werden.

„Ein tolles Ding und eine schlechte Sache", empörte sich der SPD-Staatssekretär und FM-Bekenner Rohwedder. CDU-Altparlamentarier Müller-Hermann, wahrlich kein Feind der FM, bekundete „kein Verständnis für die hier geübte Geheimdiplomatie", und FM-Chefideologe Strauß tadelte eine „Verschiebung der Eigentumsverhältnisse in ungeheurem Ausmaß". Sogar der Bundesverband der Deutschen Industrie zeigte Neigung, einer Lex Quandt beizupflichten, die künftig schon den Verkauf von nur zehn Prozent einer Kapitalgesellschaft - Inge Quandt und ihr Schwager Herbert hatten rund 15 Prozent der Daimler-Benz-AG versilbert - wenigstens meldepflichtig machen soll.

Auf Frau Quandt mußte das alles -wenn es sie denn überhaupt interessierte -sehr verwirrend wirken. Denn ihr Mißbrauch, ihr „tolles Ding" waren genau das Garn, aus dem bislang die FM ihre Heldensagen wob. Schwager Herbert zum Beispiel hatte im geheimen viel bedeutsamere Verschiebungen der Eigentumsverhältnisse zustande gebracht, als er sich im vergangenen Jahrzehnt die Aktienmehrheit bei BMW zusammenkaufte, und er stand damit noch weit zurück hinter Friedrich Flick, der sich innerhalb weniger Jahre und ziemlich geheim das Eigentum unter anderem am Papierkonzern Feldmühle, am Chemiekonzern Dynamit-Nobel und eine 40-Prozent-Beteiligung an Daimler-Benz zugeschoben hatte.

Solche Transaktionen genossen seinerzeit ehrfürchtige Bewunderung. Am Sarge Friedrich Flicks feierten Ludwig Erhard und Hermann Josef Abs den Alten als Heros der FM, und Strauß lauschte ergriffen.

Vielleicht wurde Frau Inges Geschäft auch dadurch zum Mißbrauch, daß sie nicht kaufte, sondern verkaufte, sogar ausdrücklich erklärte, sie wolle sich nicht mehr „unternehmerisch betätigen". Aber auch solches hatte bislang als durchaus FM-konform gegolten; Unmut gegen die bloßen Nutznießer ererbter Vermögen wurde als systemfeindlicher sozialer Neid gescholten, reichen Müßiggängern wie Gunter Sachs oder Arndt Krupp wurde die positive Funktion von bunten Farbtupfern zuerkannt, an denen sich die weniger Bunten neidlos erfreuen durften.

War es dann am Ende der Verkauf ins Ausland, der verräterische Akt, Landfremde bei Nacht und Nebel in jene urdeutsche Festung Daimler-Benz einzulassen, der Inge Quandt zum Outlaw der Freien Marktwirtschaft machte? Auch das wäre sonderbar, denn den Begriff „Überfremdung" haben die Verfechter der FM doch seit langem als systemwidrig getilgt. Sie haben doch den massiven Zustrom ausländischen, etwa amerikanischen Kapitals in die westdeutsche Wirtschaft stets nach Kräften gefördert und als segensreich gepriesen. Das kann also auch nicht der Grund für die Aufregung sein.

Oder doch. Ein Scheich - das ist nun ganz und gar nicht dasselbe wie Shell. Ist nicht einmal ganz dasselbe wie der Schah von Persien, dem der Kruppkonzern ein paar Monate zuvor unter schon etwas gequältem Beifall der FM-Experten ein Viertel der Stahlkocherei Rheinhausen verkauft hat Ja, da liegt's: Es war ein „Ölscheich", dem Inge Quandt das Daimler-Paket überlassen hatte, einer von jenen, die der „Spiegel" fett und krummnasig wie „Stürmer"-Juden auf dem Titelblatt karikiert, denen die Massenmedien seit Monaten Erpressung vorwerfen und die Schuld an der Wirtschaftskrise zuschieben. Nicht, *daß* Frau Quandt verkauft hat, *an wen* sie verkauft hat, macht in den Augen der FM-Fans den Mißbrauch aus.

Schon beim Krupp-Geschäft des Schahs im Juli letzten Jahres hatte die „New York Times" es offen ausgesprochen: „Vom ökonomischen Standpunkt aus mag die langfristige Investition von Petrodollars in die westliche Industrie notwendig sein. Aber vom politischen, sozialen und vom Standpunkt der nationalen Sicherheit aus gibt ausländische Kontrolle über wichtige westliche Industriezweige offensichtlich Grund zur Besorgnis, vor allem Kontrolle durch Staaten mit begrenzter Erfahrung in Weltpolitik und mit brennendem nationalem Ehrgeiz."

Die Szene ist klassisch, aus dem „Clou" noch in frischer Erinnerung: Wenn der professionelle Spieler mit seinen eigenen Tricks ausgenommen wird, schreit er „Falschspiel" und möchte die Regeln ändern. Wenn die kapitalistischen Industriestaaten zur Abwechslung einmal von Kapitalisten der Dritten Welt ausgenommen werden - streng nach den gesetzlich geschützten Regeln und Tricks des Systems -gibt das „Grund zur Besorgnis". Dann müssen die Spielregeln geändert werden (genauso reagieren die Industriestaaten übrigens derzeit auf gewisse UNO-Beschlüsse, die streng nach den anerkannten Regeln und Tricks des Systems zur Abwechslung einmal von der Mehrheit der Dritten Welt gefaßt werden). Dann darf zum Beispiel wichtige Industriebetriebe anderer Länder nur noch der kontrollieren, der weltpolitische Erfahrung hat und keine eigenen Interessen verfolgt - wie etwa die Manager von Exxon, Shell oder BP?

Das britische Wirtschaftsblatt „Economist" ließ sich einen bitteren Scherz einfallen. Es rechnete die Einnahmen der ölexportierenden Länder (OPEC) auf Zeiteinheiten um: Die Einnahmen von zwei „OPEC-Tagen" reichten aus, das Daimler-Benz-Paket zu kaufen, zehn „OPEC-Tage" würden den Erwerb der Bank of America möglich machen, 0,9 „OPEC-Jahre" reichen zum Kauf aller börsennotierten deutschen und französischen Firmen, und so weiter.

Ganz lustig, nur vergißt der „Economist" die seit eh und je gültige Gegenrechnung - wie wenige Esso-, United Fruit-, Kennecott-Kupfer-, Unilever-Tage nötig waren, um die Wirtschaft, die Rohstoffe und dazu noch die Regierungen der Entwicklungsländer zu kaufen. Hier natürlich mit weltpolitischer Erfahrung und ohne eigenen Ehrgeiz.

Nun gibt es ja Linke, die der Freien Marktwirtschaft kritisch gegenüberstehen, sie für irrational und in ihren Auswirkungen bedrohlich halten, und die dennoch mit den FM-Champions darin übereinstimmen, daß Krupp oder Daimler-Benz nicht an Schahs und Scheichs verkauft werden sollten - allerdings auch nicht an Shell oder Schickedanz. Es sollte überhaupt aufhören, sagen sie, daß gesellschaftlich entscheidend wichtige Unternehmen hin und her verscherbelt werden dürfen, je nach den ganz privaten Interessen des Verkäufers und Erwerbers.

Wenn die Partner solcher Transaktionen etwa Hans Gerling und Gunter Sachs, Iwan Herstatt und Bernie Cornfeld oder auch Shell und Schickedanz heißen - um nur einige durchaus nicht unmögliche Kombinationen zu nennen - dann geschieht gar nichts anderes, als wenn der Käufer ein Ölscheich, die Verkäuferin eine lustige Witwe ist.

Nur wird in diesem Fall das Irrationale der FM besonders anschaulich - sozusagen Stoff für Jerry Lewis.

Konkret 02/75, S. 9

Jörg Huffschmid

Rezepte gegen die Krise

Was man - im Kapitalismus - tun könnte, um Inflation und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen

Das Interpretationsmuster, dessen sich die Bundesregierung - unterstützt vom Sachverständigenrat, der Bundesbank und dem Bundesverband der Deutschen Industrie - zur Erklärung der gegenwärtigen und in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands schwersten Wirtschaftskrise bedient, ist ebenso einfach wie entlarvend:

· Krise herrscht, weil nicht genügend investiert wird.

· Die Investitionen sind zurückgegangen, weil die Investitionsneigung gesunken ist.

· Die Investitionsneigung mußte deshalb und dann zurückgehen, weil und als es nicht mehr gelang, die gestiegenen Kosten - die erpresserische Politik der Ölscheichs im Ausland und der Gewerkschaften im Inland - ohne weiteres auf die Preise zu überwälzen, die privaten Gewinne also nicht mehr im bisherigen Maße stiegen.

Kurz: Die Krise ist da, weil die privaten Gewinne zu niedrig sind.

Ihrer verdinglichten Fachterminologie entkleidet und auf die dahinter liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse bezogen, entlarvt diese Erklärung in aller Deutlichkeit, wie und wielange die kapitalistische Wirtschaft funktioniert, was kapitalistische Stabilität ist: Kapitalistische Produktion funktioniert dadurch, daß die kleine Minderheit von Mitgliedern der Gesellschaft, die die Produktionsmittel besitzt oder über sie verfüge, von der großen Mehrheit der Gesellschaft, der werktätigen Bevölkerung, aus ihrer Produktion einen Gewinn zur privaten Verfügung bezieht; und sie funktioniert nur solange, wie dieser Gewinn in den Augen der Kapitalisten hoch genug ist, um bei ihnen die „Neigung" zu investieren hervorzurufen. Kapitalistische Stabilität ist Stabilität der Profite und verursacht die Krise der Gesamtwirtschaft.

Ebenso unmißverständlich klassenspezifisch wie diese Kriseninterpretation ist dann auch die Krisenpolitik der Bundesregierung ausgefallen: Wenn die Krise durch zu niedrige Gewinne hervorgerufen wird, dann muß Krisenpolitik logischerweise darin bestehen, die Gewinne zu erhöhen. Die Bundesregierung ist dieser Logik vor allem durch drei Maßnahmen gefolgt:

· Zunächst einmal gewährt sie für alle Investitionen vom 1. 12. 1974 bis zum 30. 6. 1975 einen Barzuschuß in Höhe von 7,5 Prozent der Investitionskosten, verbilligt die Investitionen in dieser Zeit also um 7,5 Prozent, was insgesamt etwa 7 bis 8 Milliarden Mark kosten wird.

· Zum zweiten zahlt die Bundesregierung Arbeitgebern für die Einstellung neuer Arbeitnehmer 6 Monate lang 60 Prozent in Sonderfällen sogar 100 Prozent- des tariflichen oder ortsüblichen Lohns, stellt dem Arbeitgeber also praktisch auf Staatskosten Arbeitskräfte zu einem lächerlich geringen Preis oder sogar ganz umsonst zur Verfügung für diese „Eingliederungszuschüsse" sind 500 Millionen Mark vorgesehen.

· Schließlich wird die Bundesregierung in diesem Jahr zusätzlich 1,1 Milliarden Mark an Staatsausgaben tätigen, die in Form von Staatsaufträgen ebenfalls an die Privatindustrie gehen.

Den 7,5 bis 8,5 Milliarden Mark reiner Gewinnzuschüsse stehen ganze 100 Millionen Mark gegenüber, die als „Mobilitätszulagen" an Arbeitnehmer gewährt werden können, die nach längerer Arbeitslosigkeit einen schlechter bezahlten oder weit vom Wohnort entfernten Arbeitsplatz finden.

Die Frage ist, ob es sich lohnt, dieses Krisenbekämpfungsprogramm der Bundesregierung als einen politischen Skandal ersten Grades zu bezeichnen und zu bekämpfen. Dies kann nur dann sinnvoll sein, wenn es Alternativen gibt, die realisierbar sind, ohne daß sich der gesamte Bezugsrahmen ändern müßte. Anders gefragt: Hätte eine grundsätzlich auf dem Boden der Marktwirtschaft stehende Bundesregierung innerhalb unseres kapitalistischen Systems in Westdeutschland alternative und bessere Möglichkeiten gehabt, um die akute Wirtschaftskrise - vor allem deren spürbarste Wirkungen: Arbeitslosigkeit und Inflation - zu bekämpfen oder zumindest zu dämpfen?

Eine vermeintlich radikale Position wäre wohl geneigt, diese Frage zu verneinen: Nicht nur die Geschichte zeigt, daß Kapitalismus und Krisen unauflöslich miteinander verbunden sind; auch die theoretisch formulierbaren Gesetze des Kapitals beinhalten, daß im Begriff der kapitalistischen Produktionsweise - im Grundwiderspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, im Akkumulationsgesetz einschließlich des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate -Widersprüche angelegt sind, die eine krisenfreie kapitalistische Entwicklung unmöglich machen. Es bleibt also nur, den Kapitalismus abzuschaffen.

Die - in letzter Konsequenz nicht bestrittene - Radikalität dieser Position geht an der Frage vorbei und vergißt über den immanenten Widersprüchen des reinen Kapitalverhältnisses den Widerspruch der Klassen, den dieses Kapitalverhältnis produziert und der sich in jeweils bestimmten historischen Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen ausdrückt. Es geht nicht um die prinzipielle Stabilisierung des Kapitalismus durch staatliche Wirtschaftspolitik, sondern es geht um die Frage, ob und inwieweit innerhalb des gegenwärtigen westdeutschen Kapitalismus Maßnahmen der Bundesregierung denkbar sind, die erstens den Zweck der kurzfristigen Krisendämpfung erfüllen - also Zunahme der Beschäftigung und Abnahme der Inflation bewirken - könnten und zweitens nicht in derart massiver Weise ausschließlich auf die Erhöhung der privaten Kapitalprofite ausgerichtet wären, wie das Programm der Bundesregierung es ist, sondern neben den Interessen des Kapitals auch Interessen der Werktätigen befriedigen könnten. Bei der Beantwortung dieser Frage reicht der Verweis auf die prinzipiellen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalverhältnisses nicht aus, ist vielmehr eine genaue Untersuchung des konkreten Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft notwendig.

Kommen wir noch einmal auf die Kriseninterpretation der Bundesregierung zurück, in der die Investitionsneigung der privaten Unternehmer der Angelpunkt für Wohl und Wehe der gesamten Wirtschaft ist. Diese Interpretation enthält durchaus materialistische Elemente: Die Investitionen sind in der Tat in jeder Gesellschaft das Rückgrat der gesamten Wirtschaft, und unter kapitalistischen Verhältnissen sind die Gewinnerwartungen tatsächlich die auslösenden Momente für die Investitionsneigung der Kapitalisten.

Daraus folgt auch, daß eine Bundesregierung, die fest auf dem Boden der Marktwirtschaft steht, Krisenbekämpfung grundsätzlich als Politik zur Verbesserung der Gewinnchancen des privaten Kapitals verstehen muß. Mit diesem Grundsatz ist aber noch nichts darüber gesagt, in welchem Maße und auf welche Weise diese Gewinnerwartungen verbessert werden müssen. Und dies sind die Fragen, die die konkrete Politik unmittelbar angehen und deren Beantwortung möglicherweise Raum läßt, um bestimmte Interessen der Werktätigen auch gegen das Kapital durchzusetzen, seine unumschränkte politische und ökonomische Vorherrschaft einzuschränken, ohne damit schon das Kapitalverhältnis aufzuheben.

Es gibt kein Naturgesetz und keinen Sachzwang derart, daß ein Kapital nur ab einer quantitativ genau bestimmten Profitrate investiert, und es ist - wie das Kapital in Form von großen marktbeherrschenden Konzernen anderen Kapitalen gegenüber unzähligemale vorexerziert hat - ebenso ein Naturgesetz, daß Kapitale jederzeit von weniger profitablen in profitablere Anlagebereiche abwandern können. Beides hängt außer von den jeweiligen stofflichen Besonderheiten des Bereichs, in dem Kapital gerade gebunden ist, und den Konkurrenzverhältnissen zwischen den Kapitalen, auch und besonders von dem Kräfteverhältnis zwischen denen ab, die das Kapital als Eigentümer besitzen, und denen, die an und mit dem Kapital als Produzenten den gesellschaftlichen Reichtum schaffen.

Natürlich ist jede Einschränkung der Dispositionsfreiheit und der Profiterzielungsmöglichkeit des Kapitals gegen seine innere Natur gerichtet und wird von den Kapitalisten als Charaktermasken des Kapitals entsprechend bekämpft. Das heißt aber noch nicht, daß jede solche Einschränkung unmöglich ist. Daß es dies nicht heißt, davon legen die in der BRD sehr bescheidenen, in anderen kapitalistischen Ländern viel weiterreichenden Erfolge, der Arbeiterbewegung Zeugnis ab. Selbst die zaghaften und bescheidenen Bestimmungen der Mitbestimmungsgesetze, der Sozial- und Arbeitslosenversicherung, der Rentengesetze usw. beschneiden die ungehemmte Profitexpansion des Kapitals, beschränken damit die absolute Privatheit der Verfügung über das private Kapital, nach der die Kapitalisten streben.

Es gibt kein anderes Argument als das der - veränderbaren - Machtverhältnisse, weshalb die Privatheit der Verfügung über privates Kapital nicht auch in Bezug auf die Investitionen - wie schon bei der Gestaltung des Arbeitsplatzes und des Produktionsablaufes-beschnitten werden könnte und sollte. Im Gegenteil, angesichts der entscheidenden Rolle der privaten Investitionen für die gesamte ökonomische Entwicklung in einer kapitalistischen Gesellschaft sprechen alle Argumente für eine solche gesellschaftliche Einflußnahme auf die Investitionen.

Angewandt auf das gegenwärtig aktuelle Problem der Krisenbekämpfung heißt das: Es sind unschwer andere, beschäftigungs- und preispolitisch für die Interessen der Werktätigen sinnvollere Methoden der Investitionsankurbelung denkbar, die gleichzeitig realistisch sind, weil sie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht unmittelbar grundsätzlich in Frage stellen, die einerseits unter den gegenwärtigen kräftemäßigen Konstellationen realisierbar wären, auf der anderen Seite einen - wenn auch kleinen - Schritt zur Veränderung dieser Kräftekonstellation zugunsten der Arbeiterbewegung bedeuten würden.

Die mildeste Form dieser Investitionsankurbelung, die die Bundesregierung durchaus noch in ihrem eigenen Anspruchshorizont hätte durchsetzen können, ist die Bindung von Investitionszulagen, Eingliederungszuschüssen und Staatsaufträgen an die Erfüllung bestimmter Auflagen, die einerseits unmittelbar krisenbezogen, andererseits längerfristig gesellschaftspolitisch relevant sein können:

· Die Gewährung von Investitionszulagen und Staatsaufträgen könnte und sollte sinnvollerweise davon abhängig gemacht werden, ob und in welchem Maße und in welchen Bereichen durch die Investitionen tatsächlich längerfristig Arbeitsplätze geschaffen werden. Die gegenwärtige Regelung dagegen fördert Rationalisierungsinvestitionen, bei denen Arbeitsplätze

vernichtet werden, ebenso wie Investitionen in bereits zu dicht industrialisierten Regionen oder bestens florierenden Bereichen. Das ist eine völlig unsinnige Verschleuderung von Steuergeldern. Auch bei der Vergabe von Staatsaufträgen wird gegenwärtig nicht danach gefragt, ob die nachgefragten zusätzlichen Güter durch die Schaffung neuer oder die Rationalisierung und Intensivierung alter Arbeitsplätze produziert werden. Vollends absurd ist die Regelung bei der Eingliederungszulage, bei der die Unternehmen Arbeitskräfte für sechs Monate zu einem lächerlichen Preis oder gar ganz umsonst erhalten, ohne eine wirkliche Garantie geben zu müssen. diese Arbeitskräfte auch über die sechs Monate hinaus zum normalen Lohn zu beschäftigen.

Hieraus wird ersichtlich: Auflagen, die das beschäftigungspolitische Ziel der an die Privatwirtschaft fließenden öffentlichen Gelder ausdrücklich sichern, sind nicht zusätzliche und zur Not auch verzichtbare Ergänzungen, sondern notwendige Elemente einer einigermaßen soliden Politik zur schnellen Behebung der Arbeitslosigkeit.

· Eine zweite Art von Auflagen, die mit Investitionszuschüssen und Staatsaufträgen verbunden werden sollte, betrifft die Preissetzung der begünstigten Unternehmen. Wenn die Investitionskosten des Kapitals durch die Barzulage um 7,5 % gesenkt werden, dann erhöht sich von dieser Seite her die Rentabilität der Unternehmen beträchtlich, und es ist sinnvoll und zumutbar, von den Unternehmen zu verlangen, ihre Preise für eine gewisse Zeit nicht zu erhöhen. Ähnliches gilt für die Staatsaufträge: Wenn durch öffentliche Gelder brachliegende Kapazitäten ausgenutzt werden - und das ist ja der Sinn der Maßnahme - so nehmen die durchschnittlichen Kosten der Produkte ab, und eine Profitsteigerung tritt auch ohne Preiserhöhung ein.

· Schließlich sollte auch daran gedacht werden, die Gewinnverbesserung an die Erfüllung gesetzlicher Bestimmungen, vor allem hinsichtlich der Arbeitssicherheit und des Betriebsverfassungsgesetzes zu binden, die staatliche Förderung der Gewinne also davon abhängig zu machen, ob ein Unternehmen in ausreichendem Maße für die Sicherheit am Arbeitsplatz gesorgt hat und ein Betriebsrat existiert und den notwendigen Aktionsspielraum hat.

Durch eine derartige selektive Investitionsförderung würde erstens die krisendämpfende Absicht bei den ausgezahlten Geldern eher erreicht, zweitens würden sehr viel weniger Mittel ausgegeben sein; der Rest könnte dann für eigene staatliche Wirtschaftstätigkeit vor allem in Bereichen eingesetzt werden, wo private Rentabilität nicht gesichert werden kann oder private Machtverhältnisse Investitionen blockieren.

Ein derartiger Vorschlag muß, so bescheiden er ist, sich sofort die miteinander zusammenhängenden Fragen nach der politischen Machbarkeit und nach der weiteren Dynamik und Perspektive derartiger staatlicher Maßnahmen gefallen lassen.

Zur Frage der Machbarkeit: Selbstverständlich würden schon die geringfügigsten Auflagen, die mit staatlichen Gewinnverbesserungen für das private Kapital verbunden würden, auf den erbitterten Widerstand der betroffenen Unternehmen stoßen. Den Argumenten über die Marktinkonformität oder gar Verfassungswidrigkeit derartiger Auflagen würde der schlichte Erpressungsversuch folgen, unter derartigen Bedingungen dann eben nicht zu investieren und die Krise ihren Lauf nehmen zu lassen. Ein derartiger Erpressungsversuch wird unter dem Eindruck der Theorie von der alles entscheidenden Rolle der Investitionsneigung gerne als Sachzwang hingestellt, durch den die staatlichen Auflagen als nicht realisierbar erwiesen seien.

Aber man soll die Kraft eines solchen Erpressungsversuches auch nicht überschätzen: Solange das Kapital überhaupt noch an Westdeutschland als Verwertungsgebiet interessiert ist- und das wird es auf jede absehbare Zeit trotz Krise, gesellschaftspolitischer Reformen und staatlicher Auflagen bleiben - muß es auch in der Wahl seiner Gegenstrategien vorsichtig sein, kann es sich drastische und massive Strategien, die in der Diskussion immer unmittelbar beschworen werden, wenn von staatlichen Eingriffen in die Privatheu der Investitionsdispositionen die Rede ist, nicht ohne weiteres und in jedem beliebigem Umfang leisten.

Eine massive Welle von Produktionseinschränkungen über das gegenwärtige Maß hinaus und eine massenhafte Verlagerung westdeutschen Kapitals ins Ausland beispielsweise würde die innenpolitische Situation derart verschärfen und polarisieren, daß auch die politischen Kräfteverhältnisse sich ändern würden und eine prinzipiell systemkonforme Bundesregierung sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Gewerkschaften gezwungen sähe, wirksame Maßnahmen gegen Kapitalflucht durchzuführen oder aber massive soziale Unruhen zu riskieren, in deren Verlauf es dann möglicherweise zu noch drastischeren Maßnahmen wie Enteignung von Banken und Konzernen kommen könnte.

Westdeutschland ist nicht Chile, die Organisation des wirtschaftlichen Chaos ist bei einer entwickelten und relativ einheitlichen - wenn auch prinzipiell systemkonformen - Gewerkschaftsbewegung nicht ohne weiteres möglich, und der faschistische Putsch scheint mir angesichts der internationalen Kräfte- und Interessenkonstellation und des immerhin noch erheblichen Masseneinflusses der Sozialdemokratie höchst unwahrscheinlich.

Man kann die Argumentation hinsichtlich der Durchsetzbarkeit der vorgeschlagenen Auflagen in Verbindung mit den krisendämpfenden Gewinnverbesserungen in vier Schritten zusammenfassen:

Erstens würde das westdeutsche Kapital gegen die Investitionsauflagen vehement zu Felde ziehen, weil es dadurch sowohl seine Profitmöglichkeiten als auch seine exklusive Dispositionsfreiheit der Kapitalisten über den gesamten gesellschaftlichen Reichtum zu Recht- wenn auch nur in sehr bescheidenem Maße - beeinträchtigt sähe.

Zweitens müßte aber auch das westdeutsche Kapital daran interessiert sein, durch seine Gegenstrategien die gesellschaftliche Polarisierung nicht so massiv und offen voranzutreiben, daß es damit eine einheitliche Front der Bevölkerung gegen sich aufbauen würde und sich dadurch in die Defensive gedrängt sähe.

Das westdeutsche Kapital kann an dieser extremen Zuspitzung der Widersprüche drittens auch deshalb nicht interessiert sein, weil es auch mit den staatlichen Auflagen leben und sich durchaus verwerten kann, denn dafür sind die staatlichen Eingriffe ja bescheiden genug.

Da die staatlichen Auflagen aber bei aller Bescheidenheit einen Eingriff in die Profit- und Dispositionsfreiheit des Kapitals darstellen, würde dieses viertens zweifellos versuchen, auf anderem als auf dem Wege der massiven Intervention die Situation wieder zu seinen Gunsten zu verändern, es würde versuchen, das, was es auf einen Schlag durch die große gesellschaftliche Klassenkonfrontation nicht erreichen kann, Schritt für Schritt durchzusetzen. Nicht nur die Revolution, sondern auch die Konterrevolution muß sich unter den gegenwärtigen Bedingungen daran gewöhnen, schrittweise vorzugehen.

Und dies ist die eigentliche Gefahr, die realistischer ist als die des plötzlichen Umsturzes von rechts oder des vom Kapital inszenierten Chaos. Sie ist deshalb größer, weil sie unauffälliger ins Werk gesetzt werden kann und daher nicht quasi automatisch die zu ihrer Verhinderung notwendigen Gegenkräfte mobilisiert. Derartige schrittweise Maßnahmen des Kapitals zur Wiedergewinnung des politischen und ökonomischen Status quo würden auch von einer sich an den „Sacherfordernissen" des Kapitals ausrichtenden Bundesregierung unterstützt, wie schon jetzt im politischen Bereich die Praxis der Berufsverbote und im ökonomischen Bereich das oben dargestellte Stabilitätsprogramm deutlich zeigen.

Unterstützung für die Sache der Werktätigen ist hier nicht von einer auf das Kapitalinteresse fixierten Bundesregierung zu erwarten, sondern einzig und allein von den Kräften und Organisationen der Arbeiterbewegung, die dann allerdings auch die Bundesregierung zu bestimmten progressiven Maßnahmen veranlassen können. Den Kräften und Organisationen der Arbeiterbewegung- auch den reformistischen - stellt sich hier mit aller Eindringlichkeit die Aufgabe, den politischen und ökonomischen Rückschritt hinter den Status quo zu verhindern und das, was einmal unter dem Druck der Arbeiterbewegung erreicht wurde, zu sichern.

Da das Kapital seine Angriffe auf diese einmal erreichten Positionen der Arbeiterbewegung aber aus inneren Verwertungsnotwendigkeiten nicht einstellen kann, sondern im Gegenteil mit zunehmenden Erfolgen der Arbeiterbewegung ausdehnen und verschärfen muß, ist eine langfristige Sicherung der erkämpften Errungenschaften nur dadurch möglich, daß die Macht und die Einflußmöglichkeiten des Kapitals weiter eingeschränkt werden, daß auf der anderen Seite die Kräfte und Organisationen der Arbeiterbewegung sich mehr Einfluß in der Ökonomie und Politik der BRD verschaffen.

Das heißt: Die einmal erreichten Erfolge - und das trifft nicht nur für die Auflagen eines progressiven Krisenbekämpfungsprogrammes, das es bis jetzt ja nicht gegeben hat, sondern auch für bisherige tatsächliche Erfolge zu - können nur gesichert werden, wenn langfristig die privaten Investitionen nicht mehr nur ausnahmsweise in einem besonderen Krisendämpfungsprogramm, sondern *prinzipiell* der ausschließlichen Dispositionsautonomie der Produktionsmittelbesitzer entzogen würden, wenn die Kräfte und Organisationen der Arbeiterbewegung überhaupt an allen relevanten Entscheidungen, die sie als Produzenten und Konsumenten betreffen, beteiligt werden, also vor allem an Entscheidungen über Art und Umfang der Investitionen ebenso wie über Menge, Qualität und Preise der produzierten Güter sowie an den Bedingungen der Arbeit und der Reproduktion der Arbeitskraft in der Freizeit.

Eine solche umfassende Beteiligung ist bei weitem noch kein Sozialismus, aber es ist schon ein wichtiger und entscheidender Schritt zur echten Vergesellschaftung von Produktion und Produktionsmitteln, zur demokratischen gesellschaftlichen Planung der gesamten Produktion und Verteilung, ein entscheidender Schritt zu Demokratie, Freiheit und ökonomischen Stabilität, die nur im Sozialismus verwirklicht werden können.

Derartige Errungenschaften und Schritte fallen nicht unter die Rubrik „kurzfristige Krisendämpfung". Sie ergeben sich aber als Notwendigkeit, wenn bestimmte realistische und unter dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis von der gegenwärtigen Bundesregierung durchführbare Elemente eines progressiven Krisenbekämpfungsprogrammes langfristig gesichert werden sollen. Die Forderung nach diesen Elementen und ihrer langfristigen Sicherung richtet sich daher auch nicht unmittelbar an die Bundesregierung, die es nicht einmal für notwendig gehalten hat, ihre wirtschaftspolnischen Subventionen an das

Kapital mit denjenigen Auflagen zu versehen, die das Ziel der Dämpfung von Arbeitslosigkeit und Inflation wenigstens oberflächlich gewährleisten würden.

Nur wenn derartige Forderungen von den Kräften der Arbeiterbewegung, den linken Teilen der Sozialdemokratie, den Kommunisten und vor allem den Gewerkschaften erhoben und gemeinsam vertreten werden, lassen sie sich gegenüber der Bundesregierung durchsetzen, und nur, wenn diese Kräfte und Organisationen eisern und einheitlich die schrittweisen Strategien der Kapitalisten entlarven und bekämpfen, kann die Bundesregierung veranlaßt werden, den reaktionären Tendenzen in der BRD nicht nachzugeben und die Voraussetzungen für weiteren ökonomischen und gesellschaftspolitischen Fortschritt zu schaffen bzw. zu erhalten.

Konkret 02/75, S. 12

Wladen Kusnezow

Bayrische Löwen, Pekinger Tiger

Strauß war in Peking. Exklusiv für KONKRET beschreibt ein sowjetischer Deutschland-Experte dazu den Standpunkt der Sowjetunion

Franz Josef Strauß ist auf Grund einer offiziellen Entladung nach Peking gereist. Eine solche Ehre wird nicht jedem zuteil.

Vergessen sind die einstigen Streitigkeiten. Die Knüppel, die man gegenseitig dem Gegner vor die Füße warf, verstauben jetzt in der Ecke. Aus dem Sprachgebrauch sind die kriegerischen Worte verschwunden und durch diplomatische, ausgesprochen höfliche Floskeln ersetzt worden.

Strauß warnt nicht mehr vor der „gelben Gefahr"; so überschrieb er einst ein Kapitel seines Buches „Fragen und Antworten". Er verbreitet sich nicht mehr über den chinesischen „Totalitarismus" und „Extremismus“. Peking zahlt mit gleicher Münze zurück. Strauß ist kein „Revanchist" mehr, kein „wilder Reaktionär'" und kein „unverbesserlicher Imperialist".

Beide Seiten haben eine Wendung um 180 Grad oder - nach chinesischer Terminologie - einen „großen Sprung“ gemacht. Extreme harmonieren miteinander, scheinbar unversöhnliche Gegner wurden zu Bündnispartnern. Jetzt schimpfen sie nicht mehr aufeinander, sondern zitieren sich gegenseitig wohlwollend. Dabei finden sie mehr Berührungspunkte als Meinungsverschiedenheiten. Das Spektrum der Harmonie reicht von übereinstimmenden Bewertungen der internationalen Lage bis zu gleichen diktatorischen Allüren und der Verteufelung Andersdenkender.

Sowohl Peking als auch Strauß ziehen es vor, dem für sie unangenehmen Terminus Entspannung das Wort „sogenannte" vorauszustellen. Einmütig versuchen sie, die Vokabel zu malträtieren. Entspannung ist „eine vorübergehende und oberflächliche Erscheinung", behauptet man in China, Entspannung ist ein „trügerisches Wortspiel" erklärt Strauß.

Sowohl in Peking als auch im Strauß-Lager zieht man die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges in Zweifel, wendet sich gegen die Rechtmäßigkeit und Unveränderlichkeit der europäischen Nachkriegsgrenzen, deren Unverletzlichkeit in den Verträgen der UdSSR, der Volksrepublik Polen, der DDR und der CSSR mit der Bundesrepublik sowie durch das vierseitige Abkommen über Westberlin fixiert wurde.

Der „blaue Traum" von Strauß geht dahin, in dieser oder jener Form „europäische Atomkräfte" zu schaffen. Und Peking gibt von Zeit zu Zeit zu verstehen, daß es ,sich gegenüber den Projekten einer neuen Variante der „europäischen Verteidigungsgemeinschaft" im Rahmen des gemeinsamen Marktes und der „vereinigten europäischen Atomkräfte" unter Ägide der NATO wohlwollend verhalten würde. Sowohl die maoistische Führung als auch die Anhänger von Strauß wenden sich gegen den Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen.

„Unser Hauptgegenspieler und Hauptgegner ist Moskau, und Warschau, Prag, Budapest usw. sind Nebenkriegsschauplätze". Diesen Strauß`schen Wortschatz hat man sich auch in Peking angeeignet. Dort wird heute tagtäglich erklärt, die UdSSR sei der „Hauptfeind Chinas".

Sowohl Peking als auch die Anhänger von Strauß haben sich geschworen, das Schreckgespenst „sowjetische Bedrohung" gemeinsam auszubeuten. Strauß schreckt die Westdeutschen und Europäer mit der Perspektive eines „multinationalen europäischen Staates" unter sowjetischer Ägide. Peking wird nicht müde zu behaupten, daß Westeuropa auf diese Weise „in die Fänge der sowjetischen Hegemonie" gerate. Wir sehen also, Franz Josef Strauß ist soweit „gediehen", als reife Frucht in die Schüssel der maoistischen Diplomatie zu fallen. Und Peking ist in nicht geringer Weise bereit, von einem Flirt zum Heiratskontrakt überzugehen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchten wir feststellen, daß wir nichts Anstößiges darin sehen, daß Strauß in München chinesische Journalisten empfängt und jetzt selbst beabsichtigt, Peking zu besuchen. Kontakte auf verschiedenen Ebenen zwischen Vertretern kapitalistischer und sozialistischer Länder sind in unseren Tagen eine ganz normale Sache, eine natürliche Erscheinung des internationalen Lebens. Aber solche Kontakte muß man unter einem bestimmten

Gesichtswinkel betrachten und werten: Dienen sie den Interessen der Entspannung oder widersprechen sie ihr, fördern sie die Zusammenarbeit und die Verständigung zwischen Ost und West oder sind sie gegen diese Annäherung, gegen andere Länder gerichtet?

Wofür braucht Peking Strauß? Wofür braucht Strauß Peking? Was sind ihre Motive und was sind ihre Pläne in dem großen Spiel?

Peking, das hegemonistische Großmachtziele verfolgt und Anspruch auf eine Revision der Sowjetisch-chinesischen Grenze erhebt, versucht, der Sowjetunion in Europa „die Hände zu binden" und ihr „gegenüber ein politisches und militärisches Gegengewicht zu schaffen. Daraus erklärt sich auch die überhöhte „europäische Aktivität" des fernöstlichen Landes.

„Peking wünscht, eine ‚zweite diplomatische Front' gegenüber der UdSSR zu eröffnen", stellte die belgische Zeitung „Soir" unlängst fest. Die Pekinger Führer wünschen, nach Meinung des Pariser „Figaro", die Schaffung einer mächtigen europäischen Gemeinschaft an der westlichen Flanke der UdSSR, weil sie allein durch ihre Existenz die Handlungsfreiheit der UdSSR in ihrer aktiven Politik gegenüber China einschränkt". Dies wird in der Tat durch alle Manöver der maoistischen Diplomatie bestätigt: durch ihre Äußerungen über die „nichtgeregelten" und „nicht endgültigen" Grenzen, durch die Förderung der Blockpolitik, durch das fortwährende Drängen auf die westlichen Länder, das Wettrüsten zu forcieren, die Konfrontation mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern wieder aufzunehmen bzw. zu verschärfen. Eine langfristige Zielvorstellung Pekings besteht darin, territoriale Konflikte zwischen den europäischen Staaten zu provozieren, zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten Zusammenstöße herbeizuführen, sowohl die einen als auch die anderen in einerpolitisch-militärischen Konfrontation sich auszehren und schwächen zu lassen, dabei selbst politisches Kapital herauszuschlagen und hegemonistische Ambitionen zu realisieren.

Kastanien aus einem Feuer zu holen, das sich weit genug entfernt von der eigenen Schwelle befindet, ist eine beliebte Methode der maoistischen Diplomatie. Mit anderen Worten: „Vom hohen Berg aus die Kämpfe der Tiger im Tal zu beobachten". Das ist nicht neu. Neu ist nur, daß einige Kreise, die sich als Söldner Pekings anbiedern, vergessen, daß sie sich nicht auf dem „hohen Berg", nicht hinter der chinesischen Mauer befinden, sondern auf einem Kontinent, wo es an Zündstoff ohnehin nicht mangelt, wo eine Konfrontation besonders gefährlich ist.

Die Verlockungen, politische Vorteile aus einer antisowjetischen Blockbildung mit den Maoisten zu ziehen, gewinnen bei gewissen Leuten in Europa mitunter die Oberhand über den gesunden Menschenverstand, über realistisches Verhalten und über die erforderliche Umsicht, ohne die man Diplomatie nicht treiben kann. Dann hört man plötzlich auf zu erkennen, daß Peking den natürlichen Wunsch vieler westeuropäischer Länder, mit China Beziehungen zu entwickeln, für seine eigennützigen Interessen ausnutzt und zu mißbrauchen versucht. Im Grunde genommen stellt die maoistische Diplomatie ihre Partner vor die Alternative: entweder wir oder die Sowjetunion. „Die westeuropäischen Länder können nicht auf die Unterhaltung gleich guter Beziehungen zu China und zur Sowjetunion setzen", erklärte nicht irgendein zweitrangiger Beamter des Pekinger diplomatischen Dienstes, sondern Tschou En-lai persönlich.

Erinnern wir und daran, wie unzufrieden Peking war, als es ihm nicht gelang, dem Besuch des französischen Präsidenten Pompidou eine maoistische Färbung zu verleihen. Die antisowjetische Linie Pekings, die Linie der „Anti-Entspannung“ fand keine Unterstützung. Sein Besuch, sagte Pompidou auf einer Pressekonferenz vor seinem Abflug aus Peking, sei „absolut nicht gegen irgend ein Land, auch nicht gegen die Sowjetunion gerichtet".

Diese vernünftige, den wirklichen Interessen der westlichen Länder entsprechende Politik möchte man in Peking torpedieren, und zwar mit Hilfe jener westlichen Persönlichkeiten, die in ihrer antisowjetischen Verblendung aufhören, die objektiven Interessen des Westens von den subjektiven Zielen Chinas zu unterscheiden, Und so beginnen sie, Wasser auf die antisowjetische Mühle zu treiben.

Die Annäherung Chinas an Länder, die Peking noch gestern als imperialistisch bezeichnete, dient den utilitaristischen Zielen der maoistischen Diplomatie, der Einbeziehung des Westens in antisowjetische Kombinationen.

„ . . . da uns Europäern die ‚rote Gefahr' . . . während wir an der stärkeren Bindung der Sowjets an ihrer asiatischen Ostgrenze interessiert sind . . . Partiell und zeitweilig begegnen sich daher unsere und die chinesischen Interessen", schrieb Strauß in seinem 1968 erschienenen Buch „Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa".

Wie wir sehen, ist das Straußsche Europa-Projekt eine stilreine Chinaserie.

Der Boden in Europa wird Strauß und seinesgleichen unter den Füßen weggezogen. Die NATO unterliegt einer Erosion, der Gemeinsame Markt liegt im Fieber. Andererseits wurden die Spannungen in Europa geringer, in Genf und Wien sucht

man Wege zu einer weiteren politischen und militärischen Entspannung. Auf wen soll Strauß sich da stützen? Auf wen soll er da seine Hoffnungen setzen? Strauß ergreift den Strohhalm, der ihm aus Peking zugeworfen wird.

Verdienst für Verdienst: Die militaristischen und revanchistischen Kreise stacheln ihrerseits Peking an, die Spannungen an der sowjetischen Grenze aufrechtzuerhalten. Peking, das versucht, das Knäuel der europäischen Angelegenheiten zu Verwirren, Komplikationen auf dem europäischen Kontinent, wo sich zwei Welten un denen bewaffnete Streitkräfte unmittelbar gegenüberstehen, zu schüren, hofft, in anderen Gebieten der Welt, in anderen Sphären des internationalen Lebens inzwischen Punkte zu sammeln.

Die Strategie der beiden Fronten - die im Fernen Osten und in Europa - versuchen, mit dieser Taktik einen Druck auf die UdSSR, die DDR und andere sozialistische Länder auszuüben, um diesen Zugeständnisse zu entreißen.

Peking und Gleichgesinnte in Europa berufen sich aufeinander, um ihre revanchistischen Ansprüche zu untermauern. Peking läßt keine Gelegenheit ungenutzt, sich in Komplimenten vor Strauß und seinem Anhängern zu ergehen, die die Front gegenüber der „sowjetischen Expansion" halten. Die Anhänger des Maoismus in Europa applaudieren den Pekinger Solisten, die sich in der Partitur des kalten Krieges üben. Einer seiner eifrigsten Bewunderer, NATO-Generalsekretär Luns, erklärt, daß die Strategien dieses Blocks die Aktivitäten der chinesischen Führung, die den Kampf an der „östlichen Flanke“ der Sowjetunion führe, „positiv werten“ Es ist anzunehmen, daß diese Bewertung ganz im Sinne von Strauß erfolgte.

Die Allianz der Europäer von gestern mit dem Peking von heute basiert aber auf einem überlebten Postulat: „Die Feind meiner Feinde sind meine Freunde." Bleibt nur zu klären, inwieweit die Intrigen dieser Allianz eine Zukunft haben und worauf die Beteiligten rechnen können. Natürlich erhebt jeder von ihnen den Anspruch, die erste Geige zu spielen. In Peking ist man der Meinung, daß das Boot von hier aus gesteuert wird. In der Umgebung von Strauß glaubt man hingegen, daß ihr Anführer auch in dieser Allianz sich so benehmen kann wie im Lager der CDU/CSU.

Wer mit wem spielt, wer wen wie ausnutzt, wer wen überlistet - darüber kann man streiten. Wir glauben, daß sich vor unseren Augen ein Fall abspielt, wo trotzt alledem der Hund mit dem Schwanz wedelt und nicht der Schwanz mit dem Hund.

Wer versucht, sich die Hände an einem fremden Feuer zu wärmen, der riskiert unvermeidlich, sich zu verbrennen. Und diese Wahrheit wird wohl nicht nur den erregten Gemütern eingehen, die die Hoffnung hegen; wie Sebastian Haffner schrieb, „eines schönen Tages Rußland zusammen mit China unter Druck zu setzen".

Weder Peking noch seinen Anhängern in Westeuropa ist es gelungen, die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz oder den Beginn der Verhandlungen über eine Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa zu verhindern. Ihnen ist es nicht gelungen, die Entspannung auf dem europäischen Kontinent zu durchkreuzen und an den europäischen Grenzpfählen zu rütteln. Und es wird ihnen auch nicht gelingen. Peking bleibt als Zuschauer am Rande der Entspannung, der Haupttendenz der gegenwärtigen internationalen Politik, zusammen mit seinen Helfershelfern, den Vertretern der Reaktion: der chilenischen Junta, den Führern des rechten Flügels der Bourgeoisie in der Bundesrepublik, in England, den USA und in anderen Ländern.

Diejenigen, die die spürbaren Vorteile der Entspannungspolitik und Zusammenarbeit für die zweifelhaften Vorteile eines Flirts mit den Maoisten eintauschen möchten, sollten über die Worte Leonid Breschnjews nachdenken: „Unserer Meinung nach ist eine solche Politik nicht weitsichtig und kann nichts Gutes bringen, auch nicht für diejenigen, die sie betreiben. Würde doch eine Verschärfung der Spannungen zwischen der Sowjetunion und China, das Entstehen dieser oder jener Konfliktsituation zwischen ihnen nicht nur den Interessen dieser beider Länder Schaden bringen, sondern auch anderen Staaten." Das ist der Standpunkt der Sowjetunion.

--

Konkret 02/75, S. 14

Wilhelm Dröscher

SPD-Presse am- Ende?

KONKRET fragte Wilhelm Dröscher, Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender der Geschäftskommission, nach der Misere der Parteipresse:

KONKRET: Herr Dröscher, es gibt Kluge, Dumme, ganz Dumme und Geschäftsführer der SPD-Presse. Das sagte einst Kurt Tucholsky zur Weimarer Zeit. Wie kommt es, daß dieses Wort so gar nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat?

DRÖSCHER: Ich kenne nur wenige Geschäftsführer der SPD-Presse und kann mir daher kein abschließendes Urteil erlauben. Aber die Schuld für die Entwicklung der SPD-Presse in den letzten 25 Jahren liegt nicht allein bei den Geschäftsführern, sondern in der historisch zwar erklärlichen, ökonomisch aber wenig sinnvollen Konstruktion dieser Presse. Bis zur Verabschiedung des Parteiengesetzes Mitte der sechziger Jahre konnte es ja gar keine ökonomisch zentral geführte Parteipresse geben, sondern nur SPD-Druckereien und Verlage, die den örtlichen Parteiorganisationen gehörten. Die lokalen Parteiführungen wollten aber nicht nur die parteilichen Interessen in ihrer Presse vertreten sehen, sondern auch die besonderen Interessen der lokalen Parteispitze. Daß dies ein Handikap für den Wettbewerb in einer kapitalistischen Umwelt ist, haben auch die CDU-Zeitungen erfahren.

KONKRET: Nach 1945 war die SPD in der bundesdeutschen Presse zunächst sehr stark vertreten. Übrig geblieben ist davon nicht viel. Die Geschichte der SPD-Presse ist eine Geschichte der Liquidationen. Vom „Hamburger Echo" über den Westberliner „Telegraf", die Bielefelder „Freie Presse", die Mainzer „Freiheit", die „Westfälische Rundschau" und die „Neue Hannoversche Presse" - alle wurden entweder dichtgemacht oder unter ein bürgerliches Verlagsdach gebracht. Jetzt kriselt's auch noch bei der „Hamburger Morgenpost". Läßt sich nicht absehen, daß es bald ganz aus ist.

DRÖSCHER: Das kommt mir vor, als wollten Sie nur die Leichenzüge der einen Konfession sehen und übersehen die der anderen. Leichenzüge gabs auf beiden Seiten und die meisten Überlebenden gibts auf der SPD-Seite.

KONKRET: Aber das Bild der bundesdeutschen Presse wird beherrscht von Zeitungen, die auf Seiten der CDU/CSU stehen.

DRÖSCHER: Das ist auch etwas ganz anderes: Jetzt sprechen Sie nicht von parteieigenen Zeitungen, sondern von Zeitungen, die auf Seiten einer Partei stehen. Daß die Mehrheit der Zeitungen hinter der CDU/CSU steht, ist doch sehr leicht erklärlich: Die Interessen der Kapitalbesitzer werden viel stärker von der CDU/CSU als von der SPD wahrgenommen. Und da die „bürgerlichen" Zeitungen privaten Kapitalbesitzern gehören, wirkt sich das entsprechend aus. Ich glaube - und das bestimmt auch meine Arbeit in der SPD-Geschäftskommission -, daß die Zeit der „reinen" Parteizeitungen vorbei ist. Tageszeitungen sollen heute nicht nur einen bestimmten Leserkreis ansprechen, sondern ein breit gefächertes Publikum haben, wenn sie im wirtschaftlichen Wettbewerb bestehen wollen. Eine nur parteilich ausgerichtete Zeitung ist immer vom Untergang bedroht - es sei denn, sie kann in einem Ballungsgebiet als Zweitzeitung ihre Chance wahrnehmen.

KONKRET: Herr Dröscher, der SPD-Vorstand hat Sie zum Vorsitzenden der Geschäftskommission gewählt. Manche Beobachter haben die Zustimmung der Parteirechten zu Ihrer Wahl so verstanden, als sei denen ein Linker für diesen Liquidationsjob gerade gut genug gewesen.

DRÖSCHER: Es gab möglicherweise verschiedene Motive, mich mit dieser Aufgabe zu betrauen. Ich bin überzeugt, daß der Parteivorsitzende Willy Brandt meine Wahl deshalb betrieben hat, damit ein gelernter Kaufmann, dem er Vertrauen schenkt, in einer solchen wirtschaftlichen Kommission mitredet. Ob der eine oder andere mit der von Ihnen beschriebenen Motivation gehandelt hat - so etwas kann man nie völlig ausschließen. Ich würde ein solches Verfahren für töricht halten. Denn meine Absicht ist nicht, zu liquidieren, sondern umgekehrt: Aus den der SPD verbliebenen Zeitungen und Druckereien ein Instrument zu machen, das die Partei im polirischen Kampf optimal unterstützt. Dazu gehört dann auch, daß in diesen Verlagen und Druckereien ein Höchstmaß an Mitbestimmung und Mitverantwortung verwirklicht wird. Viele SPD-Verlage sind nicht zuletzt dadurch in Schwierigkeiten gekommen, daß die Mitarbeiter wegen mangelnder Kenntnis

der wirtschaftlichen Situation des Verlags zu hohe Ansprüche gestellt haben. Da die Partei keinen Dukatenesel hat, schadet man der Partei und ihrem politischen Auftrag, wenn man nicht existenzfähige, ökonomisch erfolglose Betriebe subventioniert.

KONKRET: Was da unter dem Dach der SPD-Holding „Deutsche Druck- und Verlags GmbH" zusammengefaßt ist, besteht doch zu 80 Prozent aus nicht existenzfähigen Betrieben.

DRÖSCHER: Ich will mir da noch kein abschließendes Urteil bilden, weil die Untersuchungen im Augenblick noch laufen. Aber sicher ist, daß die DDVG jetzt ein Instrument ist, mit dem man zum erstenmal in der Geschichte unserer Partei ökonomisch was anfangen kann, nämlich überregional ökonomische Hilfe zu organisieren. In der Vergangenheit haben unsere Unternehmen allein gelebt und sind allein gestorben. Jetzt werden sie in eine Art Familienverbund aufgenommen, der es erlaubt, ökonomisch sinnvolle Dinge, die kurzfristig sogar defizitär sein können, durchzustehen.

KONKRET: Im Kontext mit Ihrer Überzeugung, daß die parteiabhängige Presse nicht mehr zeitgemäß ist, drängt sich der Verdacht auf, daß diese Holding in Zukunft die Aufgabe hat, Kapital anzusammeln, um sich wie jetzt in Hannover bei großen bürgerlichen Zeitungen einzukaufen.

DRÖSCHER: Hannover war ein Sonderfall. Da haben wir ganz bewußt zur Abwehr des Monopols eines der großen wie Springer oder Bauer gehandelt. Das ist ein denkbares Modell auch für andere Regionen, was man praktisch tun kann, um den Monopoleinfluß defensiv abzubauen. Was die Parteipresse angeht, so stelle ich mir vor, daß die sozialdemokratische Presse auf lange Sicht in einem großen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zusammengefaßt wird, das ähnlich wie die „Neue Heimat" oder die „Bank für Gemeinwirtschaft" nicht parteiabhängig ist.

KONKRET: Wer in eine Wohnung der „Neue Heimat" einzieht, tut das kaum aus politischen Gründen. Der Verkauf von Informationen und Meinungen ist aber immer ein Politikum. Nun hängt der ökonomische Erfolg von Presseverlagen ja nicht primär davon ab, ob ein örtlicher Parteiführer das Blatt zur Langeweile verdammt, sondern davon, daß genügend Anzeigen hereinkommen. Und bei den Anzeigen schneiden linke Zeitungen - egal ob parteiabhängig oder nicht - immer schlechter ab. Frage deshalb: Wenn Ihre Geschäftskommission bei der Untersuchung der Gründe für die miese Situation der SPD-Zeitungen auch zu diesem Ergebnis kommt, werden Sie dann den Medienpolitikern der SPD entsprechende Vorschläge machen?

DRÖSCHER**:** In einer kapitalistischen Gesellschaft, in der wir ja nach der großen Mehrheitsmeinung unserer Bevölkerung auch weiterhin leben sollen, kann man durch eine Summe von Maßnahmen ein hohes Maß an Pressefreiheit erreichen und dann erhalten. Da gibt es verschiedene Dinge, für die ich plädiere: Niedrige Postzeitungsgebühren, um die Zweitzeitung billig zu bekommen. Entlastung von der Mehrwertsteuer, wobei mindestens 75 Prozent dieses Geldes in einen zentralen Fond zur Unterstützung bedürftiger Zeitungen gehen müßten. Bei der Verwaltung dieses Fonds müßten dann auch Journalisten mitreden. Eine weitere Maßnahme könnte die direkte Subventionierung von Zweitzeitungen sein, wie die Schweden das machen. Man könnte durch Presserechts-Rahmengesetze lokale Monopolzeitungen verpflichten, mehr als nur einen Bezirksredakteur einzusetzen . . .

KONKRET: Eine Art Parteienproporz?

DRÖSCHER: Nein, es garantiert schon eine gewisse Meinungsvielfalt, wenn eine Bezirksausgabe mehr als nur einen Redakteur hat - zwei sind meistens nicht genau derselben Meinung.

KONKRET: Dann ist irgendwo in Franken der eine bei der CSU und der andere bei der NPD.

DRÖSCHER: Das kann durchaus sein. Aber die Wahrscheinlichkeit, daß das Meinungsspektrum breiter wird, steigt mit einer solchen Maßnahme trotzdem. Dazu müßten natürlich innerredaktionelle Freiheitsgarantien gegeben werden. Solche Anregungen können wir aus unserer praktischen Erfahrung aus der Arbeit der SPD-Geschäftskommission unseren gesetzgeberisch tätigen Kollegen geben. Unsere eigentliche Aufgabe aber ist, dafür zu sorgen, daß wir unter den in unserer Gesellschaft bestehenden Verhältnissen wirtschaftlich erfolgreich handeln. Und hier liegt nun der springende Punkt: Es muß ganz klar sein, daß sozialdemokratische Zeitungen nicht drei Aufgaben gleichzeitig erfüllen können: Sozialistische Musterbetriebe sein, die Interessen der örtlichen Parteiorganisation bis zum Exzeß vertreten und schließlich auch noch

wirtschaftlich arbeiten. Das alles zusammen geht nicht. Und diese Erkenntnis läßt sich nur durchsetzen, indem man in den Betrieben die Mitarbeiter durch möglichst große Mitbestimmung und Mitverantwortung am wirtschaftlichen Geschick der Zeitungen beteiligt.

KONKRET: Noch einmal zurück zu den Anzeigen. Da gibt es einen Vorschlag, den die Jungsozialisten gemacht haben, der aber völlig aus der Diskussion verschwunden ist: Die Einrichtung eines öffentlich kontrollierten Anzeigenpools, der die gebuchten Anzeigen dahin verteilt, wo die gewünschte Leser-Zielgruppe - aufgeteilt nach Alter, Geschlecht, Einkommen - optimal getroffen wird. Das könnte ein Computer ermitteln, würde also relativ unparteiisch funktionieren. Dann bräuchten sich die Zeitungsmacher nur noch um die Interessen ihrer Leser zu kümmern. Und systemkonform wäre es im Grunde auch, denn die werbende Wirtschaft behauptet ja ständig, daß Anzeigen ausschließlich nach wirtschaftlichen und keineswegs nach politischen Gesichtspunkten vergeben würden.

DRÖSCHER: Ein solches Gesetz käme nicht über die erste Hürde unserer Verfassungsgerichtsbarkeit.

KONKRET: Warum?

DRÖSCHER: Es wäre ein Eingriff in das Eigentumsrecht. Da müßten Sie die Verfassung ändern.

KONKRET: Aber wenn das Grundrecht auf Information nicht mehr garantiert werden kann?

DRÖSCHER: Die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts weist dem Eigentumsrecht einen so hohen Wert zu, daß ein solches Gesetz nicht machbar ist.

KONKRET: lm Extremfall heißt das: Die werbende Wirtschaft ist Träger des Grundrechts der Informationsfreiheit.

DRÖSCHER: Man soll das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Ich glaube, daß es im Wege der kontinuierlichen Gesetzgebung gelingen kann, den Einfluß der werbenden Wirtschaft auf die Information systematisch abzubauen. Ich halte das übrigens für grundgesetzkonform und sehe darin einen wesentlichen Beitrag zur Ausfüllung unseres GG mit zeitgemäßem Inhalt.

Konkret 02/75, S. 16

Winfried Thomsen

Wann fällt der Grosch?

Über einen Dauer-Skandal

Die „Hamburger Morgenpost" ist eine der letzten SPD-Zeitungen. Seit 1965 schrumpfte ihre verkaufte Auflage von 370 000 auf 160 000 Exemplare. In diesen Wochen werden sieben Redakteure fort-„rationalisiert", weitere sollen - Fortsetzung folgt - aussortiert werden. Die „Morgenpost" ist abgewirtschaftet.

Nach einer alten Mär pflegen SPD-Zeitungen an politischer Seriosität und Fortschrittlichkeit einzugehen. Die „Hamburger Morgenpost" erweist das Gegenteil. Sie macht Jet-Set-Propaganda, ergeht sich in zotiger Frauen-Diskriminierung, veranstaltet redaktionelle Werbekampagnen für Unternehmer vom Autofabrikanten bis zum Bordellwirt, begleitet von Gewerkschaftsschelte. Die „Morgenpost" biedert sich bei der CDU an, verzichtet auf die Auseinandersetzung mit politischen Problemen und bietet ihrem Publikum statt Aufklärung das tägliche Blutbad, jagt es mit Angstmache, Kindesentführung und Terroristenhatz in die Arme des James Bond, tröstet ihre Leser schließlich mit Hokuspokus und Horoskop.

Die alte Mär also ist nichts als ein Alibi für Miß- und Miesmanagement. Womit auch immer die Verlags- und Redaktionsmanager ihr kaufmännisches und journalistisches Versagen abreden wollen: wenn die „Morgenpost" eines Tages eingeht, wird eines nicht schuld sein - eine fortschrittliche Redaktion.

KONKRET-Autor Winfried Thomsen hat sich davon in sechswöchiger Lektüre überzeugt.

Für drei Groschen können die Hamburger jeden Werktag-Morgen Post von ihrer SPD beziehen: die „Hamburger Morgenpost". Ein Boulevardblatt genau wie die Konkurrenzzeitung „Bild", die genau soviel kostet; und diesen gleichen Preis erheben beide Zeitungen seit dem gleichen Tag, an dem sie gleichzeitig ihren Lesern versprachen, künftig mehr zu bieten.

Die Redakteure der „Morgenpost" arbeiten nach einem vom Verlag ausgeheckten „Konzept 72", in dem zwar der Satz „Die Leser gehen essen, bringen sich ihr Essen mit oder essen in der Kantine", dafür aber von Politik nichts steht. Hinzukommt, im Arbeitsvertrag, der Hinweis auf eine sozialdemokratische Grundhaltung" der Redaktion.

Alles, was diese Grundhaltung ausmacht, faßt die „Morgenpost" in den sieben Schlagzeilen auf ihrer Titelseite vom 28. Dezember zusammen.

1. „Anna kommt im Dutzend":

Hier erfahren wir, daß Anna Motto mit dem „Boß des allmächtigen Rundfunkkonzerns RCA" verheiratet ist und 1975 in der Bundesrepublik „zwölf Galakonzerte" geben wird. Auch sonst finden viele geschlossene Gesellschaften statt, an denen die Leser durch Vermittlung ihrer Zeitung teilnehmen dürfen. Da schwingen 3000 Prominente beim Bonner Presseball das Tanzbein und saufen - dem Brauch des gemeinen Volkes entsprechend - Champagner. Es herrscht „Eintracht".

Dazu gibt es den „Geschenk-Hit der Reichen: Eine neue Nase". Hoch zu Roß wiederum reitet eine Alexandra Prinzessin von Anhalt und Gräfin von Askanien an den „Morgenpost"-Lesern vorbei zum Standesamt. Dann kommen noch „alarmierende Berichte aus Athen": Junta-Geschäftsfreund und „Reeder-König Onassis ringt mit dem Tode".

Wie dieser Zweikampf auch ausgeht, so wird Öffentlichkeit als Klatsch um die Ecke gebracht. Klatsch: Anna Moffos Porträt steht in Silber gerahmt auf dem Tisch ihres Allmächtigen - durch das Schlüsselloch beobachtet der einstige Polizeireporter Volker Bredenberg die gesellschaftliche Szene. Im Kampf gegen die deutsche Sprache auf verlorenem Posten („Von seinem Intensiv-Englisch-Kurs in London zurückgekehrt, fragte der NDR bei ihm an . . ."), pflegt Bredenberg den Werbeteil für Hamburgs Jet-Set.

Bredenberg informiert, wo Prominente kaufen, was sie saufen, welche Lokale sie benutzen, welche Villen sie leerstehen lassen und mit welcher neuen Mode sie ihre Langeweile pflegen - der Leser ist ja auch Kunde und braucht da gewisse Orientierungs-Daten. Und das zahlt sich aus: Gerade ist eine Autogrammstunde des HSV-Kapitäns Volkert in den Räumen einer Teppichfirma beklatscht worden, da erscheint in der „Morgenpost" auch schon des Teppichhändlers Anzeige. Reklame, das ist die Zeichensprache unserer Zeit.

„Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß sich das private Wohlleben privilegierter Schichten schrankenlos entfaltet, während wichtige Gemeinschaftsaufgaben . . . vernachlässigt werden." (Godesberger Programm).

Fragen der Gemeinschaft im Kulturteil: Hat Heidi Brühl den „Ehemann Brett aus dem Bett verbannt", „Hat Marianne Koch heimlich geheiratet?" Dazu Filmtips („Ach jodel mir noch einen", jauchzt ein Stoßtrupp von der Venus. „Juhuhh!") und ein Blick in die Hamburger „Szene", wo heisere „Wahnsinnstypen" ihre Philosophie verkünden: Kneipen leersaufen und Weiber umlegen.

„Aus einer riesigen Geburtstagstorte klettert Otto-Manager Hans-Otto Mertens als Mafia-Boß und erschießt mit einer MP-Salve Musiker und Gäste." In diese Bresche kann der „Morgenpost"-Filmspezialist („Pako, der Kinogänger") mit einer genüßlichen Schilderung der Taten von „Killerstar" Delon in „Borsalino & Co." einschlagen: „Gemetzel in Marseille . . . Das Blut strömt literweise."

„Die .schöpferischen Kräfte des Menschen müssen sich in einem reich gegliederten und vielfältigen kulturellen Leben frei entfalten können" (Godesberg).

2. „Oldenburg: Vergewaltigung im Taxi":

Der Chef vom Dienst, Gerd Kahle, -von Mitarbeitern einst mit dem Kose-Vornamen „Rechtsradi" belegt- weiß es: „Die Herren wechseln schneller die Dame ihres Herzens als ihre Anzüge". Über den Schauspieler Nicholson heißt es: „Schöne Frauen sind - außer Tennis und Schwimmen -Jacks Hobbys". Also: Gegenstände, Konsumartikel sind sie, „Miezen" zum „Anfassen", so eine Art Kleiderständer oder Anzieh-Puppen, die vor allem ausgezogen scharfe Bilder hergeben.

Es war die „Morgenpost", in der ein Herrenreiter den Itzehoer Ihns-Prozeß nutzen konnte, um sein Frauenbild offenbar mit den Stiefeln zu malen, und es ist diese Zeitung, in der täglich eine „Stups" den Alltag der Frau vorlebt, wie ihn ihr Zeichner gerne sähe. Sie ist eine Schreibkraft (nimmt also Diktate entgegen), ein Dummerchen, überwiegend ficktiv und damit ausgesprochen ‚weiblich'. Sie zeigt nicht Geist, sondern selbst am Arbeitsplatz meist ihren Hintern. Stups beim Juwelier: „Sagen Sie bitte, wieviel muß man sich für einen solchen Ring von einem Mann gefallen lassen?" Antwort der „Morgenpost": „Bond kam die beste Idee seines Lebens. Er nahm sie mit ins Bett".

Wenn ihnen schon die Zeitung ständig eine Hand untern Rock schiebt, müssen sich die Puppen über Nachahmer nicht wundern: „Der bildhübsche Ladendieb büßte mit heißem Sex", „Im Hamburger Schwesternheim: Zustände wie im Freudenhaus" und „Anhalterin in 2 Autos dreimal mißbraucht". So sieht die Abschußliste aus. Für die „Morgenpost" wieder Gelegenheit zum Nachfassen: ihre Prozeßberichte widmen sich überwiegend dem Thema Nr. 1 (in Hamburg gibt es wohl keine Arbeitsgerichte). Folgt der Komsumtip für Puffbesucher: „Leute, geht nur in die Herbertstraße". Leute - das sind Männer.

„Die Gleichberechtigung der Frau muß rechtlich, sozial und wirtschaftlich verwirklicht werden." (Godesberg)

3. Umtausch-Chaos:

„Haben Sie auch das Falsche geschenkt bekommen?"

St. Pauli - hier liegt die Herbertstraße -repräsentiert nicht nur das Geschlechts-, sondern auch das Geschäftsleben Hamburgs. Die Polizei läßt in der „Morgenpost" schreiben, sie habe die Ganoven - also die unseriösen Geschäftsleute - fest im Griff und nun könnten die Besucher wieder kommen. Wenige Tage zuvor noch hatten sich die Besitzer der Unterleibsboutiquen über schlechten Umsatz beklagt.

Ähnliche Sorgen plagen die City-Händler: „Kaufhaus-Chefs stöhnen: ‚Katastrophal' - Weihnachtsgeschäft rollte nur langsam an". Derlei kaufgeiles Buhlen um Mitleid und Umsatz wirkt. Zum Heiligabend kommt die Erfolgsmeldung „Geschafft -Die Weihnachtsgeschenke sind alle verkauft."

Aber Anschläge auf das freie Unternehmertum drohen. „Wechselt VW den Trainer?" fragt „Morgenpost"-Chefredakteur Bodo Grosch, Vollstrecker des Konzepts 72, davor verantwortlich für Sport und Motor und ein Gläubiger des Wirtschaftswunder-Wunders Auto, um sich sogleich über sich selbst zu wundern: „Und es ist erstaunlich, wie selbst ausgekochte Geschäftsleute an Wunder glauben." Doch dann fällt der Grosch langsam. Nachdem der Birnbaum es schon ausgesprochen hat, empfiehlt er „Rationalisieren", entlassen und gesund schrumpfen. Ergänzend predigt die „Morgenpost" freie Fahrt für freie Bürger- was eben immer noch besser ist als durch rote Zahlen in eine rote Zukunft zu fahren (so die Prognose für Portugal). Dieses Schicksal soll der Bundesrepublik erspart bleiben und deshalb kein Wort über diejenigen,

die für Inflation und Arbeitslosigkeit verantwortlich sind. Erhaltet unsere Galakonzerne.

4. Schlagzeile: „Das gab es lange nicht: Frühling zu Neujahr."

Wenn wir schlechte Laune haben, das Arbeitsklima mies ist und sich die Betriebsunfälle häufen - woran liegt das? Die „Morgenpost" klärt auf: am Wetter („zu milde Temperaturen, Dunkelheit schon in der Mittagspause"). Und sie rät: „Gemeinsam lassen sich Stimmungstiefs besser abbauen."

Mit wem? Willy Brandt will nicht nur die Löhne „bremsen", sondern will auch „Niemals mit Kommunisten". Lieber CIA als KGB, dessen teuflische Killer in der „Morgenpost" von James Bond erledigt werden. Auch Herausgeber Heinrich Braune feuert: auf den „Terroristenführer" Arafat, den „ehemaligen Partisanen" Bouteflika (wie weit ist es bis zum „ehemaligen Frahm"?) und auf die Länder der Dritten Welt, die neuerdings die UNO beherrschen. Godesberg sichert ihnen noch Solidarität zu - aber nur für den Fall, daß sie ihre Mehrheit nicht nutzen; offenbar ist Mehrheit zutiefst undemokratisch, wenn die Stimme von Mauritius soviel zählt wie die der USA oder die Stimme des Kranführers soviel wie die eines Herausgebers?

Der „Morgenpost"-Leser erfährt verwundert, daß Helmut Schmidt sein Wort über die „Bande von Zwischenrufern" gesagt, aber zurückgenommen hat. Der Rest ist peinlich berührtes Schweigen. Da muß man schon der „FAZ" entnehmen, daß der Kanzler in die Bezeichnung „ehrenwerte Gesellschaft" ausgewichen ist; und die politische Wertung bringt - von der Konkurrenz unwidersprochen - „Bild": Schmidt (und Wehner sowieso) sind sprachlich und damit politisch Verwandte der Baader-Meinhofs, vor denen wir uns alle fürchten. Die Sozialdemokraten fürchten das Stimmungstief der Wähler und neue Niederlagen („Rommels Sohn siegte im Kampf um Stuttgart") - und einem solchen Gegner setzt man nicht Alternativen, eigene Meinungen entgegen: man sucht die Gemeinsamkeit.

In der „Morgenpost" steht: „CSU: 1975 gemeinsam mit SPD und FDP" die Probleme lösen. Die Bedingung-Reformverzicht - fehlt. Hauptsache, das Wetter wird gut.

5. Schlagzeile: „Der Killer schoß die Kinder in den Kopf".

Der Verzicht auf die politische Auseinandersetzung muß begründet werden, und daher hatte der Überschriften-Redakteur keine Zeit für die Überlegung, daß der Killer (weit weg in den US-Hinterwäldern übrigens) *den* Kindern in die Köpfe schoß (und dazu vermutlich nicht Kinder, sondern Patronen benutzte). Das ist ja auch nebensächlich, wenn's nur schön blutig war. Denn so - das ist das Ergebnis der Überlegungen - endet Streit: mit der gräßlichen Folge Mord und Totschlag.

Die Leser werden es verstehen: Es ist das Blutbad, welches die Demokratie laut Pinochet braucht: „Deshalb erstach ich die drei Kinder", „So erstach ich meine drei Kinder", „Er stieß ins Herz der Kinder", und „Als die Ehefrau ihn betrog, erstach er seine drei Kinder". Und: „Frauenmord im Eilzug", „Er tötete sein Opfer mit sechs Messerstichen", „Als der Eilzug-Mörder zustach, betete die Frau", „Eilzug-Mörder stach Betende nieder", „Dreimal stach er zu", „Mutter erstach die Stieftochter" und „Anhalter von Autofahrer erstochen" und „. . . dann stach der Jüngere zu" und „Einbrecher töten Vater, Mutter und ein kleines Kind" - natürlich mit dem Messer.

Einzelheiten werden blutgierig wiederholt, im Wortsinne ausgeschlachtet: als sei die Qualität des Sterbens das Ziel und in Godesberg ein Pogrom beschlossen worden. Schon wird die Handlungsvollmacht zur Selbstjustiz ausgestellt: „Wir werden sie finden, sagten uns gestern abend die Männer in den Gaststätten. Die Polizei hat mit diesen Männern die besten Helfer." Ergebnis: Täter gefaßt, und die „Menge wollte den Mörder lynchen!"

Auch in anderen Fällen werden mündige Bürger aktiv: „12 Männer suchen den Beil-Killer", „Sie suchen einen Mörder" und „Ein Juwelier schoß schneller". So verschieben sich Relationen: die Ausnahme (Mord) wird zur Regel, damit bald der Ausnahmezustand zur Gewohnheit werden kann. Nicht putschen, aber: aufputschen. *„Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander" (Godesberg)*

6. Schlagzeile: „Entführung: Hamburger Politiker bangt um sein Kind"

In der „Morgenpost"-Welt verschwinden ständig Kinder. Manchmal nur einfach so, oder weil sie geklaut haben und sich vor Strafe fürchten; lohnend aber wird es, wenn sie selbst geklaut wurden: Zum Beispiel von Wölfen in der Mönchskutte - nicht von frommen Katholiken, sondern Anhängern fremder, ausländischer Kulte mit undurchschaubaren Ritualen: „Der Bettelmönch raubte sein Kind", „Kinder von Sekte entführt". Und den Rentnern wird bange („Krupp-Erbe sollte entführt werden"). Der Teufel ist unterwegs, „ein teuflisches Grinsen auf seiner angemalten Teufelsfratze". Ein Zeuge hat „Angst", alle Bauern haben „Angst", eine Gemeinde lebt in „Angst", und „Angst in Norddeutschland". Das Leben ist schrecklich.

Wenn dem Herrn Meyer aus Hamburg die Pflegetochter von ihrer leibhaftigen Mutter entführt wird, so ist das seine Privatsache. Aber da Herr Meyer Vorsitzender der FDP-Bürgerschaftsfraktion ist, dreht die„ Morgenpost" daraus einen politischen Terrorstrick, und jeder weiß: aha, die Anarchisten. Besser, da nicht auffindbar, kann ein Sündenbock gar nicht sein.

Ob nun tatsächlich eine Bombe hochgeht oder nur ein anonymer Anrufer droht: die Hysterie wird mit allen Mitteln weiter beheizt. Spekulationen der Polizei, Gerüchte werden zur Tatsache: Jumbo-Jets sollen entführt, Kaufhäuser in die Luft gesprengt, Geiseln genommen werden - womöglich Prominente aus der Klatschkolumne.

Zu Silvester gibt es eine Anleitung zum Eigenbau von Feuerwerkskörpern und die Empfehlung: „Der Schlager der Saison ist der Tornado-Blitzschlag, ein Kanonenschlag mit Styropur-Mantel, der wie eine kleine Atombombe aussieht." Ich wiederhole: der „Super-Hit" ist eine „Atombombe".

7. Schlagzeile: „Ihre Sterne für das Jahr 1975".

Kern aller Unsicherheitsgefühle ist die Angst vor dem Verhungern, vor dem Morgen. Und tatsächlich hat eine Umfrage ergeben: Die meisten Bundesbürger haben „Bammel vor 1975. Aber viele hoffen auch." Zu chaotisch; zu katastrophal dünkt dem Leser die von Sozialdemokraten regierte Bundesrepublik. Also: Adieu, Platz für den starken Mann. Die „Morgenpost" macht den Platzanweiser: „James Bond" ist „wieder da", der Mann „mit der Erlaubnis zum Töten". Es werden Freikarten verteilt, aber Beeilung: „Wer zuerst kommt, schießt zuerst."

„Bei Krisen hoffen die Deutschen aufs Glück - Lotto-Zentralen melden wieder neue Rekord-Umsätze." Ja, das ist die Alternative: „Sechs Richtige! Zwei Hamburger Ehepaare wurden Lotto-Könige", „Lotto-Glück: 2,1 Millionen", „Die vier glücklichsten Frauen Deutschlands. Sie gewannen drei Millionen im Lotto" und„3 Lotto-Millionen für zwei arme Familien". Jeder hat eine Chance.

Zum Heiligen Abend ruft „Morgenpost"-Politikchef Reinhold Stimpert den Bedrängten und Verängstigten zu: „Ziehen Sie also ruhig die Vorhänge zu, und vergessen Sie für diese eine Nacht, was die Welt und Sie persönlich an Sorgen und Kummer bedrückt." Nicht nachdenken, und dies auch noch veröffentlichen: so stimpert sich die Erlösung daher. Der Blick wendet sich wieder dem Himmlischen dort droben zu, das Sinnliche wechselt ins Übersinnliche, und aus der „Partei der Freiheit des Geistes" (Godesberg) wird nunmehr die der Geister und Gespenster.

In der „Morgenpost" tummeln sich „Fußball-Götter", Meinungsforscher, Wetterfrösche, Teufelsaustreiber, Hexenheiler, Medizinmänner („Bravo, Herr Dr. Barnard"), Sterngucker. In „unglaublichen" (aber wahren?) Geschichten nehmen Udo Jürgens und Iwan Rebroff eilige Nachrichten aus einer anderen Welt entgegen: das Medium als Fernschreiber, das ist sozialdemokratische Medienpolitik. Anerkannte Scharlatane empfangen kosmischen Samen, die Verklemmten dieser Erde können ihre verdrängten Wünsche als Ufos und Sternenwesen ungeniert in die „Morgenpost"-Spalten zwängen, dann spukt es eine Weile, schließlich kann Uri Geller noch einmal seine Taschenspieler-Tricks verkaufen, und das ergreift schließlich die Leser („Meine tote Großmutter packte mich von hinten").

„In einer Zeit, in der der Geist der Menschen vom Materialismus ihrer Umwelt in Schranken gehalten wird, bedeuten (diese Erlebnisse) für alle Einsichtigen einen Hinweis: es gibt eine Welt jenseits der unseren!" Beschränktheit macht frei.

Katastrophenangst und Wunderglaube: das ist Wahlkampf gegen die SPD. Man sieht rot und wählt schwarz. Die „Morgenpost" -ein sozialdemokratisches, im Zweifelsfalle reaktionäres Blatt.

Konkret 02/75, S. 19

Norbert Blüm

Weder liberal noch gar sozial

Die Wellenbewegungen der Konjunktur haben uns wieder einmal im Tal landen lassen. Mit schöner Regelmäßigkeit kann dieses „Naturschauspiel" bewundert werden. Allerdings sind wir diesmal tiefer abgerutscht, als wir das im Wirtschaftswunderland Bundesrepublik gewohnt sind.

970 000 Arbeitslose, 700 000 Kurzarbeiter, das ist der neue, traurige Rekord. Die „Traumgrenze", I Million Arbeitslose, ist in Sicht.

Der Abschwung, der uns erfaßt hat, scheint von größerer Wucht, als die uns bisher bekannten Talfahrten, und von anderer Dimension, als die üblichen. Die Weltwirtschaft ist ins Trudeln geraten. Hinter dem konjunkturellen Tief kündigt sich ein Umbruch globalen Ausmaßes an. Die Beziehungen zwischen den Industrienationen und dem Rest der Welt- der schließlich der größere Teil ist -, werden nicht mehr mit entwicklungspolitischer Barmherzigkeit zu regeln sein, wie viele von uns in hausgemachter Selbstberuhigung annahmen. Die ölproduzierenden linder sind nur die Vorreiter für den Aufbruch der dritten Welt und die neuen Reichen aus dem Morgenland, die den Stern in Untertürkheim suchten und fanden, signalisieren das Ende bisheriger westlicher Selbstüberschätzung.

Diesen neuen Daten stehen die „Macher" relativ hilflos gegenüber. Ihre Hilflosigkeit kompensieren sie allerdings geschickt durch verbale Geschäftigkeit und durch eine Politik, die den Eindruck erweckt, energisch zu sein, während sie doch nichts anderes ist als Lebensrettung für Zustände, die das Desaster herbeiführten. Bestenfalls werden die Verhältnisse auf Hochglanz poliert: Oberflächenbehandlung.

Die Oberflächlichkeit einer solchen Politik fällt nicht so leicht auf, weil in der Not offensichtlich jedermann froh ist, wenn etwas geschieht, egal was geschieht. Der Eindruck von Bewegung erweckt bereits den Eindruck von Veränderung.

Ein Musterbeispiel für den politischen Anschauungsunterricht bietet das jüngste Konjunkturprogramm der Bundesregierung. Wer hat, dem wird noch gegeben werden. Wer investieren kann, erhält einen staatlichen Investitionszuschuß von 7,5 Prozent. Betrieben, denen das Geld für Investitionen fehlt, werden leer ausgehen. Und gerade dort werden die Arbeitsplätze am stärksten gefährdet sein. Mit vollen Händen dagegen werden Unternehmensgiganten unser Geld einsacken. Bereits bevor die staatliche Begünstigung angekündigt war, hatte VEBA für 1975 Investitionen in Höhe von 2,2 Milliarden, RWE für 2 Milliarden, BASF für 1,5 Milliarden, Siemens für 1,4 Milliarden und Daimler-Benz für 700 Millionen Mark geplant. Kein Großkonzern wird so dumm sein, die geplante Investition falsch zu terminieren und nicht das staatliche Geschenk in Anspruch zu nehmen. Ergebnis: Die Großen werden größer, die Starken werden stärker und die Reichen werden reicher. Das ist das Ergebnis der „sozialliberalen" Konjunkturpolitik. Das „Darwinsche Gesetz" feiert in der Wirtschaft fröhliche Urstände: Die großen Fische fressen die kleinen Fische.

Mit einer solchen Wirtschaftspolitik ist selbstverständlich auch eine massive Vermögenspolitik verbunden. Die staatlichen Hilfen allerdings schlagen sich nicht in Eigentumstiteln bei den Arbeitnehmern nieder, sondern vornehmlich dort, wo das Kapital bisher schon konzentriert war. Die neue Pointe besteht jedoch darin, daß mit den Steuergroschen der Arbeitnehmer die Vermögenspolitik der Kapitalgeber unterstützt wird. Die ungelöste Preisfrage: Was hat dies alles mit den Worten „liberal" oder gar mit „sozial" zu tun.

Konkret 02/75, S. 19

Wolfgang Roth

Haben wir Vietnam vergessen?

Nur ganz entschiedene Gegner des Show-Business haben nicht irgendwo im Gemüt ein bißchen Sympathie für Henry versteckt. Jedenfalls, ich bin nicht frei davon. Wenn ich im TV sehe, wie er wieder direkt am Weltkonflikt vorbei die Gangway herunterfegt . . . Doch der Glamour verfliegt.

Einer der klügsten Atlantiker in der Bundesrepublik, Theo Sommer, widmet Henry Kissinger denn auch in der „Zeit' ein nettes Artikelchen mitten auf der ersten Seite. Er springt ihm kräftig und entschlossen zur Seite: Henry hat überhaupt nicht mit Krieg gedroht. „Das Interview ist die schlüpfrigste Kunstform des Journalismus. Es wird nur halb gelesen und immer nur verkürzt zitiert." Poor, poor Henry. Er ist ausgeglitten.

Immerhin, Theo Sommer geht nicht darüber hinweg, sondern versucht aus Überzeugung Entsatz. Er traut es Henry einfach nicht zu. Andere haben sich da ziemlich herausgehalten und nur „Stimmen" zitiert.

Im Ernst: Haben wir Vietnam schon vergessen? Nur dann kann man, meine ich, bei Kissingers Sätzen ruhig bleiben die da lauten: „Ich will nicht sagen, daß es keinerlei Umstände gibt, unter denen wir Gewalt anwenden würden. Dies in einem Preisdisput zu tun, ist eine Sache. Eine ganz andere Sache ist aber, wenn es tatsächlich zu einer Strangulierung der industrialisierten Welt käme."

Die Unbefangenheit, mit der Kissinger die industrialisierte Welt vertritt, ist fast ein Fortschritt in Richtung Bescheidenheit. Früher hieß das: Die ganze freiheitlich denkende Menschheit.

Trotzdem, welches Recht haben die USA, die zu 90 Prozent Ölversorgung aus der eigenen Hemisphäre haben, sich in diese Pose zu begeben. Die neun westeuropäischen Staaten haben im letzten Jahr versucht, eine nüchterne, konsequent auf Verhandlungen ausgerichtete Politik in Richtung Ölstaaten zu machen. Kissinger ist es zu verdanken, daß die beginnende Kooperation jetzt gestört wurde. Ihm war es schon lange nicht recht, daß Westeuropa immer eigenständigere Pläne zur Lösung der Probleme entwickelte.

Ich finde, es muß auf unserer Seite deutlich werden, daß der Weg des friedlichen Interessenausgleichs weiter gegangen wird. Er ist notwendig, auch im Interesse der arbeitenden Massen.

Kissingers Säbelrasseln wird nicht dadurch besser, daß in den Ölstaaten niemand an Strangulierung denkt. Aus zwei Gründen entwickelt auch hypothetisches Säbelrasseln eine gefährliche Eigendynamik:

o Es entfacht auf arabischer Seite verständlicherweise Gegenreaktionen und Verschlechterungen der Verhandlungsmöglichkeiten. Die Gegendrohungen haben denn auch stattgefunden.

o Auch Hypothesen führen in den USA bei Militärs und Geheimdiensten zu handfesten Vorarbeiten für den Ernstfall. Die Erfahrung hat dies gezeigt. Ferner wissen wir, wie verführerisch und erfolgversprechend derartige Plänchen sind.

Ist eigentlich im Bonn der Staatsmänner niemand in der Lage, dei Bevölkerung klipp und klar zu sagen, was dieses NATO-Land von derartigen hypothetischen Gewaltsprüchen hält? Unser im diplomatischen Geschält so sanft gewordener Außenminister hätte es spätestens dann tun dürfen, meine ich, als - mit fünf Tagen Verspätung - die Sowjetunion, der wohl engste Gesprächspartner Kissingers, ein Kommentärchen mit sanftem Tadel an Henry in die Prawda rücken ließ.

Konkret 02/75, S. 20

Rosemarie Bollinger

Gestapo inkl.

Während viele Chilenen seit dem Schwarzen September am elften eines jeden Monats keine Behörde besuchen und auch nichts einkaufen, ließ die Junta den ersten „Monatstag" feiern, den zweiten, den dritten und so fort, mit Ordensverleihungen, Paraden, „Helden-Gedenk"-Reden, mit Deklarationen und Dokumentationen über die „Befreiung vorn marxistischen Joch" und die „Rettung" vor dem „ungesetzlichen, unmoralischen und gescheiterten Regime" der Unidad Popular.

Augusto Pinochet Ugarte, der den Satz prägte „Die Demokratie muß gelegentlich in Blut gebadet werden, damit die Demokratie fortbestehen kann", wird nicht müde zu erklären, warum er gezwungen sein wird, fünf oder zehn oder zwanzig Jahre die Macht zu behalten: Um „die Mentalität der Chilenen zu ändern". Pinochet, der sich per Dekret zum „Jefe Supremo de la Nación" (Höchster Chef der Nation) ernannt hat, dekretierte am 17. Dezember 1974 seine Ernennung zum Nachfolger des ermordeten Staatspräsidenten Dr. Salvador Allende.

Gleichzeitig mit den „auf Drängen der Bevölkerung" gestatteten „Freudenkundgebungen" zum 11. September 1974 veröffentlichte die Junta eine 500 Seiten umfassende „Dokumentation" mit dem Titel: „Ein Jahr Aufbau". Und es gibt keinen Bereich in Chile, den die herrschenden Militärs nicht „aufgebaut" hätten:

Als eine der ersten Leistungen schaffte die Junta den halben Liter Milch pro Tag für die armen Kinder ab. Diese unter großen Opfern konsequent durchgeführte Maßnahme war keine Marotte des früheren Arztes Allende gewesen. Wie die inzwischen in ganz Lateinamerika bekannten Studien mexikanischer Wissenschaftler ergaben, ist genau dieser halbe Liter das Minimum, um die Kinder armer Eltern davor zu bewahren, körperlich oder geistig zu verkümmern.

Nach einer vorläufigen Statistik wurden mindestens 5.636 Kinder zu Vollwaisen. 66.667 zu Halbwaisen. Die Eltern von mindestens 20.000 Kindern sind in Haft. Die Universitäten werden von Generalen geführt. Lehrstühle für die „kommunistischen" Fächer Pädagogik, Journalismus und Soziologie gibt es nicht mehr, die erworbenen Diplome sind ungültig.

Hunderte von Studenten (und viele Professoren) sind nach dem Umsturz ermordet, tausende verhaftet worden. Etwa ein Drittel aller Studenten (rund 41.700) wurden aus politischen Gründen vom Studium ausgeschlossen. Da die Junta zudem der „revolutionären" Idee anhängt, daß eine Universität nicht geistig, sondern finanziell unabhängig vom Staat sein sollte, sind die Gebühren für sehr viele Studenten nicht mehr zu erschwingen. Arbeiter-Studenten gibt es nicht mehr. Die staatlichen und privaten Grund- und Oberschulen stehen unter scharfer Militärkontrolle. Etwa 40.000 Schüler wurden aus politischen Gründen vom Unterricht ausgeschlossen. Andere Kinder können nicht mehr in die Schule gehen, weil ihre Eltern die Schuhe und die wieder vorgeschriebenen Schuluniformen nicht bezahlen können.

Trotz, monatelanger Unterrichtspause, „gesäuberter" Lehrpläne und Schulbücher, trotz aller Repressalien scheinen aber die Lehrer den Militärs immer noch „verdächtig" zu Sein. Nachdem bereits vor einigen Monaten alle Unterrichtenden unter Strafandrohung gezwungen wurden, an Kursen für „politische Umerziehung" teilzunehmen, wurde nun jedem Rektor ein Überwachungsoffizier zugeteilt, dessen erste Aufgabe es ist, die Lebensläufe aller Lehrer und Schüler auf „politische Unbedenklichkeit" zu untersuchen.

Den Eltern von zunächst etwa 600.000 Kindern, die in „kommunistischen Familien" geboren und aufgewachsen sind, soll das Sorgerecht entzogen werden. Kleine Kinder sollen in Lagern „purifiziert", Jugendliche ab 15 Jahren durch Zwangsarbeit „frei" werden.

„Aufgebaut" wurde auch das unter Allende staatliche Gesundheitswesen. Hunderte von Ärzten sind- auch auf Grund von Denunziationen durch ihre Kollegenverhaftet und schwer mißhandelt oder ermordet worden, weil sie seinerzeit an dem Ärztestreik gegen die Regierung Allende nicht teilgenommen hatten. Über 1.000 Ärzte und über 15.000 Angestellte des Gesundheitswesens wurden entlassen. Zum 1. 1. 75 mußten 30.000 andere Staatsangestellte den Dienst quittieren. Medizinische Behandlung und Medikamente sind wieder zum Privileg für Reiche geworden.

„Aufgebaut" wurde die „Kultur" und die „Pressefreiheit" durch die Ermordung, Verhaftung, Folterung von Künstlern und Journalisten, durch das Verbot aller Medien, die „links von der Junta standen" durch Verbrennung von Millionen von Büchern, Zensur, respektive Vorzensur, respektive Selbstkontrolle, die notfalls auch mit Gewalt ausländischen Korrespondenten eingebläut werden soll, sofern sie nicht bereit sind, „die Wahrheit über Chile" zu schreiben. Die Parteien der Unidad Popular wurden ruf „ewig" verboten; die Oppositionsparteien wurden per Dekret „in den Wartestand" versetzt, der jede politische Betätigung oder Äußerung verbietet. Nur rechts von der Junta sind die Möglichkeiten unbegrenzt.

„Reformiert" wurde natürlich die bereits unter der Regierung Frei begonnene Agrarreform. Doch der „Aufbau" für die Arbeiter übertrifft alles. In den reprivatisierten und staatlichen Betrieben stehen sie vielfach noch immer unter Militärkontrolle. Sie werden sofort entlassen, wenn sie nicht für das „Vaterland" unbezahlte Oberstunden machen. Sie erhalten Löhne, die das Existenzminimum nicht decken.

Der Wirtschaftsminister (für die „freie Marktwirtschaft" und das „Wirtschaftswunder" holte sich die Junta vier Zivilisten in die Regierung) hatte bereits im November 1973 die „politischen, demagogischen und lächerlichen" Fixpreise der Regierung Allende für Grundnahrungsmittel aufgehoben.

Nach Angaben des Wirtschaftsministers beträgt die Inflationsrate für 1974 genau 350 Prozent. Die Weltbank schreibt allerdings in einem Geheimbericht, daß die Inflationsrate 1974 bei 600 Prozent oder höher liegen werde. „Die Freiheit der Preise", meinte Juntamitglied Luftwaffengeneral Leigh, „ist der einzige Weg, die Inflation zu kontrollieren".

Nach einer erstaunlicherweise kürzlich veröffentlichten Studie der Staatlichen Universität Santiago ist das Realeinkommen seit der Machtergreifung des Militärs um 70 Prozent gesunken; 30 Prozent der Bevölkerung lebten in „extremer Armut". Konkret bedeutet das: vielleicht ein Stück Brot und eine Tasse Tee pro Tag; es werden Hunde, Katzen, Ratten gegessen; Frauen müssen auf den Strich, um die Familie zu ernähren; die Selbstmorde nehmen rapide zu.

Außer den vielen tausend „Kriminellen" (Pinochet: „Die Marxisten dingen Verbrecher für ihre Aktionen") aus den Arbeiter- und Elendsvierteln wurden Hunderte von Soldaten und Carabineros (Militärpolizei) Opfer des direkten Terrorismus. Hunderte wurden erschossen, Tausende (darunter auch Generale) befinden sich unverurteilt oder zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt in Haft. Viele wurden entsetzlich mißhandelt. General Bache(et starb an den Folgen der Folterungen.

Politikern der Unidad Popular erging es nicht besser. Schon nach offiziellen Angaben wurden 130 ohne Gerichtsverfahren hingerichtet. Andere begingen „Selbstmord" oder wurden als Gefangene „auf der Flucht" erschossen. Wieder andere wurden schwer krank durch Folterungen und Haftbedingungen, wie sie z. B. auf der Insel Dawson herrschten. Dawson, wo rund 220 UP-Politiker festgehalten wurden, ist erst im Mai 1974 geschlossen worden.

José Tohâ, Innen- und Verteidigungsminister Allendes, der nach den Mißhandlungen an beiden Beinen gelähmt war, wurde als erster, zum Skelett abgemagert, in ein Militärkrankenhaus überführt. Dort „erhängte" er sich angeblich.

Obwohl die Prozesse gegen die überlebenden führenden Politiker der Unidad Popular *und* ihre Todesurteile schon im Oktober 1973 angekündigt worden waren, sind sie bis heute nicht formell eröffnet worden. Massenprozesse vor Kriegsgerichten gegen weniger bekannte Persönlichkeiten finden hingegen pausenlos in allen Provinzen statt.

Die politischen Gefangenen sind noch schutzloser geworden, seit die Junta die Todesstrafe einführte für eine Vielzahl von Vergehen (darunter auch für Sabotage in Betrieben, und für die „Anstiftung" zum Widerstand) und seit per Dekret ausländischen Journalisten, Prozeßbeobachtern und Delegationen, die sich kritisch über das „System" geäußert haben und trotzdem in Chile einreisen, Strafen bis zu zehn Jahren Zuchthaus drohen.

Mit den Jubelfeiern zum ersten Jahrestag (die katholische Kirchenhierarchie hatte es zum erstenmal abgelehnt, Festgottesdienste zu zelebrieren) fielen die Stellungnahmen zusammen von US-Präsident Ford und Außenminister Kissinger über die „Pax americana" in Chile sowie die ersten offiziellen Bestätigungen über die Putsch-Beteiligung von CIA & Co. (KONKRET 10/74). Seither geriet die Junta unter immer schärferen Beschuß von „Geistesgestörten", „fiebernden Gehirnen" und „internationalen Kommunisten". Die Internationale Juristenkommission stellte in einem im Oktober veröffentlichten Bericht fest, daß die politische Unterdrückung systematischer geworden sei als in den Monaten nach dem Staatsstreich. Durch die Rechtsprechung, heißt es in dem Bericht, „werden weiterhin die Rechtsgrundlagen der zivilisierten Nationen verletzt". Und: „Für jeden in den letzten Monaten aus der Haft Entlassenen hat es mindestens zwei neue Festnahmen gegeben."

75 Prozent aller Verhaftungen erfolgen durch nicht identifizierbare, mit Maschinenpistolen bewaffnete Zivilisten. (Es scheint sich vielfach um Mitglieder der faschistischen Organisation „Patria y Libertad" zu handeln, die Bewohnern der „poblaciones" noch heute Massenexekutionen androhen). Neben den individuellen, so die Juristenkommission, gebe es Massenverhaftungen bei Razzien. In den letzten Monaten seien 10.000 bis 15.000 Menschen festgenommen worden. Sie würden sieben bis zehn Tage lang „verhört" und dann entweder freigelassen oder in ein Konzentrationslager deportiert. Es sei „absurd", wenn die Junta von 748 politischen Gefangenen spreche.

Auch die Stellungnahmen in den Vereinten Nationen wurden dezidierter. Ende Oktober nahm der Sozialausschuß der UNO-Vollversammlung eine Resolution an (83 gegen 9 Stimmen, 21 Enthaltungen), in der die chilenische Junta aufgefordert wird, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten in Chile wieder herzustellen und zu sichern, alle ohne Anklage oder aus politischen Gründen Verhafteten freizulassen und denjenigen, die es wünschten, die Ausreise zu

gestatten.

Während der Debatten kam auch das Schicksal von Senator Jorge Montes und seiner Familie zur Sprache. Nach einem Brief, den der im Untergrund arbeitende „Politische Ausschuß der Unidad Popular" dem Büro der Presseagentur AP zuspielte, war Montes, ZK-Mitglied der Kommunistischen Partei Chiles, im Juli zusammen mit seiner Frau und zwei Töchtern (23 und 24 Jahre) verhaftet und unter falschem Namen in verschiedenen Folterzentren derart „verhört" worden, daß er sich „am Rande des Todes" befinde. Seine Frau Josefina und seine Tochter Rosamaria hätten in Folge der Mißhandlungen „den Verstand verloren". Der Ausschuß empfahl der UNO-Menschenrechtskommission daraufhin, auf der nächsten Sitzung den Berichten über Verstöße gegen die Menschenrechte und besonders den Hinweisen auf Folterungen und sonstige grausame und herabwürdigende Behandlung nachzugehen.

Anfang November äußerte die UNO-Vollversammlung ihre „tiefe Besorgnis" über die „offenkundigen Verletzungen" der Menschenrechte in Chile und übernahm die Resolution des Sozialausschusses mit 90 Ja-Stimmen (darunter die Bundesrepublik), 26 Enthaltungen (darunter die USA und Spanien) und 8 Nein-Stimmen (die lateinamerikanischen Staaten Chile, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Guatemala, Nicaragua, Paraguay und Uruguay).

Die Junta reagierte gereizt. Die Vereinten Nationen führten eine „perverse und brutale" Kampagne gegen das „Vaterland". Durch ihre Taten hätten die Staaten, die für die Entschliessung gestimmt hatten, den „guten Chilenen gezeigt, was der extreme internationale Kommunismus schon erreicht hat." (Pinochet).

Weitaus peinlicher für die chilenischen Machthaber kann es werden, wenn der Bericht der Menschenrechtskommission der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) im April in der OAS-Vollversammlung diskutiert werden wird. Denn die Kommission wurde geleitet von dem uruguayischen Juristen Justino Jiménez, und auch die übrigen Delegierten (aus den USA, Argentinien, Bolivien und Brasilien) kommen aus Staaten, die der Regierung der Unidad Popular nicht die geringste Sympathie entgegenbrachten.

Die Delegierten waren im Juli in Chile. Jiménez beklagte nach Abschluß der Mission, daß sie zeitlich sehr eingeengt gewesen seien und daß sie die ihnen namentlich bekannten Orte (Hauptquartiere der Geheimpolizei sowie „Verhör"-Zentren) nicht besuchen durften, unter dem Vorwand, es handele sich um „Militärzonen". Der Bericht soll auch bestätigen, daß der einstige Gaskammerexperte und Eichmann-Mitarbeiter Walter Julius Rauff innerhalb der DINA, der von der Junta geschaffenen GESTAPO, eine hohe Funktion innehat.

Das lähmende Entsetzen in der Bevölkerung gegenüber der Willkür und dem regierenden Terror scheint langsam abzunehmen. Zu erkennbar aktiven Widerstandsmanifestationen kam es schon, als am 5. Oktober in Santiago nach einem Kampf mit Polizei- und Armeeeinheiten in dem Arbeiterviertel San Miguel der Generalsekretär des MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria = Bewegung der Revolutionären Linken), der 30jährige Arzt Miguel Enriquez, erschossen wurde. Zu seiner Beerdigung kamen über tausend Menschen-, eine sehr mutige Widerstandsaktion.

Trotz der großen Razzien und Verhaftungswellen, die auf den Tod von Enriquez folgten, hat lediglich ein aktives MIR-Mitglied (nicht wie überall gemeldet fast 200) in der italienischen Botschaft Asyl gesucht. Edgardo Enriquez, der Bruder von Miguel, bestätigte in einem am 12. Dezember in „Le Monde" veröffentlichten Interview, daß Andrés Pascal Allende zum neuen Generalsekretär des MIR gewählt worden ist.

Das erklärt die Verhaftung seiner schwerkranken Mutter Laura Allende, 62, Abgeordnete der Sozialistischen Partei und Schwester Salvador Allendes Anfang November, die Verhaftung seiner Schwester und etwas später auch seines Vaters Gastón Pascal Lyon. Andrés Pascal Allende führt offensichtlich energisch die von Enriquez begonnenen Bemühungen fort, eine breite Widerstandsfront zu schaffen zusammen mit den Parteien der Unidad Popular und dem progressiven Flügel der Christdemokratischen Partei.

Konkret 02/75, S. 23

L□ is Vitale

Folter □ nd Moral

KONKRET-Inter□ ie□ mit dem freigeka□ ften chilenischen KZ-H□ ftling L□ is Vitale
L□ is Vitale, Professor f□ r Geschichte □ nd f□ hrender Ge□ erkschaftsf□ nktion□ r □ □ r Zeit □ on Allendes Volksfrontregier nach dem P□ tsch □ erhaftet, gefoltert □ nd in □ erschiedene Kon□ entrationslager gesteckt □ orden. Vor □ enigen Wochen □ -□ □ sammen mit et□ a h□ ndert □ eiteren KZ-H□ ftlingen - □ om Bonner AA-Staatsminister Hans-J□ rgen Wischne□ skifreig Frankf□ rt befragten ihn Hans Ha□ stein □ nd Elisabeth Ha□ stein-Abendroth f□ r KONKRET nach seinen Erfahr□ ngen

KONKRET: Was geschah in Chile nach dem Putsch vom 1 1. September 1973, und unter welchen Umständen wurden Sie verhaftet?

VITALE: Ich wurde am 12. September 1973 in einer Arbeitersiedlung von Santiago verhaftet und bin danach durch neun verschiedene Folterkeller und Konzentrationslager gegangen. Die Repression, die unmittelbar nach dem Putsch einsetzte, übersteigt alles bisher Vorstellbare. Um einige Zahlen zu nennen, die wir errechnet haben: Bis heute 20.000 Tote und 150.000 Inhaftierte; hierbei kann man zwei verschiedene Kategorien unterscheiden: 60.000, die länger als einen Monat inhaftiert waren, und 90.000, die kurzfristig verhaftet wurden. Es hat zehntausende Verwundete gegeben und viele hundert Selbstmorde; ich selbst habe vier miterleben müssen. Dazu kamen Massenentlassungen aus politischen Gründen; Fabrikarbeiter, Landarbeiter, Angestellte des Öffentlichen Dienstes; die Zahl von 200.000 dürfte hier nicht zu hoch gegriffen sein.

Rechnet man die Familienmitglieder mit, wurde auf diese Weise etwa 800.000 Menschen die Existenzgrundlage entzogen. Der chilenische Arbeitgeberverband und das staatliche statistische Büro haben selbst eine Arbeitslosenrate von 14 Prozent im Landesdurchschnitt zugegeben. Örtlich übersteigt sie 20 Prozent. Wenn man also von den Opfern der Junta spricht, so darf man nicht nur über die Toten, Gefangenen und Verwundeten reden, sondern man muß auch an die Opfer der ökonomischen Repression denken: die Arbeitslosen und ihre hungernden Familien. Nach meiner Einschätzung übertrifft das Ausmaß dieser Unterdrückung das anderer faschistischer Regimes in Lateinamerika und Westeuropa, z. B. Cuba unter Battista, Brasilien, Uruguay, Portugal, Spanien und Griechenland. Wenn es einen Vergleich gibt, dann Indonesien.

KONKRET: Sie waren in verschiedenen Konzentrationslagern. Der Begriff KZ ist durch unsere Geschichte, die Geschichte des deutschen Faschismus, zum Menetekel geworden. Die alte Generation, sofern die nicht betroffen war, hat das KZ heute aus der Erinnerung verbannt; die junge Generation hat meist nur vage Vorstellungen. Was bedeutet konkret in Chile: Leben im KZ?

VITALE: Man muß zwei Arten der Inhaftierung unterscheiden: Das eine sind die Konzentrationslager, das andere die Folterkeller, die etwa der Gestapohaft im Hitlerfaschismus vergleichbar sind. In den Folterkellern werden die Menschen bis zu dreißig Tagen festgehalten und auf alle nur erdenkliche Weise gefoltert.

Der Gefolterte wird danach ins Konzentrationslager eingeliefert, wo sich die anderen Gefangenen um ihn kümmern, ihm Essen und Kleidung besorgen, ihn waschen und seine Wunden pflegen. lm Allgemeinen gibt es in den Konzentrationslagern keine massive Folter, ausgenommen die psychische. In einigen KZs finden aber Erschießungen statt. So im Nationalstadion, wo viele starben, oder i n Valparaiso und Pisagua. Im KZ versuchten wir alle zusammen, unsere Moral hochzuhalten, indem wir uns alte Bücher und Zeitschriften ergatterten, um uns durch Ablenkung und Gespräche den Mut zum Überleben zu bewahren - alles, um nicht in Resignation zu verfallen, denn das ist der erste Schritt zum Selbstmord.

Was die Lebensbedingungen in den Folterkellern betrifft: Es gab keine regelmäßige Verpflegung; wir waren in einem Raum von etwa vier auf sechs Meter zu 50 bis 80 Menschen eingepfercht. Das einzig Positive war, daß wir uns bei der großen Kälte so gegenseitig wärmen konnten.

Während meines Aufenthaltes im Stadion von Chile lebte ich mit 250 bis 300 Menschen in der Basketball-Halle. In diesem Raum waren wir sieben Monate, ohne je ans Tageslicht zu kommen. Dort aßen, tranken, schliefen wir, wir spielten Karten und fertigten uns selbst Spielgeräte - wie z. B. Bälle - an. Jeglicher Kontakt zur Außenwelt war abgeschnitten. Ich kam dann auch nach Chacabuco. Es ist hier in der BRD ein Buch über Chacabuco erschienen, das dieses Lager als „Muster" eines chilenischen KZs bezeichnet. „Muster" ist doppeldeutig; denn Chacabuco ist kein gewöhnliches KZ - auch nicht etwa das schlimmste - sondern das mit den besten Überlebensmöglichkeiten. Wir waren dort untergebracht in Baracken ehemaliger Salpeterarbeiter, die bei der Aufgabe der Minen durch den englischen Imperialismus vor rund dreißig Jahren verlassen worden waren. Wir lebten dort zwar auch in kleinen Räumen, aber immerhin nur zu sechs bis fünfzehn Personen. Außerdem mußten wir nicht mehr auf dem Fußboden schlafen, sondern wir hatten Etagenbetten.

KONKRET : Gibt es Möglichkeiten, das Überleben zu organisieren, Widerstand zu leisten, gibt es Möglichkeiten politischer Organisationen?

VITALE: In allen Lagern hat man begonnen, politische Organisationen aufzubauen. Das ist natürlich nur in den Konzentrationslagern möglich, nicht in den Folterkellern. Wir haben eine sehr breite Einheitsfront gebildet, die alle Richtungen der chilenischen Linken umfaßt: Sozialisten, Kommunisten, linke Christen, Mapu, Mir, Anarchosyndikalisten, Trotzkisten und Unabhängige - alle. Die Hauptaufgabe ist die Regelung der unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Gefangenen: Organisation von Essen, Kleidung, hygienischer Versorgung und von Familienbesuchen. Auch für die Aufrechterhaltung der kämpferischen Moral der Gefangenen ist diese Organisation sehr wichtig. Außerdem turnten wir gemeinsam und machten Gymnastik, um unsere körperliche Verfassung zu verbessern. Selbst politische Demonstrationen hat es schon gegeben. Zum erstenmal haben wir eine Gedenkminute für die Opfer von Chicago eingelegt. (Ursprung des 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse ist die Demonstration der Arbeiter von Chicago am 1. Mai 1886 für den 8-Stunden-Tag, die von der Polizei zusammengeschossen wurde. Die Red.). Die Vorbereitungen zu dieser Aktion wurden von den Gefangenen diskutiert.

In Chacabuco und Santiago haben wir sogar der toten Arbeiter, Bauern und Studenten vom 11. September 1973 am Jahrestag des faschistischen Putsches in einer Schweigedemonstration gedacht. Ein Genosse, der Maler war, zeichnete ein großes Bild mit der roten Rose der Unidad Popuhr und einem weinenden schwarzen Gesicht. Das Wachpersonal reagierte auf derlei Aktionen mit Repressalien gegen Einzelne. Für uns Gefangene aber bedeuteten sie eine ungeheure Stärkung der Moral.

KONKRET: Funktioniert so etwas wie eine Nachrichtenverbindung zwischen den einzelnen Lagern und den Widerstandsorganisationen draußen?

VITALE: Es gibt Verbindungen zwischen den Lagern. Die erste Form der Nachrichtenübermittlung ist möglich, weil nahezu alle, die die Folterkeller lebend überstehen, in die KZs eingeliefert werden und dort berichten. Die zweite Möglichkeit der Kommunikation bietet uns die Praxis der Junta, Gefangene häufig von einem KZ ins andere zu verlegen. Zum Dritten werden ja viele Gefangene entlassen und viele neu verhaftet. Ich erzählte euch von 150.000 Gefangenen; die sind natürlich nicht alle gleichzeitig inhaftiert - das wäre der Junta viel zu teuer und auf Dauer organisatorisch gar nicht zu bewältigen. Deshalb sind nur schätzungsweise 12.000 Personen gleichzeitig in den KZs in Haft.

Diejenigen, die entlassen werden, berichten natürlich draußen über die Zustände in den Lagern; umgekehrt erzählten uns die Neuverhafteten, was draußen los ist.

Der wichtigste Kontakt schließlich sind die Familienbesuche. Alle diese Kanäle haben es uns ermöglicht, eine Geschichte der Greuel in den Folterkellern und KZs zusammenzustellen. Außerdem ist eine Liste von Gefangenen erstellt worden, die ich Amnesty International übergeben habe. Es sind dort vor allem bisher anonyme Arbeiter und Bauern verzeichnet. Ich möchte hier nicht die Kampagnen für einzelne Repräsentanten der Unidad Popular kritisieren; diese sind notwendig. Aber es ist auch wichtig, Kampagnen für die bisher Anonymen zu machen.

An dieser Stelle möchte ich sagen, daß die Frauen in den KZs am aktivsten, entschiedensten und würdigsten kämpfen, obwohl sie den mörderischsten Folterungen ausgesetzt sind. Die schrecklichsten Foltern sind Foltern an Frauen.

KONKRET: Es gab hier unter anderem eine Kampagne: Rettet Luis Vitale! Daraufhin kam die Nachricht, Du seist tot. Derartige Meldungen verwirrten die internationale Solidaritätsbewegung.

VITALE: Das ist richtig. Die Junta versucht, wo irgend möglich, zu leugnen, daß Gefangene, für die eine Kampagne gemacht wird, im KZ sind. Ich möchte das Beispiel des kommunistischen Senators Jorge Montez nennen, von dem die Junta ebenfalls behauptete, er sei tot. Ich habe Montez aber noch vor anderthalb Monaten gesehen. Ähnliches gilt für Luis Corvalan, Clodomiro Almeyda und viele andere. In meinem Fall wurde die erste Meldung über meinen Tod etwa im November 1973 lanciert. Daran ist soviel wahr, daß ich Ende Oktober 1973 zusammen mit drei anderen Gefangenen aus dem Nationalstadion selektiert und einer Scheinerschießung unterzogen wurde.

KONKRET: In Westdeutschland - wie in vielen anderen Ländern- hat der Putsch in Chile Empörung und Solidaritätsaktionen ausgelöst. Viele meinen heute, diese Aktionen seien umsonst gewesen. Können Sie uns etwas zur bisherigen Wirkung dieser Solidaritätsaktionen in Chile sagen?

VITALE: Die Aktionen der internationalen Solidaritätsbewegung finden in Chile sehr großen Widerhall. Selbst im KZ erhielten wir Nachrichten von den großen Demonstrationen in Westeuropa, z. B. in Frankfurt und Rom; und es half uns sehr, zu wissen, daß so weit weg von uns so viele Menschen für Chile auf die Straße gehen.

Eine interessante Geschichte passierte bei den Fußballweltmeisterschaften 1974. Die Spiele der chilenischen Mannschaft wurden selbst im Konzentrationslager durch Fernsehen übertragen, weil die Junta von der Beteiligung an diesen Weltmeisterschaften internationale Aufwertung erhoffte und daraus nationalen Stolz zu züchten versuchte. Als dann bei dem Spiel mit Australien die Fahne mit der Aufschrift „Chile socialista" (eine Aktion des Berliner Chile-Komitees. Die Red.) erschien, war uns das eine große Rückenstärkung. Die Ankündigung der Junta, zweihundert Gefangene nach Mexico zu entlassen, wie auch die Tatsache, daß ich jetzt hier mit euch reden kann, sind neben wenigen anderen Zugeständnissen konkrete Ergebnisse der internationalen Solidarität.

KONKRET: Was sind nach Deiner Meinung die aktuellen Aufgaben der internationalen Solidaritätsbewegung?

VITALE: Nach meiner Ansicht reichen die bisherigen Erfolge noch lange nicht aus. Die Solidaritätskampagne muß deshalb auf eine neue Ebene gehoben werden. Die Hauptaufgabe ist jetzt die Befreiung aller politischen Gefangenen. Weil viele jetzt durch unsere Listen aus der Anonymität herausgetreten sind, ist es nun möglich, für alle - nicht nur für die Repräsentanten der chilenischen Linken - Kampagnen zu organisieren. Ihr müßt in Rechnung stellen, daß die bisherigen Zugeständnisse der Junta erst ein Anfang sind. Dabei hilft euch, daß die rabiat antikommunistische Politik der Militärs nicht ins gegenwärtige Konzept der Weltpolitik, das Konzept distanzierter Zusammenarbeit paßt.

Es muß euch aber klar sein, daß die Erfolgschancen in dieser Frage nur genutzt werden können, wenn ihr geschlossen und einheitlich vorgeht. Die chilenischen Gefangenen werden von euch keine Form des Sektierertums akzeptieren. Denn das geht auf ihre Kosten. Hiermit will ich keinesfalls die strategischen und taktischen Differenzen zwischen den verschiedenen Richtungen der chilenischen wie auch der hiesigen Linken verwischen. Ich gestehe jeder Fraktion zu, an ihren besonderen Vorstellungen festzuhalten. Diese werden jedoch nichtig, wenn es um das konkrete Problem der politischen Gefangenen geht. Hierzu ist eine Einheitsfront immer möglich und notwendig. Sie herzustellen - bei aller Unterschiedlichkeit der Interpretationen des chilenischen Prozesses durch die westdeutsche Linke - ist die dringlichste Aufgabe dei hiesigen Solidaritätsbewegung.

Konkret 02/75, S. 25

Hans Matthöfer

Die Lehren

Wie immer nach einem faschistischen Putsch waren auch in Chile die Maulradikalen von gestern von der Brutalität der Unterdrückung überrascht. Nach 30.000 brutal zu Tode Gebrachten und Zehntausenden, die gefoltert wurden oder flüchten mußten, muß man die Frage stellen dürfen, was man bei denjenigen, die sich in der Bundesrepublik für ganz links halten, aus dieser Erfahrung gelernt hat. (Vielleicht sollte ich noch schnell sagen, was ich von Machthabern halte, die Menschen foltern lassen: Es sind ehrlose Lumpen, verdorben und schmutzig bis in den letzten Winkel ihrer verrotteten und verlausten Seele.)

Die meisten linken Sektierer- das ist jedenfalls mein Eindruck- haben aus der chilenischen Tragödie wohl nichts gelernt. Sie fühlen sich bestätigt. Die selbsternannten kleinbürgerlichen Avantgarden des Proletariats, die den bewaffneten Aufstand predigen, meinen, man hätte halt rechtzeitig das chilenische Volk bewaffnen sollen, dann würde alles anders ausgegangen sein. Ich sage „predigen", weil diese Sorte von Helden in einem demokratischen Rechtsstaat zwar der Reaktion in die Hände arbeiten und demokratische Sozialisten - wie damals Allende- als Verräter beschimpfen kann, aber nicht aufzutreiben ist, wenn gegen organisierte und bewaffnete Faschisten gekämpft werden muß.

Das sind die gleichen Leute, die in Chile Waffen sammelten und Fabriken besetzten - außerhalb der CUT, des zentralen Gewerkschaftsbundes, der von sich aus bei diesen Besetzungen nie initiativ war-, die groß vom bewaffneten Aufstand und vom Bürgerkrieg sprachen und dann im entscheidenden Moment, als sie die Situation hatten, die sie bewußt herbeiführen oder in Kauf nehmen wollten, die sie jedenfalls nicht überrascht haben konnte, - den gewaltsamen Zusammenstoß zwischen reaktionären und progressiven Kräften - sich einzeln ohne bewaffneten Widerstand verhaften ließen.

Dieses Verhalten ist geschichtlich nicht zu rechtfertigen, und keine falsch verstandene Solidarität sollte uns daran hindern, dies auszusprechen. Eine Situation mithelfen herbeizuführen, die zur bewaffneten Konfrontation führt, und dann vielleicht niemals die Absicht gehabt zu haben, diese Konfrontation auch physisch durchzustehen, das ist unverantwortlich.

Als demokratischer Sozialist kann man Transformationen der Strukturen nur im Einklang mit dem Bewußtsein der breiten Masse der Bevölkerung herbeiführen wollen. Man muß den Kampf so führen, daß bei jeder Reform die Machtbasis für die Durchführung der nächsten Reformschritte wächst; daß man sich immer im Einverständnis mit den breiten Massen befindet, was intensive, schwere, langwierige und geduldige Aufklärungsarbeit voraussetzt; und daß man, wenn die Schlußauseinandersetzung nicht zu vermeiden ist, die Strategie so führt, daß man im Moment der Entscheidung das gesamte Potential, das man hat, auch wirklich in die Auseinandersetzung einbringen kann.

Man darf aus dem Putsch in Chile auf keinen Fall den Schluß ziehen, auf demokratischem Wege seien strukturverändernde sozialistische Reformen nicht möglich. Was die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Aufstände betrifft, die ich vor dem Putsch in Chile als Konsequenz vorherzusehen glaubte, habe ich angesichts des kläglichen Versagens der Befürworter dieser Strategie in Chile meine Meinung geändert.

Hinzu kommt folgende Überlegung: Wer in Lateinamerika drei, vier, viele Vietnams schaffen will, nimmt bewußt die Gefahr eines Weltkrieges auf sich. Ein neuer, notwendigerweise atomar geführter Weltkrieg bedeutet aber, daß wir hier im Zentrum Europas diese Auseinandersetzung mit der gesamten biologischen Substanz unseres Volkes ganz sicher nicht überleben werden.

Ich sehe einerseits, daß die Verhältnisse in Lateinamerika ungerecht sind und geändert werden müssen; ich bin grundsätzlich der Meinung, daß gegen bewaffnete Repression der bewaffnete Aufstand legitim ist. Gleichwohl stehe ich als Politiker, der von einem Volk gewählt worden ist, das keinerlei Aussicht hat, im nächsten Krieg zu überleben, einem politisch-moralischen Dilemma gegenüber: Einerseits ist der bewaffnete Aufstand in bestimmten Situationen zu rechtfertigen; andererseits kann er die Gefahr eines dritten Weltkrieges wesentlich erhöhen. Der Ausweg aus diesem Dilemma kann nur darin bestehen, daß ich weiterhin mit allen Kräften diejenigen unterstütze, die in Lateinamerika eine friedliche, demokratische Transformation der Strukturen in Richtung auf einen demokratischen Sozialismus herbeiführen wollen.

Dies bedeutet in Europa eine entschiedene oder noch entschiedenere Auseinandersetzung mit den Ultralinken, deren Funktion offenbar darin besteht, demokratisch gewählte Regierungen zu behindern und der Reaktion, die ja in den entscheidenden Ländern noch immer über wichtige Machtpositionen verfügt, Vorwände zum gewaltsamen Eingreifen zu liefern.

Schließlich noch eine weitere Lehre, nämlich die klare Erkenntnis des Charakters derjenigen Konservativen und Reaktionäre, die im Moment des Umschlages von einem System ins andere bereit sind, zu Waffengewalt, zu Repression, zu Folter, Mord, Konzentrationslagern, Zensur und Bücherverbrennung zu greifen, wenn es ihren Zwecken dient. Für diese Leute verläuft die Frontlinie nicht zwischen Demokratie und Diktatur, sondern zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Und wir wissen jetzt auch, wo sie bei uns sitzen. In dem Moment, wo es galt, Stellung für die parlamentarische Demokratie zu beziehen und Front gegen den Militärputsch in Chile zu machen, hat auch ein Teil der deutschen Presse und ein Teil der Abgeordneten sein wahres Gesicht und seine wahren Interessenprioritäten gezeigt.

Viele haben sich bis heute nicht von ihren damaligen Äußerungen distanziert. Man sollte ihren Einfluß nicht unterschätzen.

Konkret 02/75, S. 27

Hermann Peter Piwitt

Lieselotte Linsenhof - unterdrückte Frau oder ein Fehlritt der Natur

Anmerkungen zur neuen Frauenbewegung

„Eine Frau muß erstmal schön sein. Sie muß schöne Augen haben, schöne Haare und ein schönes Gesicht. Das Gesicht muß ohne Falten und Knicke sein." Dies Zitat stammt aus dem Aufsatz eines elfjährigen Schülers aus Hessen.

Daß Männer durchaus fett, dumm und häßlich sein können, wenn sie es im Leben zu etwas bringen wollen, führte die ‚Talk Show` des 111. Programms NDR/SFB/BR im vergangenen Dezember zum Thema ‚Frauen` vor: Zwei Catcher, einer von ihnen zivilberuflich Chef einer Kaffeefirma, erklärten da, daß sie „echt Geld machten". Aber damit nicht genug. Sagte der eine, mit eindeutiger Adresse an die beteiligten Feministinnen, es sei doch typisch, daß gerade die unattraktiven Mädchen so gegen die Männer seien.

Ich stelle mir vor: eine der darauf bitter dreinschauenden Frauen hätte sich revanchiert und ihn eine ‚stumpfsinnige Fettsau` genannt. Wahrscheinlich hätte er ihr Prügel angedroht; aber es hätte auch schlimmer kommen können. Selten wurde so klar demonstriert, daß männliche Überlegenheit, und sei sie noch so intellektuell verbrämt, sich auf eine solide Basis von körperlicher Gewalt verlassen kann.

Das muß auch das Publikum empfunden haben. Daß hier einmal wieder dran erinnert wurde, was die Welt im Innersten zusammenhält. Die Mehrheit applaudierte schadenfroh. Intendant Paczensky grinste allenfalls süßsauer. Und selbst MdB Helga Schuchardt glaubte gut lachen zu haben, friseurgepflegt, wie sie war. Was für dufte Typen waren das doch, diese Catcher. Da wurde die Welt doch mal wieder ins Reine gebracht. Sportpalast-Stimmung jetzt auch im Dritten Programm?

In viele linke Köpfe will bis heute nicht hinein, daß die Frauen (auf dem Boden des antikapitalistischen Kampfes, versteht sich) ihre besonderen Interessen ohne Bevormundung durch bestehende politische Parteien und Gruppierungen durchsetzen müssen. Bei Jungsozialisten, Sozialdemokraten und DKP, wo Männer letzten Endes das Sagen haben, erscheint die ‚Sache zwischen Mann und Frau` als ‚Nebenwiderspruch`, der mit dem Hauptwiderspruch (dem zwischen Kapital und Arbeit) schon irgendwie gelöst werde. Wo dabei die Frauen zu stehen haben, verdeutlichte kürzlich eine Überschrift aus der ‚UZ`, wo es hieß: ‚Frauen an der Seite der Arbeiterklasse`.

Die Konstruktion von ‚Haupt- und Nebenwiderspruch` ist für die Interessen der Frauen nahezu unbrauchbar. Schließlich ist das Patriarchat kein Produkt kapitalistischer Zeiten, warum sollte es mit dem ökonomischen System des Kapitalismus verschwinden? Zumal sich - so Reich - die Ideologie immer langsamer umwälzt als die Basis? Zwar sieht der Marxismus vor, daß mit der Zeit auch die Ursachen für die Entstehung des Patriarchats (fortschreitende gesellschaftliche Arbeitsteilung, von der die Frau ausgeschlossen blieb) überwunden werden sollen; aber das kann dauern. Und wenn der Satz gilt, daß uns das Hemd näher ist als die Jacke, dann ist der Kapitaleigner nicht demütigender für Frauen als das vorkapitalistische Fossil, das als Vorgesetzter in Familie und Betrieb auf seine Saurier-Rechte pocht.

Die Wortführer der sogenannten ‚progressiven` politischen Gruppierungen in der BRD und ihre weiblichen Hiwis ermuntern die Frauen bei jeder Gelegenheit, sich doch gefälligst in die Parteien zu bemühen. Aber kann das Schicksal irgendeiner der wenigen exponierteren Frauen in SPD und FDP eine halbwegs intelligente und selbstbewußte Frau zur Nachahmung ermuntern? Ich will ja gar nicht von Annemarie Renger reden; sie ist und bleibt ein Fall nur für ihren Friseur. Aber wo unter einflußreichen Männern schon die trostlos angepaßte Helga Schuchardt als ‚Feministin` gilt? Hat man nicht auch die Exponenten der antiautoritären Bewegung von 1967/68 in die Parteien gebeten? Und was ist aus ihnen geworden? Sie erlitten Anpassung oder Ausschluß.

Ist schließlich die Geschichte der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts sonderlich dazu angetan, den Frauen das Mißtrauen zu nehmen gegenüber Bündnisvorstellungen, wie sie der genannte UZ-Titel zum Ausdruck bringt? Nein. Gewiß: die Kritik der radikalen Feministinnen greift zu kurz, wenn sie nichts als Patriarchalismus wittert hinter dem Widerstand der Arbeiter gegen Frauenarbeit und weibliche Gewerkschaftsmitglieder im 19. Jahrhundert. Es ist bekannt, daß im 19. Jahrhundert das Familieneinkommen bei Erwerbstätigkeit aller Familienmitglieder stellenweise absolut niedriger war als bei alleiniger Erwerbstätigkeit des Mannes zu Ende des 18. Jahrhunderts. Das heißt: daß die Frau auf dem überfüllten ‚Arbeitsmarkt` mitbot, schlug auf die materielle Basis der Familien selbst zurück.

Sozialdemokratische Theoretiker wie Edmund Fischer jedoch drehten aus solchen Sachproblemen den Frauen später den ideologischen Strick: „Die sogenannte Frauenemanzipation widerstrebt der weiblichen Natur und der menschlichen Natur überhaupt, ist Unnatur und daher undurchführbar."

Vergessen schien, was Marx im ‚Kapital` schreibt: „So furchtbar und ekelhaft uns die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Frauen im gesellschaftlich organisierten Produktionsprozeß zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter."

Heute sind im 36köpfigen SPD-Vorstand 2 Frauen statt bisher 5; noch nie seit 1949 gab es sowenig sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete. Und die progressivste aller derzeit parlamentarisch möglichen Lösungen in Sachen § 218 kam im ersten Anlauf im Parlament nicht durch, weil zwei SPD-Abgeordnete zu spät zur Abstimmung erschienen. Wären sie auch zu spät gekommen, wenn es um *ihren* Bauch gegangen wäre?

Fangen wir nicht bei Adam und Eva an. Auch nicht bei jenem metaphysischen Strizzi, der seine Geliebte schwanger mit einem alten Mann sitzen ließ und seitdem als Christengott verehrt wird. Immerhin hat nach Maria Vorbild die Frau bis heute das Kunststück fertig zu bringen gehabt, als ‚reine Magd` dem Manne Lust zu bereiten. Und mit diesem reinen Widerspruch, mit diesem Un-Menschen als selbstgeschnitzten Knüppel vor dem Hintern wundern wir Männer uns, daß uns das Leben schwer gemacht wird und suchen Rat und Trost bei Esther Vilar.

In einem kleinen Nest am Golf von Tarent sah ich einmal abends auf einer Wirtshausterrasse spielenden Kindern zu. Maikäfer flogen in die Leuchtröhren unter der Dachtraufe, fielen angesengt oder betäubt herunter. Die Jungen fuhren mit ihren Dreirädern drüber, und die Mädchen schrien, wenn es die Käfer knirschend zerquetschte. Wer lehrte sie die Rollen, wonach ein Mann zu töten und eine Frau dazu zu schreien habe? Die Natur kann nicht so dumm sein wie die Erbfolge der Fehlinformationen, mit denen Menschen Kinder zu ‚Frauen` und ‚Männern` machen.

Vor meinem Fenster spielen Jungs Cowboy und Soldaten. Sie knallen wild herum. Nur der Kleinste lutscht noch am Lauf seines Revolvers. Welche Familien-Serie ermuntert ihn, es auch später noch zu tun?

An den Türen von zigtausend westdeutschen Gaststätten müßte ‚von Rechts wegen` das Schild hängen: ‚Für die Sicherheit von Frauen ohne Herrenbegleitung kann nicht garantiert werden. Ausgenommen: Rentnerinnen und weibliche Krüppel.` Wie unaufrichtig sind selbst linksstehende Männer, wenn sie sich darüber aufregen, daß Frauen neuerdings unter sich feiern?

Nach wieviel Hunderttausenden zählt das Elend der Frauen, die - ab 40 von Kindern und Mann verlassen - erkennen, daß sie nichts sind, nichts können, nichts aus sich gemacht haben, auf die Gnade oder Ungnade des Mannes angewiesen sind? Oder nicht einmal das erkennen und sich damit abfinden, - im günstigen Fall - als kuchenfressende Pelztiere bei ‚Kranzler` zu enden?

Italienische Frauen haben herausgefunden, daß 45 Prozent aller 1968 ermordeten italienischen Frauen vom eigenen Ehemann umgebracht worden waren, nicht hinzugezählt die Morde, die vom Vater oder Bruder begangen wurden. Für ‚Kavaliersverbrechen` dieser Art sieht das Gesetz Strafen von 3 bis 7 Jahren vor. „Die große Zahl der männlichen Ungeheuer", so die italienische Frauengruppe, „von denen soviel geredet wird, entwickeln sich in der trauten Atmosphäre des Heims." Wo der Aggression als typisch männlicher naturwüchsiger Tugend gehuldigt wird, bleiben Maniac und Beschützer Komplizen.

Dabei war es Brachialgewalt nicht oder nur zum geringen Teil, was zu jenem Patriarchat geführt hat, das uns heute so unerhört abgekocht und lächerlich erscheint. Wir wissen, daß in der Urgesellschaft die Frau die Kinder und das Feuer hütete und sich am Nahrungssammeln beteiligte, während der Mann jagte, zwei Funktionen, die Vorrechte des einen Geschlechts über das andere kaum gestatteten. Wir wissen weiter, daß die Sphäre der Frau später arbeitsteilig sich nicht wesentlich weiterentwickelte, während dem Mann die Welt offenstand. Jagdgeräte wurden verbessert, Handwerker entwickelten sich und hüteten ihr know how, Tiere wurden gezähmt, Vieh gezüchtet und durch dessen Verkauf der erste Mehrwert der Geschichte erzielt; Mehrwert, der wieder zu Raubkriegen verlockte, Raubkriege, die wieder Kriegsspezialisten erforderten, usw.

Es hilft nichts: die Frau muß diesen historischen Rückstand im Telstar-Tempo aufholen; denn zu warten, bis das arbeitsteilige industrielle System zusammenbricht und sich irgendein ländlicher Urzustand wieder herstellt, wäre zwar denkbar, aber absurd. Ob es der Frau gelingt, was altsozialistischen Staaten nach wie vor nicht recht gelingen will, nämlich zu ‚überholen` statt ‚einzuholen`, systemsprengende Qualitäten geltend zu machen und eine von Leistungs- und Konkurrenzdenken unverschlissene Phantasie - davon wird abhängen, ob diese Gesellschaft an ihrer eigenen Gewalttätigkeit erstickt oder nicht.

Muß man deshalb jedesmal wiederholen, daß es um ‚Berufstätigkeit um jeden Preis` nicht geht? Offenbar ja. So rühmte sich der ‚Spiegel` kürzlich, daß 45 Prozent seiner Mitarbeiter Frauen seien. Wie stark der Anteil der Frauen an der Gehaltssumme bzw. an der Leitung des Blattes ist, verschwieg man sinnigerweise. Nach ‚Spiegel'-Maßstäben wären Firmen wie ‚Siemens` oder ‚AEG-Telefunken` geradezu feministisch: denn sie beschäftigen Tausende von Frauen, am Fließband, in Leichtlohngruppen.

Frauen sind nicht Herr (!) ihrer selbst, solange sie nicht kraft Erziehung, Bewußtsein und Gesetz in den Stand gesetzt sind, jede komplizierte Arbeit auch zu verrichten, die einem Mann zugetraut wird. Nur wo diese Voraussetzung erfüllt ist, entscheiden sie frei darüber, ob sie lieber bezahlte Arbeit außer Hauses oder bezahlte Arbeit zu Hause, also Hausarbeit und Kindererziehung, übernehmen wollen. Ein Paragraph wie § 1356 des Bürgerlichen Gesetzbuches („Die Frau darf von ihrem Recht auf Erwerbstätigkeit nur Gebrauch machen, wenn sie dadurch ihre Aufgaben in der Familie nicht vernachlässigt") ist nur eine von hundert Hürden, bei denen die Frau auf dem Weg zu dieser Freiheit auf der Strecke bleibt.

Was habe ich, was hat ein Mann mit den Rechten von Frauen am Hut? Brecht: „Wenn es für meine Klasse (die bürgerliche) noch irgendeine Möglichkeit gegeben hätte, die auftauchenden Fragen gründlich zu lösen - ich bin überzeugt, daß ich nur wenig Gedanken an das Proletariat verloren hätte. Das Mitleid hat mich nie gerührt. Ich hatte kein Mitleid mit dem Proletariat, ich habe auch keins für das Bürgertum."

Ich schreibe statt ‚bürgerliche Klasse` ‚Männer` und statt ‚Proletariat` ‚Frauen` und glaube eine Antwort auf meine Frage zu haben. Ich glaube, den Männern ist langfristig am besten geholfen, wenn die Frauen sich selbst helfen. Sich wehren zum Beispiel gegen die frühe Abrichtung zur Drei-K-Frau, die schließlich auch unzählige Männer mit Rollenerwartungen traktiert, die diese weder erfüllen können noch wollen. Mußten wir nicht ‚ein Auftreten haben`, immer stark sein, ‚die Hosen anhaben`, Stier sein und Kavalier, Krösus und donnernder Hausvater und Säugling zum betütern in einem, kurz: Mördergruben von Freundlichkeit, Gefühlsmassengräber, wann immer diese von Eltern und Lehrern, Pfarrern und Chefs programmierten, geballten ideologischen Ladungen in Röcken es von uns verlangten? Was also kann ein Mann, vorausgesetzt er ist nicht schon total verlumpt, den Frauen zu den kommenden Auseinandersetzungen anders wünschen als Erfolg. Erfolg um seines eigenen Glücks willen?

Ob die Frauen dabei mehr antiautoritäre Geduld aufbringen als die Männer von 1967/68, ist dennoch fraglich. Schon jetzt zeigen sich Spaltungstendenzen und in München sitzt bereits ein weiblicher Leitaffe einem nach stink-männlichen Vereinstraditionen organisierten ‚Frauenforum` von maximal 260 Mitgliedern vor. Besagte Hannelore M. fuhrwerkt wie ein rotierendes Rasiermesser kritisch-literarisch durch den Überbau, beißt in jede noch so unaufdringliche männliche Sympathisanten-Hand (sogar in die des erklärten Antichauvinisten und Schriftstellers Volker Pilgrim) und möchte überhaupt die Männer als Klasse bekämpfen, so als sei die Produktionsmitteleigentümerin Liselotte Linsenhoff allemal nur ein Fehlritt der Natur.

Konkret 02/75, S. 29

Heinrich Böll

Der Fall Staeck: "Schleyer nach Athen"

Das Londoner Institut of Contemporary Art stellte deutsche Künstler aus, das Goethe-Institut schoß zu den Katalog-Kosten 10 000 Mark zu. Der CSU-Abgeordnete Schulze-Vorberg nahm Anstoß an den ausgestellten Plakaten von Klaus Staeck und beschwerte sich bei Außenminister Genscher. Kulturmensch Genscher „bedauerte" und „mißbilligte" -- nicht die Zensur-Wünsche des CSU-Mannes, sondern den Zuschuß des Goethe-Instituts. Heinrich Böll, von Genschers Amt oft als Aushängeschild strapaziert, empfahl in einem Interview, in Zukunft doch die Herren Ziesel oder Zehm zu schicken. Walter Jens machte den Vorschlag, Herrn Habe im Stadion von Santiago aus seinen Werken lesen zu lassen. Da aber offenbar gar nichts mehr unmöglich ist, riet Zehm in der „Welt" tatsächlich, statt Staeck künftig den „Welt"-Karikaturisten Hicks (vormals „Völkischer Beobachter") statt Staeck im Ausland zu präsentieren. Bölls Interview, das wir im folgenden dokumentieren, nimmt die Antwort auf solche Vorschläge vorweg:

BÖLL: In der Sache Staeck, wenn ich das so nennen darf, entdeckte ich ganz massive Zensur-Maßnahmen, im Ausland würde man es so nennen, und ich glaube, daß wir alle, und wenn ich wir sage, meine ich den größten Teil meiner Kollegen und auch der bildenden Künstler, uns überlegen müssen, welche Bundesrepublik wir eigentlich repräsentieren. Sie erinnern sich an die Auseinandersetzungen um die Frage, ob ein Schriftsteller, der irgendwo Vorträge hält, die Bundesrepublik repräsentiert oder sich selbst. Und es ist natürlich so, das wissen manche Menschen nicht, weil die Berichterstattung nicht korrekt ist, daß wir natürlich die Bundesrepublik repräsentieren - zum größten Teil, mehr als uns selbst. Und das macht mich nachdenklich, seit zehn Jahren schon. Welche Bundesrepublik repräsentiere ich, wenn ich in Princeton, Berkeley, Moskau, Jerusalem auftrete? Ich glaube nicht mehr, daß wir, was immer unsere politische Tendenz sein mag, eine Bundesrepublik repräsentieren, die wir jetzt noch vertreten können angesichts dieser Maßnahmen gegen Staeck.

FRAGE: Auf diesen Grundwiderspruch, den Sie eben formuliert haben, kommen wir gleich noch einmal zu sprechen. Aber ich glaube, Sie sollten den Vorwurf der Zensur, die in dieser Maßnahme steckt, doch noch begründen.

BÖLL: Ja, ein bildender Künstler kann sich im Ausland nicht vorstellen ohne Zuschüsse. Es muß ein Katalog gemacht werden, die Ausstellung muß vorbereitet werden, dazu braucht es die Zuschüsse des Auswärtigen Amtes und des Goethe-Institutes. Und Herr Genscher hat ja ausdrücklich die Zuschüsse zu dem Katalog, in dem Staeck repräsentiert war, mißbilligt, wie er es nannte. Das heißt also: In Zukunft werden keine Zuschüsse mehr für Künstler wie Klaus Staeck möglich sein. Das nenne ich eine Zensur. Dann soll man doch nicht Staeck. hinschicken, der ja vom Institute of Contempory Art eingeladen worden ist, sondern Hummel-Bilder in London ausstellen oder Arno Breker hinschicken. Verstehen Sie, ich drücke es eher energisch aus, denn auf diesen Punkt geht's hinaus. Wenn es um politische Plakate geht oder Kunst in der Politik, kann man kein Himbeerwasser nach London schicken, sondern Satire, wie Staeck sie macht.

FRAGE: Sind Sie noch bereit?

BÖLL: Nein, im Moment nicht, im Angesicht der Staeck-Affäre nicht. Dann soll man doch Herrn Ziesel und Herrn Zehm, und was es so alles gibt, nach Berkeley schicken, nach Princeton, nach Harvard, nach London, und sehen, wieviel Leute kommen und wie die Bundesrepublik wirklich repräsentiert wird. Es herrscht doch, wenn Sie die Zeitungen sich anschauen, die Leserbriefe, die Reaktionen, da herrscht ja ein Volksgerichtshof-Ton, der wird salonfähig, man trägt ja Nazi nicht mehr innen, sondern außen, wie Herr Schleyer. Vielleicht hat Herr Schleyer in seiner Jugend ein paar Gedichte geschrieben, die er in Athen vortragen kann. Das wäre deutsche Kulturpolitik im Augenblick.

FRAGE: Wenn ich einmal zusammenzuziehen versuche, was Sie gesagt haben, heißt dann die Konsequenz im Augenblick nach diesen Erfahrungen für Sie, für Heinrich Böll: Ich mache erst einmal Schluß, ich lasse mich nicht als Repräsentationsfigur für das, was man dann so kritische, bundesdeutsche Kultur nennt, herumreichen.

BÖLL: Ich komme gerade von einem PEN-Kongreß in Jerusalem, wo der Geschäftsträger der Bundesrepublik - der Botschafter ist im Augenblick nicht da -und der Kulturattaché uns allen, der gesamten deutschen Delegation, bestätigt haben, daß unsere Präsenz, unser Auftritt da für die Beziehungen Israel-Bundesrepublik wichtiger waren als zwei Jahre Routine-Kulturarbeit. Diese Rolle spielen wir also im Ausland. Und ich wiederhole: Hier kann jeder mich ungestraft in irgendwelchen Scheißblättchen und sogar in Anstalten des öffentlichen Rechts im Volksgerichts-Ton abkanzeln. Das ist die Situation, und Staeck, mit dem ich befreundet bin, ich habe gar keinen Grund, es zu verleugnen, dessen Arbeit ich schätze, ist im Augenblick das Opfer und ein recht wehrloses Opfer. Ich kann mich wehren, ich kann es mir leisten, also leiste ich mir diese Absage an die deutsche Kulturpolitik.

-

Konkret 02/75, S. 30

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Bruno Friedrich, der fränkische SPD-Vorsitzende, will bei den Sozialdemokraten eine Bilder-Sturm- und Drangzeit einläuten. Jüngst erklärte er Lieder der Arbeiterbewegung wie „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" und das Brecht'sche Solidaritätslied zum „Parteigesang der SED". Vielleicht beruhigt sich der Reformer, wenn er hört, daß Loke Mernizka (Tenor) vom Juso-Bundesvorstand auch am liebsten „Es steht ein Soldat am Wolgastrand . . ." singt.

Im Wirtschaftsteil des **„Kölner-Stadt-Anzeigers"** erschien ein Dreispalter: „Die Pflichtsversicherung wird ein teurer Spaß/Selbständige treffen wichtige Entscheidungen für den Lebensabend/Private Vorsorge bleibt vor allem für junge Leute attraktiv/Von Urban Baeke." Im „Örtlichen Fernsprechbuch", Köln, steht die Anzeige einer „Vertretung führender Gesellschaften/Lebens-, Sach-, Unfall-, Kranken-Rechtsschutzversicherungen/Gezielter Aufbau Ihrer Alters- und Hinterbliebenenversorgung." Inserent ist eine „Generalagentur Urban Baeke". Ich bin so frei, sagte die Presse.

„Unternehmer sind Gangster" - das hat die **„Frankfurter Allgemeine"** überall gehört „in der Kneife, Kantine, Mensa, am Fernseher, zu Hause, nicht nur von extremen Linken auf ihrer Suche nach einer neuen ‚Endlösung'." Wer möchte da nicht FAZ-Redakteur sein, wenn man dann immer so nette laute trifft in der Kneipe, Kantine, Mensa, am Fernseher, ja sogar zu Hause, wo Weib und Kinder immer wieder zum heimkehrenden ausgebeuteten Lohnschreiber-Pappi sagen: „Unternehmer sind Gangster"? Andrerseits: Wer möchte wirklich FAZ-Redakteur sein, wenn er am nächsten Tag statt in Kneipe oder Kantine im Schreiberstübchen sitzen und die Wünsche seiner Freunde und Lieben als Suche nach einer „Endlösung" beschreiben muß, obwohl kein Himmler weit und breit in Sicht ist, sondern allenfalls auf den FAZ-Anzeigenseiten die Mitglieder seines SS-Freundeskreises, die allerdings schon an der bekannten „Endlösung der Judenfrage" mitwirkten und heute noch den einst „arisierten" Betrieben vorstehen? Oder will jemand diesen FAZ-Satz geschrieben haben: „Jetzt beginnt offenbar die Resozialisierung des Unternehmers"? Der dürfte sich in einigen Kneipen - so rund um's Frankfurter Arbeitsamt - nicht mehr sehen lassen, weil dort vielleicht die Meinung aufkommen könnte „FAZ-Redakteure sind Gangster", und die Endlösung dieses Problems durch eine biernasse Hose herbeigeführt werden könnte.

In Niedersachsen hat sich eine **„Elternschutzgemeinschaft Schule"** gebildet, die alle Protestgruppen gegen die Beschneidung der Elternrechte im niedersächsischen Schulgesetz unter einer zentralen Leitung organisieren will. Laut „Welt" hat sich „die Schutzgemeinschaft die Aufgabe gestellt, die meist völlig uninformierten und unbedarften Eltern über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und sich für eine stärkere Mitwirkung der Eltern am Schulgeschehen einzusetzen." Die Unbedarftheit ist geradezu Teilnahme-Bedingung, denn: „Mitglieder, die versuchen, in der Vereinigung politisch aktiv zu werden, werden ausgeschlossen."

Es ist zwar möglich, von Edgar Wallace, nicht aber, von der **FAZ** nicht gefesselt zu sein. Wenn der „Bayernkurier" irgendwo Sozialismus wittert, ruft er einfach nach einem rechtsradikalen Putschisten. Wenn die FAZ bezweifelt, ob Portugal aus den Wahlen im März und der Regierungsbildung im Oktober als „solider Partner des Westens" hervorgehen wird, schreibt sie über den Leitartikel ein fragendes „Mittelmeerfisch?", spricht von „südeuropäischem Individualismus", setzt das „freie" Portugal in Anführungszeichen und beschreibt „die klassischen Eigenheiten einer Volksfrontpalette: Alle eigentlichen Kräfteverhältnisse bleiben unklar. Ungewiß bleibt, wer am wirksamsten mitmischt." So, ihr Herren vom „Bayerkurier", stimmt man Leser ein, und erst dann darf sinniert werden: „Spanien 1936, Chile 1971 boten ähnlich verwirrende Bilder, aus denen Pessimisten seitdem nur herauslesen, daß so oder so nichts Gutes herauskommen könne." Das ist Art - eben nicht nach Franco oder Pinochet rufen, ihr Herren, keine Namen wie Allende nennen, sondern eia Datum, ein Factum, Schicksal, Pessimisten fürchten, Journalisten deuteln und bluten tun dann doch die anderen.

„Ein israelischer Kommandotrupp flog im Hubschrauber in den Libanon und sprengte sechs Häuser der arabischen Terroristen" meldete die „**Bild**"-Zeitung unter der Überschrift „Strafe von oben". Also: Wer in die Luft fliegt, ist „Terrorist", wer Häuser sprengt, heißt „Kommandotrupp". Gott der Gerechte hat zugeschlagen.

Aus der **„Welt":** „Nun aber erlebt die Bevölkerung Westeuropas, daß Arbeitslosigkeit ein allgemeines Schicksal werden kann, das keinen Unterschied macht zwischen Direktoren und Arbeitern, zwischen Hochschulabsolventen und

Volksschülern, zwischen Haken und Häkchen . . ." Der Satz stammt vom stellvertretenden „Welt"-Chefredakteur Günter Böddeker, der noch in Lohn und Brot, folglich weder Haken noch Häkchen ist, sondern vielmehr Öse. Merke: Was kein Häkchen werden will, krümmt sich beizeiten.

In einem „**Stern**"-Interview hat Alters-Parteipräsident Willy Brandt von „erfreulichen Erfahrungen dieser Monate" berichtet: „Daß in den Schichten der Wählerschaft, die überwiegend der Sozialdemokratie zuneigen - dies gilt insbesondere auch für meine Freunde in gewerkschaftlicher Verantwortung -, das Wissen zugenommen hat, daß es keine Wirtschaft geben darf, in der nicht verdient wird." Nein, Sozialdemokrat Brandt meint nicht, daß eine Wirtschaftsordnung, die Menschen um ihren Arbeitsplatz und damit um ihren Verdienst bringt, unerträglich sei, sondern: „Wenn ich lese, Lohnerhöhungen x Prozent zu vermuten, Unternehmergewinne y Prozent`, ist dies eine Irreführung der Öffentlichkeit. Breite Schichten glauben dann, y bedeute das, was die Unternehmer in die Tasche stecken. In Wirklichkeit sind es Unternehmenserträge, aus denen in erster Linie für Expansion gesorgt wird." Da mußten sogar die „Stern"-Redakteure lachen: „Der SPD-Vorsitzende als der Öffentlichkeitsarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie?"

Wilhelmine Lübke (89) lernt Russisch. Der „Bild"-Zeitung vertraute sie an, warum: „Heini sagte mir mal, jetzt sprichst du so viele Sprachen, warum lernst du nicht Russisch? Wenn die Russen kommen, kannst du dich mit ihnen unterhalten." Komm Mann! Oder: Uri, Uri (bald abgelaufen?).

Im „Blauen Salon" der Stuttgarter Schloß-Residenz präsentierte Ministerpräsident **Hans Filbinger** (CDU) sich und ein junges Paar den Journalisten. Er (West) hatte Sie (Ost) letztes Jahr in Marienbad kennengelernt und sich mit ihr verlobt. Ein Fluchtversuch scheiterte, doch die Bundesregierung konnte - Ergebnis ihrer Ostpolitik: menschliche Erleichterungen - die Ausreisegenehmigung für Sie erreichen. Ostpolitik-Gegner Filbinger sah die PR-Chance, schrieb einen Brief an Honecker und ließ sich wieder besseres Wissen als Befreier feiern. Zum Beispiel in „Bild": „Ach - gäbe es doch viele Hans Filbingers! Es müßten dann nicht so viele Tränen aus Liebe geweint werden!" Wohl wahr. Gäbe es noch mehr Filbingers, oder gäbe es nur noch Filbingers in diesem Land, dann säßen die hundert Chilenen, deren Freilassung Bonn erwirkt und deren Aufnahme in Baden-Württemberg Filbinger wegen politischer Bedenklichkeit verweigert hat, noch heute in Pinochets KZs. Und niemand könnte sagen, daß ihre Tränen aus Liebe geweint würden.

„Das Jahr, das jetzt zu Ende geht, hat die Szenerie so vollständig verändert, daß es schwerfällt, sich zu orientieren. Dunkel und ungewiß erscheint das Gelände, das vor uns liegt . . . Nicht einmal annäherungsweise läßt sich analysieren. wohin die Reise geht." So beginnt **Marion Dönhoff** ihren Leitartikel zur Jahreswende. Folgen zweihundert Zeilen (nicht einmal annäherungsweise) Analyse hin zum Schlußsatz: „Eile ist geboten." Diese hat leider häufig zur Folge, daß man in dunklem, ungewissem Gelände schwer fällt, worauf sich die Szenerie vollständig verändert und die Orientierung losbricht . . . was aber „Zeit"-Lesern schon deshalb nicht auffällt, weil sie durch Lektüre des „Hundertjährigen Kalenders" oder des „Lahrer Hinkenden Boten" über eine gewisse Übung in Sachen Jahresende verfügen.

Wegen Schneemangels blieben zum Jahreswechsel die Straßen in den winterlichen Süden unverstopft. In undurchsichtigem Zusammenhang damit kam es im Landesinnern zu einer Art Schmock-Stau. Auch dem **Johannes Gross,** der nur so heißt, aber über „Capital" verfügt, das ihn bei der FAZ arbeiten läßt, war ein Jahr zu Ende gegangen, was unabweislich den Beginn eines neuen zur Folge hatte. Und zwar so: „Wie seit uralter Zeit die Chinesen, beginnen wir ein neues Jahr mit Feuerwerk und Böllerschüssen. Mit dem gleißenden Licht und dem Lärm, so der alte Glaube, werden Dämonen und unreine Geister, wird die Macht der Finsternis ferngehalten. Nun haben sich zwar die Dämonen zu Filmrequisiten erniedrigt und die unreinen Geister treten nicht in armen Besessenen furchtbar hervor, doch wer wollte leugnen, daß Finsternisse heraufziehen und Gespenster umgehen?" Meister Grosshannes in der Hexenküche. Doch warum dieser Qualm, diese kostbaren Gewürze aus Orient und Akzidenz, Licht und Lärm, Alliteration und Besinnungsaufsatz, Schnick und Schnack? Wo einer doch bloß die Beschwörungsformel braut: Vade retro, Sozi !

Hans-Joachim Sewering, Präsident der Bundesärztekammer, führt Klage gegen die „fortschreitende Diskriminierung der Ärzte" durch das Presse-Bild der „Honorar-Hyäne Arzt". Sewering lügt: Von „Hyäne" war nicht die Rede, weil diese Tiere ja erst nach dem Tod ihres Opfers fleddern - also allenfalls vergleichbar den Leichenbestattern, deren Einkommen sich zu dem der Ärzte verhält wie versteuerte zu eingestrichenen Gewinnen.

Konkret 02/75, S. 32

Student ´75

Die Apo hat sich verlaufen - wo sind die Aufsässigen geblieben? Haben sie resigniert, sind sie angepaßt und tüchtig auf dem langen Marsch in die Karriere? Wie Studenten 1975 leben, arbeiten und kämpfen, beschreibt eine KONKRET-Serie in vier Teilen

„Hoffetot stirbt nicht", sagt man, und das muß auch für die Studentenbewegung gelten. So oft ist sie totgesagt worden, daß man allein deshalb schon auf einen quicklebendigen Leichnam zu schließen hätte. Tatsächlich ist die Studentenbewegung heute stärker als je zuvor, auch wenn das auf den ersten Blick nicht so aussieht. Nur wird, was nicht totzureden war, nun totgeschwiegen.

„Unsere Demonstrationen werden immer schöner. Sie hätten uns sehen sollen, wie wir mit Dany nach Forbach zogen, mit großen gelben Ginstersträuchern und roten Fahnen . . ."schwärmte 1968 der „SDS-Führer" Karl-Dietrich („Kade")Wolff für den „Monat". Als die Studenten aber Ende der sechziger Jahre den Feuilleton-Ästheten „liberaler" Zeitungen keinen Stoff mehr boten, als Schluß war mit den schönen, bunten, lauten Eruptionen, wurde es ruhiger um die Studentenbewegung.

Nicht in der Studentenbewegung. In Köln beispielsweise sind seit über zwei Jahren Hunderte von Wohnheim-Studenten im Mietstreik. Zehntausende gingen in den letzten Monaten für bessere Ausbildungsförderung („Wir holen uns die Kohlen von den Monopolen!") und gegen ein antidemokratisches Hochschulrahmengesetz auf die Straße. Aber ihre Aktivität schlafft nach den „Demos" nicht mehr ab: In ungezählten Aktionsgruppen und Gremien wird weitergearbeitet, werden neue Formen des politischen Kampfes geübt. Etwa Hausbesuche, um tiefsitzende Vorurteile abzubauen, um bei der Bevölkerung Unterstützung zu finden. Ganze Institute, einschließlich Dozenten, verlegen ihren Lehrbetrieb demonstrativ auf belebte City-Plätze, um auf die Hochschulmisere hinzuweisen.

Doch selbst von der größten Studentendemonstration der Bundesrepublik, dem Bonner Sternmarsch des Verbands Deutscher Studentenschaften (VDS) für eine Erhöhung der Ausbildungsförderung, mit weit über 40 000 Teilnehmern, nahm die bürgerliche Presse kaum mehr Notiz als vom Dachstuhlbrand in der Heidelberger Mensa vorigen November.

Die politischen Erfolge jedoch bleiben nicht aus. Jedenfalls wußte Ministerpräsident Osswald, warum er im letzten Wahlkampf die Belegschaften hessischer Großbetriebe vor gemeinsamem Handeln mit Studenten zu warnen hatte.

Eine Antwort erteilte ihm der VW-Betriebsrat Moser, SPD-Mitglied und An, gehöriger der großen Tarif-Kommission der IG-Metall. Auf einer Universitätsvollversammlung in Marburg, wo 4000 Studenten geschlossen die Zahlung von erhöhten Sozialgebühren verweigerten, erklärte er: „Mit Arbeiterpolitik haben Osswalds Äußerungen nichts zu tun. Sie liegen vielmehr genau im Interesse derjenigen Kreise, die ständige Angriffe auf die soziale Lage von Arbeiterklasse und Studenten richten. Wem nützt es denn, wenn heute Stillhalte-Parolen von Regierung und Unternehmern verbreitet werden, wenn den Arbeitern eingeredet werden soll, daß die Preistreiberei am besten durch niedrige Lohnforderungen bekämpft wird? Entgegen den Sprüchen von Osswald wissen wir doch, daß die Studenten ihre Sozialgebühren nicht aus den Steuergroschen der Arbeiter, sondern z. B. aus den Steuersubventionen für Großkapitalisten finanzieren wollen. Wir wissen, daß auch die Lohnforderungen der Arbeiter nur auf Kosten der Profite des Großkapitals durchgesetzt werden können - und da wird einem Osswald mulmig zumute."

In diesem Zusammenhang wird eine mokante „Spiegel"-Äußerung zum Lob: „Fast unbemerkt hat sich bei der Mehrheit der Studenten eine neue Mentalität entwickelt. Sie . . . läßt sich am besten als eine Art Arbeitnehmer-Mentalität kennzeichnen, wie sie so ausgeprägt sonst nur bei Beschäftigten in Großbetrieben anzutreffen ist."

So ist es. Seit einigen Semestern entwickeln die Studenten ein immer stärkeres gewerkschaftliches Bewußtsein, erfahren sie in ihren Aktionen die Notwendigkeit gemeinsamen, solidarischen Handelns. Das Hamburger Psychologie-Seminar zum Beispiel, das vor einigen Wochen geschlossen vor die Tore des Beiersdorf-Werks zog, weiß, daß seine Forderungen nach besserer Ausbildung ohne die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung Makulatur bleiben.

Heute erst beginnt die Studentenbewegung Ansprüche zu erfüllen, die der SDS schon vor Jahren formulierte, aber im Verlauf der Revolte selbst ignorierte. Der Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes erklärte nach der Ermordung Benno Ohnesorgs am z. Juni 1967:

„Die Proteste der Studenten bleiben ohnmächtig, soweit es ihnen nicht gelingt, sich gesamtgesellschaftlichen Rückhalt zu verschaffen . . . Der SDS fordert die Studenten zur Solidarität mit allen auf, die gegen die wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen des Kapitalismus protestieren und kämpfen. Rauchbomben, Eier und Pudding sind die Mittel einer ohnmächtigen Rebellion . . . Zu politischen Erfolgen kann die oppositionelle Bewegung erst in dem Maße kommen, wie sich die verschiedenen oppositionellen Bewegungen koordinieren, sich zu gemeinsamen politischen Aktionen vereinen und eine einheitliche politische Perspektive entwickeln . . . In anderen

sozialen Gruppen, etwa den Industriearbeitern, werden die Studenten für ihre Probleme nur in soweit Verständnis finden, wie sie die der anderen zu ihren eigenen machen und dauernd unterstützen."

Ein hoher Anspruch, wohl ein zu hoher, als daß er damals schon hätte eingelöst werden können. 1961 erst bescheinigten Habermas und andere den Studenten nach empirischen Untersuchungen, daß sie „zur Passivität neigen, eben dazu, gesellschaftlichen Bewegungen von sich aus in geringem Maß Widerstand entgegenzusetzen". Damals unterhielten sich 80 Prozent zwei bis viermal und seltener in der Woche über Politik. Nach der Partei, die ihnen am besten gefällt, gefragt, nannten 53 Prozent die CDU, 28 die SPD und 16 die FDP. Die KPD war verboten, Antikommunismus erste Lebensmaxime. Jeder dritte hatte zwar schon demonstriert, in der Regel aber aus Anlässen wie dem 17. Juni.

Eine zwölf Jahre später, 1973, im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte Umfrage ergab folgendes Parteien-Spektrum in der Studentengunst: 45 Prozent SPD, 18 FDP, 14 CDU/CSU und 5 DKP. Jeder zehnte will die Revolution und fast jeder zweite Student meint: „Eine Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik ist dringend notwendig. Diese Veränderungen können nur durch konsequente Reformen erreicht werden." Und für 57 Prozent der befragten 4000 Studenten ist es unter den hochschulpolitischen Organisationen der Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus, der „am entschiedensten für grundlegende Reformen der bestehenden Verhältnisse an den Universitäten eintritt".

Zwischen diesen beiden Erhebungen liegt der kollektive Lernprozeß der antiautoritären Studentenrevolte. Der Münchner Schriftsteller Uwe Timm hat einen Roman darüber geschrieben, einen Bildungsroman, einen Entwicklungsroman: „Heißer Sommer"*. Die Geschichte ‚eines Helden ist die Geschichte der Studentenbewegung der Jahre 1967-69; sein Held ist Karikatur und Typus zugleich- wie sein Name: Krause (der Jedermann-Antipode des Krupp), Ullrich (mit zwei „l").

„Ullrich sah ein Photo, das einen mit Stricken gefesselten Vietkong zeigte, der am Boden saß, das Gesicht verquollen, davor ein bulliger GI mit einer MP. Ullrich ging zum Fenster. Die Straße war leer. Er legte sich auf das Bett. Die Sprungfedern quietschten. Erlas in dem Artikel von einer südkoreanischen Einheit, die auf Seiten der Amerikaner besonders erfolgreich kämpfte. Sie hatten einem vietkongverdächtigen Vietnamesen die Haut abgezogen und ihn dann im Dorf an den Armen aufgehängt.

Ullrich ließ das Heftfallen und starrte an die Decke, die Hände unter seinem Kopf gefaltet."

Der moralische Protest gegen die Verbrechen der USA bleibt sprachlos. Ein Wissenschaftsbetrieb, in dem jeder zweite Technologe und Naturwissenschaftler auf irgendeine Weise an Kriegsforschung beteiligt ist (allein an der Münchner Technischen Universität arbeiten 200 Wissenschaftler für die Rüstungsindustrie), wird noch widerspruchslos hingenommen. Timm beschreibt einen Germanistik-Professor, und daß uns dies heute wie eine Satire vorkommt, belegt die großen Veränderungen, die die Studentenbewegung bewirkt hat:

„Betz zweifelt nicht an dem fortschreitenden Verfall des Abendlandes. Das zeigt sich im Deutschen zum Beispiel an dem mangelhaften Gebrauch des Konjunktivs. Differenzierungen schwinden mehr und mehr. Darum wird in Betz Seminaren so sorgfältig differenziert. Wer eine These in einer Seminarsitzung vertritt, wird sogleich von mindestens fünf Seminarteilnehmern widerlegt, solange wartet Betz, erst dann entscheidet er, wer recht hat. Seine Entscheidungen sind immer abschließend, danach wird eine neue These geprüft.

Wer mehr als sechs Betz-Entscheidungen gegen sich hat, wird von Betz nicht mehr gegrüßt. Viele wechseln dann die Universität. Betz unterscheidet zwischen einem Beitrag, einem interessanten Beitrag und einem hochinteressanten Beitrag.

Einen hochinteressanten Beitrag hat zuletzt ein Doktorant vor zwei Jahren geliefert. Damals wurde noch gearbeitet.

Zum Beispiel kann der Vietnam-Konflikt wirklich objektiv nur in einem mehrsemestrigen Oberseminar von Politologen soweit erhellt werden, daß eine Meinungsbildung annähernd möglich wird - allerdings nur annähernd - zuvor wird nur geredet. Kein Betz-Schüler widersprach.

Einen Seminarteilnehmer, der die soziale Relevanz eines sprachwissenschaftlichen Seminars über den Tatian anzweifelte, widerlegte Betz mit den Merseburger Zaubersprüchen. Seitdem wird nicht mehr kritisiert, sondern nur noch gearbeitet."

Ullrich arbeitet über Hölderlin. Als er gefragt wird, wozu das gut sei, weiß er keine Antwort. Ohnesorg wird während einer Anti-Schah-Demonstration von einem Polizisten in Westberlin erschossen. Ullrich liest Nirumands Persien-Buch. Sein Referat über Hölderlins Oden wird ihm zum Irrwitz. Ausflüge, Schwabing - die kleine Flucht hilft nicht weiter. Persönliche Schwierigkeiten erscheinen ihm jetzt ebenso unlösbar wie fachliche. Er zieht die angedeutete Konsequenz, wechselt die Universität, geht von München nach Hamburg.

Hier wird der arroganten Macht und Blödheit der Ordinarien aggressive Verweigerung entgegengestellt. Ullrich nimmt an einer „Vorlesungssprengung" teil. Warum hier gerade ein Professor Renke am Reden gehindert werden soll, weiß zunächst weder der Leser noch der Student Krause. Renke schreibt: Roter Terror! Erst später erfahren wir, daß der Pädagoge Renke 1940 meinte, daß der Erzieher in dem Jugendlichen eine reine Liebe zu dem Führer wecken müsse. Renke hat seine

Meinung so grundsätzlich nicht geändert. Unschwer erkennen wir hier den Hamburger Professor Hans Wenke, der aufgrund studentischer Proteste seine Lehrtätigkeit aufgeben mußte - einer der ersten Erfolge der Studentenbewegung.

Ullrich arbeitet im SDS mit. Die einstige Karrierezucht der SPD-Führung hatte sich nach ersten spektakulären Aktionen gegen die Ordinarien-Universität (‚Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren"), gegen die US-Aggression in Indochina und den Besuch des persischen Potentaten 1967 mit 2500 Mitgliedern zur stärksten und bestimmenden Kraft der Studentenbewegung entwickelt.

So eindeutig und homogen das Bild war, das damals die bürgerliche Presse vom SDS vermittelte, so tiefgreifend waren doch damals schon die politischen und ideologischen Differenzen innerhalb des Verbands, deren Klärung allerdings von Aktion zu Aktion vertagt wurde.

Uwe Timm stellt sie in exemplarischen Vertretern vor: „Sie hatten lange darüber diskutiert, ob man eine Aktion gegen den Konsumterror oder gegen den Bombenterror machen sollte. Conny war für eine Aktion gegen den Konsumterror. Petersen war für eine Vietnamaktion. Sie hatten schließlich beides gemacht."

Und sie hatten noch mehr gemacht: Zum Beispiel ein Denkmal gestürzt, das des Kolonialisten Herrmann von Wissmann im Garten der als „Kolonialinstitut" gegründeten Universität. Oder zum Beispiel einen Molly auf ein Polizei-Auto geworfen. Das schaffte Bewegung, das Ziel geriet aus den Augen.

Lister, ein Kommunist, ein „Traditionalist", versucht, seine Perspektive zu vermitteln. Er kann sich nicht verständlich machen, erscheint als Dogmatiker. Die Revolte läuft in die Sackgasse.

So groß die Kraft der Anti-Springer-Kampagne nach dem Dutschke-Attentat Anfang 68 auch ist - als unmittelbare Erfolge ausbleiben, als Springer nicht enteignet wird, zieht sich Ullrich zurück, flippt aus, versumpft in einer Körnchenfresser-Kommune.

Sein Studium (neues Thema: Arbeiterliteratur) hat er aufgesteckt. Nicht proletkultisches Kalkül sondern finanzielle Not führen ihn schließlich in einen Industrie-Betrieb. Ein schönes Klischee, wenn es sich nicht tausendfach so oder so ähnlich zugetragen hätte: Der Revoluzzer-Student trifft den klassenbewußten Arbeiter, KP-Mitglied. Im Streitgespräch wird weitergelernt. Der aufkommende Ekel vor Hasch- und Makrobioten-Szene fördert neuen Optimismus für politische Arbeit. Ullrich entschließt sich, Lehrer zu werden.

Petersen, der Maoist, doziert über den Kapitalverwertungsprozeß. Conny wird zum bewaffneten Untergrundkämpfer. Für Ullrich „gibts nur den langen, organisierten Weg in die Betriebe, in die Schulen, in die Universitäten, in die Wohngebiete. Mit den Arbeitern, für die Arbeiter".

Ende 1968 bricht Uwe Timms Roman ab; zu einer Zeit, als es nach der Neukonstituierung ~. der DKP, nach den Ereignissen in der CSSR, nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze und nach seit langen Jahren ersten Kampfaktionen in den Betrieben innerhalb der Studentenbewegung zur Klärung der Positionen kam.

Die studentische Revolte hatte ihre Grenzen erreicht, eben weil sie nur eine studentische, für die Herrschenden konsumierbare blieb. Bernd Rabehl illustriert das, wenn er heute erzählt, Rudi Dutschke, dem charismatischen Idol der Bewegung, sei von Werbemanagern eine vierstellige monatliche Summe geboten worden, wenn er dafür bei seinen Reden stets Coca Cola getrunken hätte.

Dennoch hatte dieser Studenten-Protest eine nicht zu unterschätzende Funktion für die weitere politische Entwicklung in der Bundesrepublik, für die Herausbildung antikapitalistischen Bewußtseins, für die Verbreitung marxistischer Theorie und Alternativen. Und ihre direkten Erfolge in der Hochschulpolitik werden nicht dadurch geringer, daß sich ihrer heute kaum noch ein Student bewußt ist.

Eine Hoffnung, die das Bonner Innenministerium in einer Broschüre vom Juni 1969 formulierte, daß nämlich „die organisatorische und ideologische Verfestigung der die Protestbewegung tragenden Gruppen . . . voraussichtlich auch in Zukunft durch Spannungen zwischen der ‚antiautoritären' und der ‚traditionalistischen' Richtung behindert werden" wird, sollte sich trotz lebhaftester Agenten- und Diversionstätigkeit so nicht erfüllen. Zwar löste sich der SDS auf, zwar gründete sich nun eine unübersehbare Zahl irrevolutionärer Sekten und „Parteien", die sich spalteten und wieder neu formierten - die Studentenbewegung jedoch entwickelte unter dem Schlagwort der „gewerkschaftlichen Orientierung der Politik an den Hochschulen" eine neue Strategie.

Der VDS, vom SDS-Bundesvorstand zugrunde gewirtschaftet, wurde von den ihn seit 1969 tragenden Gruppen MSB Spartakus und Sozialdemokratischer (später Sozialistischer) Hochschulbund (SHB) zu einem quasigewerkschaftlichen Interessenvertretungsorgan entwickelt, das heute rund 600 000 Studenten repräsentiert. Wie die Mehrzahl der Allgemeinen Studentenausschüsse an den einzelnen Hochschulen (AStA), konnte auch die nationale Dachorganisation, wie der SHB sagt, „zu einem schlagkräftigen Kampfinstrument für die studentischen Interessen ausgebaut werden". Klaus Fischer vom VDS-Vorstand erläutert gegenüber KONKRET: „Nicht Stellvertreterpolitik wollen wir machen, sondern Organisator der

Massenbewegungen der Studenten selbst sein. An den Hochschulen wird erkannt, daß selbst die kleinste Verbesserung nur im Kampf gegen das Großkapital und seine politischen Sachverwalter durchgesetzt werden kann und daß dieser Kampf nur an der Seite der Arbeiterklasse erfolgreich sein kann."

Neben SHB und MSB Spartakus haben sich auf der letzten VDS-Mitgliederversammlung auch Jungsozialisten und LHV (Liberaler Hochschulverband) auf ein gemeinsames Aktionsprogramm verständigt und tragen den Vorstand mit. Solch breite Aktionseinheit an den Hochschulen beunruhigt natürlich nicht nur den Bayernkurier, über den wir uns nicht weiter wunderten, als er kürzlich die Drenkmann-Ermordung in einen ursächlichen Zusammenhang mit einer Nordirland-Exkursion Westberliner Anglistik-Studenten stellte, um dann den Bogen zur Diffamierung der gesamten Studentenschaft zu schlagen. Auch Kanzler Schmidt scheute sich nicht, RAF und aktuelle Forderungen der Studenten in einem Atemzug zu nennen.

Welche Forderungen sind das? Klaus Fischer: „An erster Stelle stehen hier die materielle Absicherung des Studiums, der Kampf um eine Erhöhung der .Ausbildungsförderung nach dem BAFöG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) auf monatlich 600 DM bei einem Elternfreibetrag von 1200 DM und die Durchsetzung von demokratischen Sofortforderungen zum Hochschulrahmengesetz (HRG)". Denn - und diese Aussage stammt nicht vom VDS, sondern aus dem professoralen Standesorgan Deutsche Universitätszeitung: „Die Lage der Studenten, ob es um ihre wirtschaftliche Lage oder ihre Studiensituation geht, ist denkbar schlecht."

Weitgehende Unterstützung findet der V DS für seine Forderungen beim DGB; so in der BAFöG-Frage (durch den gegenwärtigen Elternfreibetrag von 960 DM wird jede nominelle Lohnerhöhung der Eltern beim BAFöG der Kinder real wieder abgezogen), so in der Frage des Rechts der Studenten auf eigene Interessenvertretungen mit dem Recht zur Stellungnahme zu allen politischen Problemen (in Bayern heute schon abgeschafft, auch vom Hochschulrahmengesetz-Entwurf nicht mehr vorgesehen), so in der Frage der Mitbestimmung aller Hochschulangehöriger (in der sich der DGB-Bundesvorstand die alte Forderung der Studentenbewegung nach Drittelparität zu eigen gemacht hat).

Ein Thema für die bürgerliche Presse ist dies alles nicht mehr. Dafür sorgt sie sich hier und da noch um der Studenten Gemüts- und Seelenzustand. Die „FAZ" barmt, daß „gerade unter den Linken graue Phantasielosigkeit um sich greift", der „Stern" registriert „eine gewisse Humorlosigkeit" und die „Zeit" berichtet gar über die Mitglieder des Spartakus: „Sie sind Puritaner bei Tag und bei Nacht."

Der Student, das unbekannte Wesen, wird zum skurrilen Gegenstand von Illustrierten-Serien. Mitte 1973 stellte Eva Windmöller im „Stern" in fünf Folgen einige Vertreter dieser exotischen Spezies vor: „Die Studenten - was sie machen, wenn sie nicht demonstrieren." Wir lernten einen Arbeiter-Sohn aus Bochum kennen, eine Westberliner Wohngemeinschaft, die Kindertheater macht, Gabriele Trutz, ein ehemaliges Fotomodell aus New York, das jetzt in Bremen Lehrerin werden will, und sahen Vivian Jaffray, die 19jährige Veterinär-Studentin aus München, deren Eltern ihr jeden Wunsch erfüllen, abschließend auf ihrem selbst zugerittenen Fuchswallach Donasus.

Alles sehr nette Menschen. Aber über die Situation der Studenten, über ihre Arbeit und ihre Probleme erfuhren wir nichts. Vivian und Donasus hatten den „Stern"-Gucker nur auf Sebastian Haffner vorzubereiten, der einige Seiten weiter hinten die Hochschulausbildung folgerichtig als „Freizeitveredelung" hinstellte. Aber wenn im „Stern" vom 6. Dezember 74 die soziale Lage der Studenten schließlich doch als so desolat dargestellt werden muß wie sie ist, bleibt dennoch - wieder einmal- die Kernaussage: Daran ist nichts zu ändern, „die einst rebellierende akademische Jugend hat . . . heute keine Nachfolger", denn „der Kommunistische Spartakus sorgt für Ruhe und Ordnung". Daß es eher der „Stern" ist, der hierzulande geradezu okkultisch herbeireden muß, daß kritische Gruppen der Gesellschaft heute zu Anpassung und politischer Abstinenz neigen, zeigt ein Vergleich zu seinem verleumderischen Schriftsteller-Artikel „Nun dichten sie wieder". Titel der Studenten-Story: „Nun büffeln sie wieder".

Wie ist sie aber tatsächlich, die Lage der Studenten heute, knapp ein Jahrzehnt nach den ersten sit-ins?

Gibt es - wie oft behauptet - eine neue Rechtsentwicklung in der Studentenschaft? Der reaktionäre Professoren-Bund „Freiheit der Wissenschaft" sieht eine „positive Tendenz in der Hochschulpolitik". Der Spartakus-Bundesvorsitzende Steffen Lehndorff erkennt „keine Wende nach rechts", allerdings „eine Aktivierung rechten Potentials", die sich besonders am „neuerlichen Auftreten von Burschenschaften und neofaschistischen Gruppen" zeige.

Mit, nach eigenen Angaben, 30 000 Mitgliedern (der größte Teil jedoch besteht aus „alten Herren"), sind die Verbindungen heute noch die zahlenmäßig stärkste Hochschul-Organisation. Welchen Einfuß haben sie, und welchen Einfluß haben die CDU-Studenten vom RCDS (Ring Christlich-Demokritischer Studenten), dem man nach einem neuen Gerichtsurteil „ein gutes Verhältnis zu Faschisten" nachsagen darf?

Welche Rolle spielen heute die Conny und Petersen, die Anarchisten und Maoisten? Genscher sagt, er möchte „sie in der i politischen Landschaft der Bundesrepublik

nicht missen".

Wie steht es heute um die Chancengleichheit für Arbeiterkinder an den r Hochschulen (je nach Definition 6 bis 13 Prozent)? Der Numerus Clausus trifft kaum die Kinder der Reichen, die warten können. Dagegen führte das Gerede von der Abiturientenschwemme z. B. in Baden-Württemberg bereits zu einem Rückgang der Studienanmeldungen von Arbeiterkindern um über die Hälfte.

Die Bundesregierung selbst errechnete schon für 1973 die monatlichen Mindestausgaben eines Studenten auf 585 DM. Die Höchstförderung beträgt aber nur 500 DM, von denen 80 DM nur als Darlehen gewährt werden. Durchschnittlich verfügt ein Student nur über 435 DM. Helmut Schmidt zur BAFöG-Erhöhung: „Ich finde, auch junge Leute sollten sehen und erfahren, daß Geld verdient werden muß, bevor es ausgegeben werden kann. Ich bin sogar der Meinung, daß nicht nur Schüler, sondern auch Studenten in stärkerer Weise neben ihrem Studium selbst einen Teil ihres Lebensunterhalts verdienen müßten.“ Gleichzeitig läßt die Bundesregierung er mitteln daß die Studenten im Durchschnitt eine 40-Stunden-Studien-Woche haben, i gleichzeitig verringert sich das Angebot an Studentenjobs 1974 gegenüber dem Vorjahr um 80 Prozent gleichzeitig stehen schärfere Prüfungsordnungen und Regelstudienzeiten an. Wie ist ein materiell abgesichertes Studium möglich?

Wo soll das Geld für die notwendigsten Verbesserungen hergenommen werden` Der RCDS sagt: Bildungssteuer. Der VDS: „Auf keinen Fall zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung! Wir fordern - wie der DGB - Senkung des Rüstungshaushalts und Beschneidung der Konzern-Profite!"

Was wird in wessen Interesse an der, Hochschulen der BRD gelehrt? Von seinem Frankfurter Katheder aus beschimpft der Politologe Wolfram Engels streikende Arbeiter als „Sozialparasiten". Unser einziger Kommunikations-Soziologe von internationalem Rang, Professor Horst Holzer, unterliegt bei Berufungen in mehreren Bundesländern dem Berufsverbot, weil er DKP-Mitglied ist. CSU-Maier prüft, ob ihm die Habilitation aberkannt weiden kann, seine Bücher wurden aus der Münchner Universitäts-Bibliothek entfernt.

Studentenbewegung 1975 - eine Auswahl von Fragen und Problemen. In den folgenden Heften werden sie näher zu untersuchen sein.

---

*Uwe Timm, Heißer Sommer. München 1973 (Autorenedition), 311 Seiten, 19 DM

Konkret 02/75, S. 37

Wissen ist links

Das Kuratorium der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung hat seinen Mitgliedern eine Studie zugeschickt, die das Jugendwerk der Deutschen Shell in Auftrag gegeben hatte: „Die Einstellung der jungen Generation zum Unternehmer in seinem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Umfeld“. KONKRET bringt Auszüge:

„Die Befragten sahen sich außerstande zu entscheiden, wo der Arbeitnehmer mehr Einfluß auf das Betriebsgeschehen hat, ob im Sozialismus oder im Kapitalismus. 53 Prozent der repräsentativ Befragten votierten beim Kapitalismus und fast ebensoviele beim Sozialismus (55 Prozent), 'der Arbeitnehmer habe kaum Einfluß auf das Betriebsgeschehen'. Ein anderes Bild ergibt sich bei den Aussagen der Befragten mit gehobener Schulbildung: 62 Prozent von ihnen, bei den Studenten sogar 66 Prozent, glauben, der Arbeitnehmer habe im Kapitalismus kaum Einfluß. Nur 44 Prozent vermissen den Einfluß auch im Sozialismus.“

„63 Prozent der Befragten wählten das kapitalistische System. Es blieb eine qualifizierte Minderheit von 19 Prozent, die lieber in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung leben wollten.“

„71 Prozent der Befragten glauben, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem bestehen bleiben wird, 26 Prozent äußern die Überzeugung, daß das kapitalistische vom sozialistischen Wirtschaftssystem abgelöst werden wird. Die Oberschüler, Studenten und Berufstätigen mit Abitur sehen zu einem höheren Anteil (34 Prozent) die sozialistische Wirtschaftsordnung obsiegen und nur 64 Prozent die kapitalistische.“

„Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik wird als ‚Marktwirtschaft’ begriffen. Mehr als 90 Prozent aller Befragten bezeichnen es entweder als freie (61 Prozent) oder als soziale (29 Prozent) Marktwirtschaft. Faktum ist, daß sich der Begriff ‚soziale Marktwirtschaft’ als gebräuchliche Bezeichnung unseres Wirtschaftssystems bislang noch nicht durchgesetzt hat.“

„30 Prozent sind mit dem Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik unzufrieden. Diese Gruppe ist groß. Schließlich bedeutet es, daß von den ca. 10 Millionen 17- bis 29jährigen etwa 3 Millionen etwas am Wirtschaftssystem auszusetzen haben.“

„Je größer das Schulwissen ist, desto höher die Chance, auf einen mit der Wirtschaftsordnung Unzufriedenen zu treffen. Mehr Einsicht in die ökonomischen Zusammenhänge steigert die Bereitschaft zur Kritik. 73 Prozent der Absolventen von Volks- und 68 Prozent der Mittelschulen fanden an und für sich nichts auszusetzen. Unter den Oberschülern und den Berufstätigen mit Abitur findet man 65 Prozent und unter den Studenten bloß 58 Prozent, die mit dem Wirtschaftssystem zufrieden waren.“

„Löst man aus der Gesamtheit aller befragten Jugendlichen den Teil heraus, der für eine Ablösung der marktwirtschaftlichen Ordnung in der BRD in Verbindung mit einer Forderung nach Verstaatlichung aller Großbetriebe und/oder der Einführung der Planwirtschaft ist, so erhält man etwa 2 bis 3 Prozent. Das bedeutet, daß es etwa eine Viertel Million junger Leute gibt, die offen mit ihrer Attitüde für eine sozialistische Planwirtschaft eintreten.“

„36 Prozent meinen, Unternehmer haben, 'die eigentliche Macht im Staate’. Eine längere und intensivere Schulausbildung äußert sich in einer Beschreibung konservativer und usurpatorischer Züge der Unternehmer. Das Attribut, parasitäre Züge zu tragen, haftet dem Unternehmer traditionell an. Jeder zweite wirft den Unternehmern vor, neben der Leistung durch die eigene Arbeitskraft auch ‚von der Arbeit anderer zu leben’. Gleich, welche Schulbildung der Befragte hat, die Anklage wird von allen erhoben.“

„Zwei Aussagen zum zwischenmenschlichen Geschehen, zum Faktor Mensch im Arbeitsprozeß, müssen beunruhigen. Bloß 18 Prozent sind der Auffassung, der Unternehmer sorge für eine gute Zusammenarbeit der Mitarbeiter, und genau die Hälfte dieses Anteils (9 Prozent) gesteht den Unternehmern eine soziale Einstellung gegenüber den Arbeitnehmern zu.“

Konkret 02/75, S. 39

Martin Buchholz

Stoppt die Terroristen

„Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen." So stand es markig in Springers „BZ". So oder ähnlich stand es auch in fast allen anderen Gazetten.

Nein: Nicht von den Bombern der Nation, den Baader-Meinhofs war da die Rede. Nicht von dem Mordanschlag auf Westberlins höchsten Richter. Auch nicht vom Attentat auf den christdemokratischen Chile-Entwicklungshelfer Leisler Kiep. Es ging um andere Schüsse. Um ein anderes Opfer.

„Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen." Das war der Kommentar der „BZ" am 4. Juni 1967. Am Abend des z. Juni war ein junger Mann bei einer Demonstration erschossen worden: Der Student Benno Ohnesorg. Er mußte diese persönliche „Härte" in Kauf nehmen, obwohl hier Polizisten und die von ihnen geschützten Jubelperser den Terror produziert hatten. Der Terrorist Karl-Heinz Kurras, Kriminalobermeister von Beruf, hatte den Studenten abgeknallt. Tagelang, wochenlang vorher hatte Volkes Stimme das Urteil über das Studentenpack gesprochen: „Unruhestifter ausmerzen!" (Überschrift in Springers „Berliner Morgenpost'). Kurras vollstreckte das Urteil. Zufällig traf es Benno Ohnesorg.

Das war der Beginn des Terrors: Der z. Juni 1967. Damals gab es keinen staatlichen Trauerakt mit öffentlicher Aufbahrung und Ansprache des Bundespräsidenten. Keine Fahne an einem öffentlichen Gebäude wurde auf halbmast gesetzt. Das Opfer war eben kein Kammergerichtspräsident, sondern ein Student. Und der Terrorist war ein Polizist.

Es erschienen keine trauerumflorten Leitartikel, sondern nur mehr oder minder unverhohlene Zustimmungserklärungen zum staatlichen Terror in unseren Zeitungen. Der Täter wurde zum Opfer erklärt, das Verbrechen zur „Putativ-Notwehr".

„Putativ-Notwehr" (Abwehr eines Angriffs, der gar nicht stattfindet, von dem man aber den kt, erfindet statt) war es auch, als der Schotte lan Mac Loed im Juni 1972 in seiner Stuttgarter Wohnung von einem Polizeibeamten mit einer MP erschossen wurde. Darauf muß man sich eben in unserem Rechtsstaat gefaßt machen: Daß es morgens früh- bei Mac Loed um 6.30 Uhr - an der Wohnungstür klingelt und bewaffnete Zivilisten davorstehen. Mac Loed, der nackt aus dem Bett gesprungen war, hatte die Tür entsetzt wieder zugeworfen und wollte wahrscheinlich zum Telefon, um die Polizei zu alarmieren. Die stand aber schon vor der Tür. Der Kriminalobermeister Wolfram Koglin ballerte durch die Tür. Der nackte Mac Loed wurde tödlich in den Rücken getroffen. Terrorist Koglin ist immer noch auf freiem Fuß und Polizeibeamter. Eben: Putativ-Notwehr.

Zwei Fälle von vielen. In der Hitze des Jagdfiebers bei der Hatz auf „Terroristen" sind bisher mindestens sieben Menschen exekutiert worden. Die Zahlenangabe kann nur ungefähr sein, denn „auf der Flucht erschossen" wurden in den letzten drei Jahren etwa 50 Bundesbürger- meist kleine Straftäter, die sich ihrer Festnahme widersetzten und davonlaufen wollten. Möglicherweise vermuteten die beamteten Erschießer auch in ihnen linke Elemente. Und da ist es schon besser, man legt sie gleich um. Vorsichtshalber. Putativ.

„Humanes Rücksichtnehmen ist nicht am Platze", heißt es in dem einschlägigen Polizei-Lehrbuch „Der erste Treffer zählt", das der waffentechnische Berater der Polizei-Gewerkschaft Siegfried F. Hübner verfaßt hat und das die Beamten im „Combat-Schießen" anleiten soll. Nur mit „Killerinstinkt" könne man als „Gunfighter" auch Erfolg haben, heißt es darin. Der Schütze wird stets der bessere sein, wird erläutert, „der zuerst beschließt, den anderen zu töten und nach diesem Entschluß sofort die Waffe zieht und schießt". Nur „durch Unschädlichmachen des Gegners" bleibe man „erfolgreich". Leider sind noch immer etliche unserer „High Noon"-Helden auf den Revieren nicht so recht in Schuß, bedauert der Lehrbuch-Autor: „Viele tragen ihre Seitenwaffe leider ohne großes Vertrauen zu ihr und zu ihrer eigenen Schießkunst. Sie wissen oft nicht, was für ein offensives, tödliches Kampfpotential die Waffe in der Hand eines geübten Combatschützen darstellt."

Eben deshalb wurde von den Innenministern der Länder schon am 15. Mai 1972 eine neue „Schießausbildungsverordnung" in Kraft getreten, mit deren Hilfe nun bessere Todesschützen angelernt werden. Wie sollten unsere Freunde und Helfer

sonst wohl ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen können, z.B. das „Gesetz zur Anwendung des unmittelbaren Zwangs" in Westberlin (auch als „Handgranatengesetz" bekannt). Da heißt es in Paragraph 18: „Ein Polizeibeamter darf auf einzelne Personen oder eine Menschenmenge schießen, wenn es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung erforderlich ist."

Na dann: Feuer frei! Mit einem solchen Paragraphen macht man sogar die Verordnungen über die Berufsverbote überflüssig. Die sind ja angeblich auch „zur Abwehr einer drohenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung erforderlich". Eigentlich kann man die „Verfassungsfeinde" (und wer von uns ist das, bitte sehr, nicht: Verfassungsfeinde erkennt man ja hierzulande daran, daß sie die Verfassung ernst nehmen) gleich exekutieren. Verbrecher sind sie doch sowieso, die Radikalen . . .

CDU-Django Dregger zum Beispiel macht da gar keinen Unterschied mehr. Auf einer CDU/CSU-Fraktionsveranstaltung im Bundeshaus gab er kürzlich folgende Wahlkampf-Tips: „Ich empfehle vier Grundthemen für 1976: öffentliche Sicherheit, Schütz vor Radikalen und Verbrechern, öffentliche Sparsamkeit, Ablehnung des Sozialismus."

So donnert man mit einem Stiefeltritt die Tür zur Volksseele ein: „Radikale und Verbrecher" das ist eins. Django ballert aus allen Rohren in seiner Krach- und Schießgesellschaft herum. „Dregger weiß, was Wähler wünschen", konstatierte die „Wirtschaftswoche" befriedigt. Neofaschismus im smarten Look.

Gegenüber den FAZkes mit den klugen Köpfen - in einem Interview mit Adalbert Weinstein von der „Frankfurter Allgemeinen" - gibt sich Dreggers Vormund, Franz Josef Strauß, da etwas differenzierter: „Die Anarchisten sind nicht die Gefahr, die uns bedroht." Das sei ein vorübergehender „Spuk" und keine „revolutionäre Kraft". Der „ernstzunehmende Gegner" sitze woanders: „Gefahr droht der Bundesrepublik sowie dem freien Europa, legt man strategische Maßstäbe an, immer noch vom Weltkommunismus." Insbesondere seien Volksfront-Tendenzen wie in Portugal, Frankreich und Italien eine echte Bedrohung, weil sie auch „auf unsere Entwicklung Einfluß nehmen". So wird denn noch klarer, was Strauß und Dregger meinen, wenn von „Radikalen und Verbrechern" die Rede ist. Jeder Sozialdemokrat, der seine Genossen in Portugal unterstützt oder zusammen mit DKP-Leuten gegen Fahrpreiserhöhungen demonstriert, wird damit zum Kriminellen. Jeder Kommunist ist es ohnehin. Letztlich ist es jeder, der die Anarchie dieses Systems, als „Ruhe und Ordnung" ideologisch abgesegnet, ablehnt. Jeder, der für Ruhe und Frieden in Europa und in der Welt eintritt. Jeder, der Ordnung will: eine menschliche Gesellschaftsordnung statt der herrschenden Gesellschaftsunordnung.

Für Strauß und Dregger, den möglichen Bundeskanzler ab 1976 und für seinen künftigen Innenminister sind wir alle längst in einer Einheitsfront: fortschrittliche Sozialdemokraten, linke Liberale, parteilose Radikaldemokraten, Sozialisten und Kommunisten - kurz: alle Demokraten. Wir sind in einer Linie vor Djangos Colt, vor den Schreibmaschinengewehren der Reaktion, vielleicht auch einmal vor den MPs der Systemhüter. Wir stehen gemeinsam auf der Abschußliste des freien wilden Westens. Wir werden gemeinsam stempeln gehen können oder Straßen fegen, weil die Berufsverbote für uns alle bestimmt sind. Wir werden auch gemeinsam im Knast sitzen, wenn das neue Demonstrations-„Recht" bei einer CDU/CSU-Mehrheit durchgesetzt wird. Wir werden als „Radikale und Verbrecher" gemeinsam vor Schnell- und Sondergerichten stehen, wenn wir erst eine „Justizreform" nach Dreggers Vorstellungen haben.

„Wir müssen die Gewalt sichtbar machen. Wir müssen dafür sorgen, daß eindeutig Stellung genommen wird", erklärte einst der Möchtegern-Guerilla Dieter Kunzelmann. „Den Klassenkampf hervortreiben", heißt das im Jargon von Polit-Abenteurern der Horlemann-Semler-Sekte (zu der nun auch Horst Mahler gestoßen ist). Um den Faschismus zu bekämpfen, muß man ihn erst einmal haben: Das ist die Maxime solcher Theoretiker, die für „Bombenstimmung" sorgen. Wie kriegt man den Faschismus? Indem man ihn gemeinsam mit Strauß und Springer und Dregger produziert. Und dazwischen mischen die Agents provocateurs kräftig mit - wie der langjährige Freund von Andreas Baader und Innensenator Neubauer, Terror-Spezi Peter Urbach.

Peter Urbach war es z. B., der für die spätere „Bande" die ersten Waffen besorgte. Über eine dieser frühen Reisen zum Waffenkauf nach Italien gibt sein Bericht aus den Akten des Landesamtes für Verfassungsschutz Auskunft: „Mahler selber konnte nicht mit. Der Genosse Semler war auch verhindert", heißt es da. „Wir wollten mit drei Wagen fahren, um wegen der erhofften Menge von Waffen genügend Transportraum zur Verfügung zu haben . . . Horlemann und Kurnitzki fuhren in dem Wagen des Vaters von Kurnitzki, Günter Langer und Georg von Rauch in dem VW 1600 des Vaters von Langer. Ich selbst fuhr, während die übrigen abreisten, einen Tag später . . ."

Aber es wurde nichts aus dieser Tour, weil es in Vizenca, wo man eine „Quelle" aufgetan hatte, nur so von Polizei wimmelte. Urbach: „Einige Tage nach meiner Rückkehr besuchte mich Horlemann in meiner Berliner Wohnung und sagte mir, unsere Waffenreise sei von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen. Ihre beiden Wagen seien von der deutsch-italienischen (?) Grenze an ständig von der Polizei beschattet worden."

Aus dem Tagebuch eines Agent provocateurs, der selber etliche Bomben gebastelt hatte, um die Linke damit auseinanderzusprengen. Fragt sich: wer spielt heute diese Rolle? Bei dem sollte sich die Reaktion den Terror bestellen, wenn er mal ausbleiben oder nachlassen würde.

Denn sie braucht Terror, um den eigenen damit zu legitimieren, um faschistische Zustände neu zu etablieren. Der Faschismus ist nichts anderes als die „terroristische Form der politischen Herrschaft des Monopolkapitals", wie Reinhard Opitz in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Das Argument" analysiert. Diesen Terror -letzter Ausweg des Kapitalismus in akuten Krisensituationen - müssen wir verhindern. Ganz sicher wäre es verantwortungslos, jetzt schon von Faschismus in der Bundesrepublik zu sprechen. Man macht sich einer politischen und moralischen Schluderei schuldig, wenn man dauernd „Feuer, Feuer" ruft und es dann keiner mehr richtig ernst nimmt, wenn es wirklich brennt (und in letzter Zeit haben wir einen inflationären Gebrauch von Panikvokabeln wie „Folter" und „Faschismus", „Polizeistaat" etc.).

Zweifellos: Diese hysterische Beschwörung von Zuständen darf uns nicht anstecken. Wenn wir dennoch jetzt vom Faschismus sprechen, meinen wir gleichzeitig Antifaschismus. Und darüber können Wir nur jetzt reden. Wir müssen es sogar. Solange es noch Zeit ist. Ein hilfloser Antifaschismus des Leidens und der Ohnmacht ist zu wenig. Antifaschismus muß heißen: Wie verhindern wir, daß Faschismus überhaupt entsteht?

Hier versucht das neue „Argument" Antworten zu formulieren, die nicht nur Schlagworte sind. Herausgeber Wolfgang Fritz Haug meint mit Opitz, daß wirksamer Antifaschismus keineswegs auf anderen Elementen und Potentialen basiert als ein wirksamer Faschismus. „Denn wie der Faschismus nur siegen kann, wenn er sich die aktive Unterstützung einer ‚Massenbasis' oder wenigstens die passive Hinnahme durch große Teile der Bevölkerung sichern kann, so der Antifaschismus nur, wenn er dem Faschismus ein effektives Bündnis entgegensetzt. Über den Ausgang entscheidet das Ringen um Bevölkerungsteile - nicht zuletzt um kleinbürgerliche Schichten -, die sonst dem Faschismus zufallen."

Und weiter: „Eine besonders in der Bundesrepublik wichtige, ja zentrale Frage ist die nach dem Verhalten der Sozialdemokratie und natürlich der Gewerkschaften. Der verhängnisvolle Fehler aus der linksradikalen Phase der KPD, vor allem eine Spalterpolitik gegenüber der Gewerkschaft und ein Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie, wie die ‚Sozialfaschismustheorie' sie zum Ausdruck bringt. Fehler, die heute in der BRD von einigen ultralinken Gruppen wiederholt werden -, haben gezeigt, daß die Einschätzung der Sozialdemokratie im Rahmen einer Faschismus-Theorie mittelbar ihr Verhalten und das Verhalten anderer Kräfte ihr gegenüber beeinflussen kann. Positiv: Nur ein Antifaschismus, der alle demokratischen Kräfte vereinigt, kann Erfolg haben."

Und darum geht es: Warum sollten wir nicht gemeinsam handeln, wo wir doch sowieso schon (mögen sich manche auch noch so groteske Distanzierungs-Verrenkungen einfallen lassen) für den Gegner alle in einem Topf sind. Klar ist dabei, daß wir uns in diesem Topf nicht zu Einheitsbrei verkochen lassen. Doch wenn wir uns zur Zeit auch nicht alle miteinander über Ziele und Wege einig sind, eins wissen wir doch alle ganz sicher: was wir nicht wollen. Wohin wir nicht wollen. Unsere Gemeinsamkeit: der gemeinsame Gegner. Im „Anti" sind wir uns doch einig - und da müssen wir's auch sein, weil sonst antifaschistischer Widerstand sinnlos wird.

In diesem Kampf dürfen wir keinen Fußbreit Handlungsspielraum von uns aus aufgeben, wir dürfen auf kein Pünktchen, auf kein Komma gesetzlich garantierter Rechtsstaatlichkeit freiwillig verzichten. Und noch eins: Wir sollten auch nicht länger den Begriff „Solidarität" mißbrauchen, wo wir von „linken" Terroristen um Kumpanei angegangen werden. Klar ist, daß wir für ihre Rechte eintreten, wo sie verletzt werden, so wie wir für jedermanns Rechte einzutreten haben (auch hier gilt es ja, die Rechtsstaatlichkeit zu fordern oder zu erhalten).

Aber Solidarität haben sie von uns erst zu erwarten, wenn auch sie sich solidarisch verhalten und nicht immer wieder unseren erbitterten Feinden in die Hände arbeiten. Daß sie das subjektiv gar nicht wollen -darüber kann man sich mittlerweile streiten. Wir haben lange genug mit ihnen geredet, haben die Diskussion gesucht, Erklärungen

zusammengestammelt - doch wir bekamen meist nur zynisches, dummes Gerotze zur Antwort.

Zum Masochismus sind wir nicht verpflichtet. Und es gibt schließlich wichtigere Aufgaben für die Linke. Wir brauchen unsere Energien, um die Terroristen, mit denen wir es zu tun haben und mit denen wir es noch zu tun bekommen, zu stoppen. Wenn Solidarität für Euch, Ihr Heilsarmisten der RAF, nicht zur völligen Leerformel geworden ist, kämpft mit uns gegen die Terroristen. Gebt ihnen keine Schützenhilfe. Stoppt Euren Terror! Dann hätten wir größere Chancen, die wirklich gefährlichen Terroristen zu stoppen.

Konkret 02/75, S. 41

Holger Strohm

Fluor als Gift

„Sind 12 000 Gladiolen wichtiger als 1 200 Arbeitsplätze? Um diese Frage geht es in einem Streit zwischen dem Gärtner Hans Herbert Langeloh aus Altenwerder, einem Hamburger Stadtteil südlich der Elbe, und seinem ungeliebten industriellen Nachbarn, der Firma Reynolds Aluminium Hamburg GmbH."

Um diese Frage, gestellt vom Zentralorgan zur Pflege des Unternehmerbilds in der Öffentlichkeit „Die Zeit", geht es mitnichten. Es geht vielmehr vor dem Hamburger Oberverwaltungsgericht darum, ob es Unternehmern im Zusammenspiel mit Politikern erlaubt ist, Fabriken zu errichten, deren Produktionsweise Luft und Wasser vergiftet - ohne daß das Ausmaß und die Schädlichkeit der Giftstoffe zuvor untersucht und entsprechende Höchstwerte festgesetzt worden sind.

Mit einem Steuergeld-Einsatz von 147 Millionen und Strompreis-Subventionen von 83 Millionen Mark hatte Hamburgs Wirtschaftssenator Helmutkern (SPD) die US-Aluminiumfirma an die Elbe gelockt. Als Kern den ersten Spatenstich tat und selbst 1973, als das Werk betriebsbereit war, lag die Betriebsgenehmigung (mit den zugelassenen Emissionswerten) immer noch nicht vor. Das Verwaltungsgericht kam nicht umhin, von „illegal" und „Erfüllung eines Straftatbestandes" zu sprechen.

Erst jetzt, nachdem das Oberverwaltungsgericht die Drosselung der Reynolds-Produktion verordnet hat, müssen sich die Behörden der Hansestadt um die giftigen Fluor-Gase kümmern. Dabei hätten ihnen die Erfahrungen, die in andern Ländern gemacht wurden, schon vor dem Hamburger Baubeginn sagen können, welchen Umweltfeind sie sich an die Elbe holen.

Als die Anaconda Company 1955 ihre Aluminiumschmelze in Columbia Falls, Montana, eröffnete, behaupteten Firmenleitung und Genehmigungsbehörden, das bei der Aluminiumelektrolyse freiwerdende Fluor sei absolut unschädlich. 1969 waren fast alle Bäume in einem nahegelegenen Nationalpark vernichtet und über 900 Hektar Land zerstört.

In Garnison, Montana, war 'nach vierjähriger Aluminium-Produktion das Weidevieh so verkrüppelt, daß es nicht mehr aufstehen konnte. Auch in Florida wurde Vieh verkrüppelt und in Hannibal, Ohio, gingen wegen verkrüppelter Milchkühe die Molkereien bankrott. Ein Landwirt in Ferndale, Washington, erklagte 83 000 Dollar Schadensersatz von der Intalco Aluminium Company. Die U.S. Steel mußte an Viehzüchter in Utah vier Millionen Dollar bezahlen.

Nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums verursachen Fluorgase weltweit höhere Schäden am Vieh als jeder andere Luftverschmutzer. Junges Vieh ist besonders gefährdet. Das aufgenommene Fluor wird in der Kristallstruktur der Knochen und Zähne gespeichert, bei höheren Dosen zerfallen die Zähne, versteifen sich die Gelenke und splittern die Hufe.

Doch nicht nur Vieh und Pflanzen (besonders empfindlich sind Gladiolen, Pinien, Aprikosen, Pflaumen und Azaleen), auch Menschen kommen zu Schaden. Schon 7 955 billigte ein Gericht in Trontdale, Oregon, einer Familie 38 000 Dollar Ersatz für Gesundheitsschäden zu, die eine Aluminiumhütte der Firma Reynold mit ihren Fluorabgasen verursacht hatte.

Bereits 1937 berichtete der dänische Mediziner Kaj Rohdom über Fluor-Schäden an dänischen Arbeitern: Veränderungen der Knochenstruktur, Darm- und Magenerkrankungen, Appetitlosigkeit, Atemnot. Rheuma und erhöhte Anfälligkeit für Erkältungskrankheiten. Sowjetische und tschechoslowakische Untersuchungen bestätigten diese Befunde und erweiterten sie um Entzündungen der Atemwege und Anämie.

Doch dabei blieb es nicht. Japanische und amerikanische Forscher stellten fest, daß überdurchschnittliches Fluorvorkommen zu Verminderung und Veränderung der weißen Blutkörperchen führt. Auch Arthritis, Nierensteine, verhärtete Arterien konnten als fluorbedingt nachgewiesen werden. Besonders Nierenkranke sind gefährdet, da sie aufgenommenes Fluor kaum mehr ausscheiden.

Im italienischen Trentino machten Mediziner in der Umgebung zweier Aluminium-Fabriken seltsame Veränderungen an Kindern aus: Zuerst traten blau-braune Flecken in Geldstück-Größe am Körper auf, dann bekamen die Zähne weiße Flecken, und das Blutbild veränderte sich.

Indische, amerikanische und sowjetische Studien wiesen nach, daß schon geringfügig überdurchschnittliche Fluorwerte vor allem deshalb zu Gesundheitsschäden führen, weil der menschliche Körper das im Wasser aufgenommene Fluor zu 86 bis 97 Prozent absorbiert.

Alle diese medizinischen Forschungsergebnisse waren längst bekannt, als der Hamburger Senat die Firma Reynolds an die Elbe holte, obwohl etwas weiter stromabwärts die Vereinigten Aluminium Werke in Stade bereits einer Jahresproduktion von 240 000 Tonnen zusteuern. Doch nachdem der Senat seine Millionen-Subventionen ausgeworfen hatte und die ersten Proteste aus der Bevölkerung kamen, trauten sich die dem Senat unterstehenden Genehmigungsbehörden natürlich nicht mehr, ein Veto einzulegen. Zumal die Reynolds-Produktion - Alu-Folien und Bierdosen - 1200 Arbeitsplätze schafft.

Pointe der Geschichte: Da Reynolds für seine Aluminium-Elektrolyse ungeheure Mengen Strom braucht (den die Hamburger Elektricitäts Werke zu einem Fünftel des üblichen Verbraucherpreises an den US-Konzern abgeben), bekommt der Elbstrand noch weiteren Zuwachs: Ein Atomkraftwerk in Geesthacht.

Konkret 02/75, S. 43

Wolfgang Abendroth

Robert Neumann

Mit Robert Neumanns Tod ist die literarische Tradition der ersten deutschen Republik beendet. Er war der letzte ihrer großen Repräsentanten.

Als 1927 „Mit fremden Federn" erschien, war Robert Neumann mit einem Schlag überall bekannt. Auch die zweite Parodiensammlung „Unter falscher Flagge" wurde 1931, kurz bevor er emigrieren mußte, zum großen Erfolg. Seine Lyrik, später von ihm selbst nicht mehr ernst genommen, und auch seine Romane hatten ihm diese Geltung in der öffentlichen Meinung jener Zeit nicht eingetragen. Darunter hat er schon damals gelitten.

Um dem Terror der SA zu entgehen, kehrte Neumann in sein Herkunftsland Österreich zurück. Doch als im Februar 1934 die Regierung der Christlich-Sozialen und die Heimwehren die Arbeiterbewegung und die Reste geistiger Freiheit zerschlugen, war auch in Wien - wo sein jüdischer Vater einst die österreichische Sozialdemokratie mitgegründet und zu dem Kreis um Viktor Adlergehört hatte - seines Bleibens nicht mehr lange.

Robert Neumann ging zunächst nach London, dann zog er sich in sein mittelalterliches Posthaus in Kent zurück. Er wollte es sich ersparen, seine Kraft in den Händeln der Emigranten zu verzetteln.

Nach dem Ende des Dritten Reichs kehrte er auf den Kontinent zurück. Er wußte um die Restauration in Westdeutschland- also wollte er hier nicht wohnen. Er wußte um den Stalinismus und die Grenzen geistiger Freiheit in der DDR (der XX. Parteitag der KPdSU hatte noch nicht stattgefunden) - also konnte es für ihn den Weg nicht geben, den Arnold Zweig gegangen ist und den Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger gegangen wären, hätte ihn der Tod ihnen nicht verstellt.

Andererseits: Robert Neumann war zwar niemals Stalinist geworden, wie allzu viele, die heute am wildesten gegen die UdSSR schreien, es zur Zeit des unmenschlichsten Terrors gewesen waren, aber sein historisches und analytisches Denken blieb immer intakt genug, ihm zu zeigen, daß die Sowjetunion gleichwohl das Land der Oktoberrevolution blieb und - bei allen Irrwegen, die ihm die Geschichte auferlegte - seinen Weg zum sozialistischen Aufbau weiterging. Er ließ sich nie zum Propagandisten des Kalten Krieges erniedrigen, zu dem so viele sich in diesen Jahren machten.

Weil ihm also beide Nachfolgestaaten des Deutschen Reichs gesperrt schienen und sein Heimatland Österreich zu provinziell war, ging er - mit britischem Paß - in die Schweiz.

Im Grunde hat er seitdem immer um Anerkennung in der Bundesrepublik geworben. Die Eitelkeit, der „Größenwahn" (wie er das selbst nannte) der Literaten, den er teilte, zwang ihn immer wieder, darauf zu hoffen. Vergeblich, denn im Büchermarkt der Bundesrepublik war (und ist) kein Raum für die große Literatur der Weimarer Republik. Die neue westdeutsche Literatur nach 7 945 (oder besser: nach der Entscheidung der USA für die Restauration und die Spaltung Deutschlands 1947) wollte von Anknüpfung an die Tradition humanistisch-demokratischer Schriftsteller nach 7918 nichts wissen.

So wurden zahllose Literaturpreise gestiftet und vergeben. Viele Tagesgrößen, die - aus gutem Grund - schon heute keiner mehr kennt, haben sie bekommen. Niemals Robert Neumann. Das hat ihn tief verletzt, obwohl er die Logik sah: Denn was in der Bundesrepublik geschah, von der Restauration monopolkapitalistischer Machtverhältnisse bis zur Wiedereinsetzung aller „entnazifizierten" Mitträger des Nationalsozialismus in Staatsapparat, Justiz, Bildungswesen und publizistischem Apparat, wußte er nur zu gut. In vielen seiner Publikationen, nicht nur in seinen Kolumnen in KONKRET, auch in einem seiner letzten Romane, im „Tatbestand", kommt es klar zum Ausdruck.

Das deutsche „gebildete Publikum" hat ihn so behandelt, wie es einst Heinrich Heine behandelt hat. Ist es ein Wunder, daß er, dem dies geschah, Meister der bitteren Ironie blieb (und also auch ihrer besten Kunstform, der Parodie)? Versöhnlichen Humor kannte er kaum und auch darin glich er Heinrich Heine, der ihm übrigens an Rang so überlegen blieb, wie es die große Literatur des Aufstiegs des bürgerlichen Zeitalters gegenüber der seines geistigen Abstiegs nun einmal generell ist.

Nur eins ist dabei qualitativ wirklich gleichgeblieben: Die besondere Verächtlichkeit des Verhaltens der deutschen Klassen von „Bildung und Besitz" gegenüber ihren eigenen besten, humanistisch-demokratischen Schriftstellern, und die Sucht dieser Schichten, apologetische Eintagsfliegen, die jede jeweils aktuelle Feigheit als Tugend feiern, zu protegieren.

Ein letztes Wort sei dem Schreiber dieser Zeilen als Freund Robert Neumanns gestattet, der er seit 1961 war. Damals - es war die Zeit des ersten Auschwitz-Prozesses, den ein anderer Freund, Fritz Bauer, der nun auch schon lange tot ist, durchkämpfen mußte - damals kam er nach Marburg. Die Wendung der Masse der Studenten zu kritischem und antifaschistischem Denken war erst im Entstehen. Der Vortrag des jüdischen Antifaschisten Neumann riß einen großen Teil

noch widerstrebender Studierender mit - zumal er (anders als der größte Teil der bundesdeutschen Publizistik) deutlich machte, daß die Brutalität des Dritten Reiches nicht nur den Juden galt, sondern auch der deutschen Arbeiterbewegung, den deutschen Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und vielen anderen Nationalitäten.

Das Bündnis, das bei diesem Besuch entstand, blieb und wurde ständig fester. Bald darauf - zu einer Zeit, in der auch für die Brandts und Bahrs die DDR noch „rechtlich nicht existent" und eine Ausgeburt des Teufels war - diskutierte Robert Neumann mit Wissenschaftlern der DDR in Ost-Berlin über Probleme der Faschismus-Analyse, kam zurück nach Marburg mit den Tonbändern, diskutierte sie in unserem Oberseminar mit uns durch und brachte Tonbänder davon zurück nach Ost-Berlin.

So kam, als so etwas noch von allen großen Parteien, auch der SPD, „illegal" und „würdelos" genannt wurde, durch Robert Neumann eine erste Zusammenarbeit über die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten hinweg zustande. Durch diesen großen deutschen Schriftsteller, der die britische Staatsbürgerschaft besaß und weit vom Zugriffsbereich von BND und Verfassungsschutz in Locarno lebte.

Konkret 02/75, S. 44

Peggy Parnass

Höhere Politik

Kurz vor Abfahrt bekomme ich noch „eine kleine Packhilfe" für mein Seminargepäck: Langes Kleid oder langer Rock, Stola oder Pelzjäckchen, Trikot und Turnschuhe für Gymnastik, Perücke oder Haarteil. Eine Pinzette.

In Goslar wartet der Hotelbus auf mich. Eine neoaussehende, sehr schüchterne Blondine sitzt schon drin. „Mein Mann hat mich hergeschickt", sagt sie, ‚weil er über Politik mit mir diskutieren will". Ich wollte ihr und mir etwas Vorfreude bereiten: „Das ist ja ein tolles Hotel. Mit Swimming pool, mixed Sauna und Solarium." Sie, leise: „Jaah. Haben wir auch zu Hause."

Es tröstete noch so einiges über die Abwesenheit von Haus und Hof hinweg. Die hübsch verschneiten Wege in die Miniberge. Die warmen Farben in dem Riesenhotel. Ein herrliches Appartement mit Fernseher, Radio, Telefon (50 Pfennige pro Einheit), Mini-Bar, Super-Bett und -Bad. Viel zu schade für einen allein.

Zu früh angekommen, hocke ich mich zu einigen gepflegten Damen. Versuche rauszuhören, wer was ist. Die mit Abstand schönste und charmanteste war Susanne Erichsen, herself. Als sei die gewonnene Wahl zur Miss Germany erst gestern, nicht 1950, gewesen. „Sie werden sich zurecht machen und umziehen wollen. Ein kleines Kleid für den Cocktail-Presseempfang im Kamin-Salon um 18.30 Uhr."

Zieh mir bis auf den Boden wallenden Samt über den Kopf. Sehe darin genauso fehl am Platze aus wie vorher in Jeans. Jeder wird aufgefordert, sich vorzustellen und die Gründe für seine Teilnahme hier zu nennen. Einige wollen sich weiterbilden. Drei wollen sich erholen. Eine Jura-Doktorantin meint, das lockere Programm reize sie. Eine sagt, sie müsse häufig repräsentieren. „Ich bin jetzt in der CDU. Man kann ja nicht nur reden, man muß auch was tun". Immer wieder heißt es: „Mein Mann wollte, daß ich herfahre." „Mein Mann hat mich damit überrascht."

Offensichtlich verstehen einige Manager unter „Aus alt mach neu" nicht mehr Frau auswechseln, sondern Frau nachziehen.

Leise rieselt durch, daß in relativ großem Stil mit Autos, Flugzeugen, Steuern, Möbeln, Hotels, Häusern und Zähnen Geld gemacht wird. Auch Peggy Parnass, Schauspielerin, stellt sich vor, sagt: „Ich bin aus Neugier hier. Ich möchte wissen, was man für uns Frauen in Politik und Gesellschaft für wichtig hält." Eigentlich wollte ich ja sagen, daß mir eine Ehe mit einem Topmanager ins Haus steht, vorausgesetzt, ich lerne endlich Artischocken und Hummern knacken. Und den richtigen Wein ins richtige Glas gießen.

Plötzlich sagt ein Journalist unter allerlei Beifall, daß er darüber empört sei, in der Einladung die Abkürzung „BRD" zu finden. Ich, dummerweise: „Was stört Sie daran?" Er: „Soweit sind wir ja noch nicht, daß wir der DDR zuliebe auf das Wort Deutschland verzichten." „Regen Sie sich auch über die Kürzel USA, UdSSR und DDR so auf?" Er scharf: „Sind Sie Journalistin!" Scheiße! Erwischt. Und das schon am ersten Abend.

Der Mann erhält Unterstützung von der übrigen Dorfpresse. Der Unternehmensberater und Seminar-Gastdozent Ahlefeld sagt, während er mir das Haus zeigt: „Sie mögen es komisch finden, aber wenn ich das Deutschlandlied höre, bekomme ich immer noch feuchte Augen." Ich krieche übermüdet und angewidert in mein schönes Grande lit. Und verpasse die Ankunft der verspäteten Dozenten der FU Berlin, Frau Dr. Dörte Doering (FDP) und den Politologen Professor Günther Doeker.

Montag, z. Dezember 1974. Um 6 Uhr sanft geweckt. 7 Uhr ist Gymnastik. Susanne E. ist auch um diese Tageszeit schon schön. Sie kommt überall hin mit Kopf, Händen, Füßen. Es sieht ganz einfach und elegant aus. Mir gelingen nicht einmal gerade Beine. Aber die Gelenke krachen, ein Wirbel knackt. Sehe mir an, wofür Männer bereit sind, 40 Jahre zu zahlen. Alles gut beieinander. Alles gut massiert und trainiert.

Frühstück. Ich hänge wieder ein Ohr rein: „Die FDP soll uns wohl beeinflussen. Das müssen wir uns doch nicht gefallen lassen." Plötzlich stand die FDP als linkes Rollkommando da. Schon komisch. Die energische CDU-Dame: „Nur-Hausfrau? Davon will ich nichts hören. Bei einem 350-Quadratmeter-Haus und Swimmingpool. Und Tochter und

Geschäftsfreunde, die bewirtet werden wollen." Noch wird dezent geprotzt. „Ohne Personal käme ich natürlich nicht aus." Ich naiv: „Warum so groß, wenn Sie es so belastet?" Die Dame von Welt und Unternehmen eisig: „Weil es uns gefällt." Aggressiv „Und es ist wohl nicht falsch, daß einige Frauen freie Stunden für sich selbst haben". Ich: „Nein. Im Gegenteil. Es ist nur falsch, daß nicht alle diese Freiheit haben."

9 Uhr. Wir sitzen alle im Konferenzraum mit Blöcken und Kulis vor uns. Professor Doeker, groß, schlank, dunkel, sieht in seinem Jeans-Anzug fabelhaft aus. Doeker, der mir sagt, „ich bin ja als Linker bekannt" und aus unerfindlichen Gründen angeblich eine Benefiz-Vorstellung gibt („Ich bekomme keinen Pfennig dafür"), legt mit seinem Vortrag los: „Die Frau und die innenpolitische Lage der BRD." Keine versteht ihn, keine traut sich zu fragen. Er erwähnt immer wieder die Justiz. Auch die Klassenjustiz. Galt das mir? Wen soll es sonst hier interessieren?

11 Uhr 15. Körperpflege, Maniküre. Jetzt sind alle ganz dabei. Es geht ja um wesentliches. Intensivgespräche über Party-Katastrophen durch appe Nägel. Nagelhautmassagecreme, Nail builder, Nail tuender. Dann Behaarung. Unter den Armen Büschel weg. Auch im Antlitz, an Armen, Beinen und sonst wo. Mit Spray, Creme, Wachs. Rasieren? Da steht Aussage gegen Aussage.

Gerüche müssen beseitigt werden. Wegen der Sicherheit. Stinkende Mittel gehen rum. Intimspray wird gereicht. Stinkt auch. „Sie müssen ihre Ellbogen mit Bimstein bearbeiten. Die vergißt man immer, weil man sie nicht sieht. Sie zeigen ja nach hinten." Oh ja, schrecklich!

Frau Susanne sagt: „Bitte, wenn es möglich ist, heute nachmittag ungeschminkt kommen." Dann ratlos: „Aber wie machen wir das? Wir müssen ja vorher ins Seminar." Ja, das sind Probleme für Frauen.

14 Uhr 30 bis 16 Uhr. „Ehen im Stress". Eine zarte Rose vor jedem Platz. Herr Ahlefeld spricht über die Ehe (als Bollwerk gegen den Bolschewismus). Man kriegt Lust zum Heiraten. Außer mir sind nur zwei nicht verheiratet - die junge Juristin und die Dozentin. Ahlefeld bricht eine Lanze für die Liebe. Und zeichnet eine Pyramide der wesentlichen Bedürfnisse in der Ehe an die Tafel: Selbstverwirklichung, Wertschätzung, Kontakt, Sicherheit. Sex. Alle Frauen strahlen ihn an. Ich auch. Nur seine eigene nicht.

Ahlefeld: „Meine Frau sollte nicht arbeiten, auch nicht in den ersten schweren Jahren. Ich wollte ihr beweisen, daß ich sie liebe." Seine Frau berichtigt: „Das war Ehrgeiz." Dann füllten wir Testbögen aus. Sollen unseren Männern Noten geben. Ergebnis: Alle prima. Es will wohl keine eingestehen, daß sie einen schlechten Griff getan hat.

16 Uhr 30. Wir rasen zum Make up (dafür sollten wir ungeschminkt kommen). Mein Gott, ist diese Maskerade lächerlich. Da kommt noch was und noch was und noch was drauf. Schminke für den Morgen, Schminke für den Nachmittag, Schminke für den Abend. Die Frauen arbeiten wie im Fieber. Die meisten bringen reichliche Vorkenntnisse mit, wissen, wie man den Pinsel schwingt. Lidschatten in Grün, Braun und Beige. Oben, unten, kreuz und quer. Lidstriche, Wimperntusche, Augenbrauen- und Abdeckstifte. Puder. Wie verdecke ich mein Doppelkinn? Man lernt fürs Leben.

Mir wird das alles sehr schnell zu dumm. Falle durch meine Clownerien unangenehm auf. Mache alles wieder wett, als ich erkläre, daß ich mich gründlich operieren lassen will: Fleisch ab und Fleisch ran. Ich will auch Runzeln und Nase los werden. Am liebsten den ganzen Kopp. Das trägt mir Sympathien ein.

Abends: In der Tanzbar, gehts um Politik. Mindestens ein Dutzend mal sagt eine Kursusgenossin anklagend zu mir, als sei es mein Fehler und als müsse sie deswegen darben: „Und für die Baader-Meinhof-Bande müssen wir noch Steuern zahlen. Glauben Sie, daß man nach zwanzig Jahren alles wieder weggenommen bekommen will, was man unter Entbehrungen geschaffen hat?" Ängste, so ganz anders als unsere. Nur um sich selbst und ihre Habe. Na ja, es ist ja auch 'ne Menge.

3. Dezember 1974. Dr. Dörte Doering, vehement, fortschrittsfreudig, tut allerlei um die Frauen aufzurütteln und anzuregen. Weil alles, was sie sagt, angezweifelt wird, greift sie zu Statistiken. Sie will den Damen einen Einblick in die erschwerte Lage der Frau gönnen. Sie wagt auch, einige Vorteile der DDR zu erwähnen. „Dann sollen wir wohl alle in den Osten gehen!" sagt eine. Fast alle sprechen von ihrer furchtbar hatten Arbeit. Statt geprotzt, wird plötzlich tiefgestapelt. Zu Diskussionszwecken hätten sie jetzt am liebsten einen 16-Stundentag und Existenzminimum. Deshalb werden manche aggressiv: „Wenn die Arbeiter nicht so faul und auch bereit wären, Verantwortung zu tragen, anstatt nur an ihren Feierabend zu denken, hätten sie ja auch das gleiche wie wir."

11 Uhr 15. Susanne E. bringt uns „aus dem Oberschenkel gehen" bei. Damit wir innerlich und äußerlich sicher werden. Elegante Empfangsdamen-Drehungen. Wir entwickeln uns immer mehr zum Mädchen-Pensionat. Gackern und albern rum. Die Sympathie wächst. Unsicherheiten verbinden. Dankbar für jedes Lob, freue ich mich, daß meine Beine im Sitzen gut sind. Ich ärgere mich, daß schwimmen, saunen, sonnen, essen und flippern für immer mehr Gemeinsamkeiten zwischen den Frauen und mir sorgen. Zwei oder drei gefallen mir sogar gut. Das erschwert das Schreiben.

Leicht ist es sowieso nicht. Sobald ich zum Block greife, fallen sie über mich her. Als die Emanzi-Runde Auskunft über den eigenen Werdegang geben soll, wird mir das Notieren ganz untersagt. Konnte mir nur merken: Steuerberater. Haben 20 Angestellte. Pilotfrau. Hat Flugzeug- und Autoverleih. Eine andere schickt 50 Ingenieure durch die Welt. Dann war was mit Bauunternehmen, Möbelfabrik. Drei Frauen waren ursprünglich medizinischtechnische Assistentinnen.

4. Dezember 1974. Dörte Doering läßt auf Wunsch den § 218 diskutieren. Eins haben wir doch gemeinsam: Wir sind Frauen. Langt nicht, langt nicht. Die sind alle nicht bereit, auch nur den kleinsten Einblick in ihr vielleicht vorhandenes Innenleben zu gewähren.

Dann wieder Kosmetik. Diesmal unter Anleitung einer angereisten Fachkraft aus Berlin. Da gehts um Face-pealing, Narben abschleifen, Schnippeln und Schnappeln. Es ekelt mich. Doch mit einer Lymphdrainage gewinnt die Dame mich ganz für sich. Während sie meine fast völlig zugeschwollenen Augen massiert, wächst mein Neid auf die Lebensumstände der anderen. Ich will auch gepflegt werden!

Die Weiber mit ihrem ewigen: „Darf man?" „Muß man?" Wenn es um Rangordnung, Vorstellen, Titulieren, Sitzordnung, Geschenke und anderen Quatsch geht. Fräulein Müller a. d. wird eventuell, wenn durch den Schwanz geadelt, zu „ihrer Durchlaucht". Die Frau des Hoteldirektors meint, als es um einen königlichen Fatzken aus der Werbung geht: „Ich sage doch, was er hören will, wenn er das Geld da läßt".

Ach, es gibt so viel zu lernen. Smoking mit Pullover? „Das ist nicht mehr in!" Ist: „Grüßen Sie Ihren Gatten" korrekt? Welche Gläser wann? Schwenker, Weinglas, Whisky, Port. Bei der Weinprobe unter anderem elegant ausgereifte Weine der gehobenen Klasse. Wie die Seminaristinnen.

Ich frage, wie man sich als Frau verhalten soll, wenn in der Redaktionskonferenz alle Stühle von Männern besetzt sind. Ungläubige Ausrufe: „Das gibts doch gar nicht."

Darf man Fondue-Fleisch auch auf den Teller oder nur auf Extra-Teller oder sich in die Nase schieben? Alles wird todernst erörtert.

Dann Hummer und Artischocken, ohne daß es ins Auge spritzt. Einige sind beleidigt: „Als ob wir das nicht können." Ich kann's nicht. Und immer wieder: Darf man? Muß man? Arme Marionetten.

Wir lernen, wie man langsam überall hinblickend und nickend eine Hotelhalle betritt. Die Stola als Requisit. Die Hand, schlank mit dem Daumen nach innen, das Ding an der Schulter festhaltend. Nie mit dem Finger auf etwas zeigen, sondern den weiblichen Arm weit schwenken.

Frisurberatung. Mit mir hält sich der Experte erst gar nicht lange auf, als er was von „nur waschen und trockenrubbeln" hört.

Große Modevorführung. Der Créateur in gepunkteter Krawatte zum karierten Jacket hält mit keinem Rat zurück. Auch hier Idiotenfragen. „Ab wann kann man Pelz tragen?" Eine Altersvorschrift wünscht man, nicht einen Temperaturtip. „Rost mit Grün? Das ist zu avantgardistisch!" Alle anwesenden Damen sind schöner und graziöser als das gruselige Mannequin in den Greuelmodellen.

Dann wird es nochmal politisch. Ein Dr. Jean-Paul Picaper, charmant und leider leicht verständlich, auch wenn von der FU Berlin, macht dem Sozialismus den Garaus. Er nimmt die DDR auseinander. Als Franzose habe er wohl das Recht, zu sagen, daß das NS-Problem längst überholt sei. „Wir in Europa brauchen Deutsche, die ihren Platz halten. Die Elite soll nur unfähig gemacht werden. Verunsichert, indem man ihr ein schlechtes Gewissen macht. Zu einem schlechten Gewissen aber besteht keine Veranlassung. „Natürlich fiel er auf weichen Boden. Hinterher fragt er mich lieb und voll Charme: „Sind Sie jetzt böse?"

Im Abschiedssuff erzählen mir einige Damen, wie gekonnt sie ihre Männer behumpsen. Eine stattliche Person tischt sogar ihren vollfetten Liebhaber an Ort und Stelle auf. „Er ist ganz toll. Als Geschäftsmann. Und auch im Bett."

Manöverkritik sollen wir liefern. Damit in Zukunft alles besser läuft. Eigentlich dürften wir nichts zahlen, weil sie den Kram erstmal an uns ausprobiert haben. Eine Art Nullnummer einer erhofften Serie.

Konkret 02/75, S. 47

Michael Conrad

Simmel-Fimmel

Die Premierenfeier war glanzvoll und feierlich. Die Hofberichterstatter melden: „Viel Prominenz und gespannte Premierenerwartung." Die Prominenz unter den hundertfünfzig geladenen Gästen waren unter vielen anderen Geschäftemachern, Partyakrobaten und Politikern Franz Josef Strauß, Petra Schürmann, Rolf Kauka und Johannes Mario Simmel.

Anlaß der Feier war die Uraufführung der sechsten Simmel-Verfilmung „Die Antwort kennt nur der Wind". Außer für einschlägige Boulevardzeitungen und Klatschgazetten sollten weder Galaabend noch Film von Interesse sein, wenn nicht Produzent Luggi Waldleitner, Regisseur Alfred Vohrer und der Großverleih Constantin der deutschen Filmbranche und natürlich auch dem Publikum endlich wieder einen „internationalen deutschen Film" geschenkt hätten. „International" - dieses Zauberwort geistert seit Jahren in den Köpfen deutscher Filmproduzenten herum. Auch Hardy Krüger, Curd Jürgens und besonders Romy Schneider klagen in Interviews immer wieder über den Mangel an internationalem Flair in der bundesdeutschen Filmscene. Große Produktionen mit dramatischen Geschichten, an internationalen Schauplätzen mit bekannten Stars gedreht, sollen den Erfolg im Ausland bringen. Welcher Star will schon in der geschmähten deutschen Filmprovinz hängenbleiben, wenn Ruhm, Ehre und Geld in Frankreich, Italien oder den USA locken.

So nahm Luggi Waldleitner seinen ganzen Unternehmermut zusammen, nachdem er bei vorhergegangenen Simmel-Verfilmungen genug Profit gemacht hatte, und produzierte in deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion mit 2,5 Millionen Mark „Die Antwort kennt nur der Wind". Roxy-Chef Waldleitner hatte zwar noch 1969 erklärt, daß er künftig keine Co-Produktionen mehr machen wolle, doch nicht etwa wegen künstlerischer Bedenken, sondern, und da holt die Realität Klischees über Produzenten ein, weil die Zahlungsmoral seiner Partner zu wünschen übrig ließ.

Die kapitalkräftigen US-Film-Konzerne hatten selten Schwierigkeiten, ihre Großprojekte zu finanzieren, da ihnen der Weltvertrieb durch die Großverleihe von vornherein gesichert ist. Europäische Firmen versuchten durch Co-Produktionen konkurrenzfähig zu bleiben, um wenigstens den eigenen Markt abzudecken. Besonders bundesrepublikanische Produzenten bemühten sich in sinnlosen Kapitalschlachten, amerikanische Genres zu kopieren. Während Europa sich so am „Filmimperialismus" probierte, kauften sich die US-Firmen in die Filmmetropole wie Cinecittá und Pinewood ein und bestimmten seitdem Bild und Ton der europäischen Filme.

Jean-Luc Godard veröffentlichte 1968 ein Manifest:

Fünfzig Jahre nach der Oktoberrevolution herrscht der amerikanische Film über den Weltfilm. Diesem Tatbestand ist nicht viel hinzuzufügen. Außer, daß auch wir, an unserem bescheidenen Platz, inmitten des ungeheuren Imperiums Hollywood-Cinecittá-Mosfilm-Pinewood undsoweiter zwei oder drei Vietnams schaffen müssen und, sowohl ökonomisch als auch ästhetisch, das heißt an zwei Fronten kämpfend; ein nationales, freies Kino schaffen, Brüder, Genossen und Freunde.

Da die europäischen Großproduzenten weder Brüder, Freunde oder gar Genossen sind und mehr an Profitmaximierung als an Qualität oder gar an nationalem Kino Interesse haben, schafften sie sich nicht ihre zwei, drei Vietnams, sondern mehrere kleine Hollywoods. Wie diese Strategie mystifiziert werden kann, zeigte der Chef von Studio Hamburg, G. Trebitsch, in einer Diskussion anläßlich der letzten Nordischen Filmtage. Er meinte, internationale Zusammenarbeit (sprich: Kapitalverflechtung) diene der Völkerverständigung.

Diese Art der „Völkerverständigung" läßt sich in erfolgreichen Bilanzen messen. Sorgsam, wie es junge deutsche Autorenfilmer mit ihren Filmen nicht zu träumen wagen, werden die Co-Großproduktionen von den Verleihen betreut. Premierenfeiern, Public-Reklamationen, Schleichwerbung im Fernsehen und riesige Anzeigen in der regionalen Presse geben diesem Film gute Startchancen.

Nachdem in der BRD jahrelang ganz bescheiden Klamotten und Heimatfilme in Studios und bayrischen Bergen produziert wurden, zogen die Filmteams mit Franzosen, Italienern und Jugoslawen hinaus, um Monumentalschlachten nach deutschinternationalen Autoren wie Felix Dahn und Karl May zu drehen. Doch die „Mischmasch-Konzeption" (Filmtelegramm 29/69) der Gemeinschaftsproduktion ging nicht auf. Das Publikum zog amerikanische Originale europäischen Plagiaten vor.

Mit abgetakelten US-Stars, französischen und deutschen Edelchargen in jugoslawischen Ateliers,. von einem italienischen Kameramann unter Regie eines deutschen „Altfilmers" aufgenommen, ließen sich keine Meisterwerke des Filmschaffens realisieren. Besonders die Karl-May-Serie erinnerte eher an aufgeblasene Fernsehdutzendware als an vergleichbare US-Spielfilme.

Doch die Gewaltigen der deutschen Filmbranche haben aus den siebziger Jahren nicht gelernt. Symptomatisch für diese Politik ist, das Reinl und Vohrer, die sich schon als Regisseure der peinlichen Wallace-Filme auszeichneten, weiterhin die großen Budgets zur Verfügung gestellt bekommen. So ist es auch kein Wunder, daß Trivialitätenspezialist Vohrer die Regie bei Simmelverfilmungen führt. Die geleckten, klinischen Bilder aus Retorte und „Der Duft der großen weiten Welt"; mit dem Vohrer weihevoll umgeht, als handele es sich um Kunst, können in dem 2,5-Millionen-Objekt bewundert werden.

Konkret 02/75, S. 48

Rüdiger Bloemeke

Jazz goes to Schickeria

Der Scheck für den kranken New - Orleans - Schlagzeuger kam aus Hamburg. Gemeinsam mit den Jazz Lips spielte das Trevor Richard's Trio auf einer Wohltätigkeitsveranstaltung

750 Mark für den 76jährigen Zutty Singleton ein, der nach einem Schlaganfall gelähmt in einem New Yorker Krankenhaus liegt.

In einer Zeit, in der Dixieland und New Orleans Jazz im French Ouarter zur Touristenattraktion degeneriert sind, zeigt man in Hamburg Traditionsbewußtsein. Vor der symbolischen Rettungsaktion für den einstigen Hot Five-Drummer bereisten Mitglieder der Jazz Lips im vergangenen Sommer den US-Süden auf der Suche nach verschollenen Vorbildern. Die späte Blüte des Oldtime Jazz in Norddeutschland ist in Fernsehen, Funk und Presse gebührend beachtet, zum Teil gefördert worden. Warum gerade jetzt?

Über 30 Jazzgruppen zählt Peter Meyer, Musiker bei den Jazz Lips und Meyer's Dampfkapelle, zur Zeit in der Hansestadt; einige davon spielen mit kurzen Unterbrechungen seit den fünfziger Jahren. Heute jazzt es pro Monat durchschnittlich hundertmal in Hamburgs Kellerkneipen und Musikpinten. Kein Lokal zwischen Eppendorf und Sankt Pauli, das sich nicht um Jazz-Amateure bemüht. Meyer: „Die nehmen jede Krüppelkapelle." Die Branche frohlockt über einen neuen Trend: Jazz-Renaissance.

So neu ist der Trend gar nicht. Abbi Hübner, Kornettbläser der Low Down Wizards und einstiger Jailhouse Jazzman, hat beobachtet: „Es kommen die Leute wieder, die auch früher schon zum Jazz gegangen sind. Inzwischen haben sie eine Familie gegründet und ihre Kinder sind so groß, daß man sie allein zu Hause lassen kann." Und Jörg von Morgen, hauptberuflich als Markus Stern-Karikaturist, der 1974 seine Magnolia Jazzband wieder ins Leben rief, entdeckte: „Wo wir spielen, in Eppendorf, besteht das Publikum aus viel Schickeria." Nicht anders als zu Beginn der fünfziger Jahre, der Gründungszeit der ersten Magnolia Jazzband: „Da kamen Leute aus Harvestehude, aus der Mittel- und Oberschicht."

Verebbt scheint die „progressive" Welle, entschärft die „Polarisation der sechziger Jahre zwischen Rockern und Jazzern" (Meyer). Markus: „Die Leute sind die ganze Elektronik leid und honorieren, wenn man wieder ganz ehrlich in was reinbläst." Zurück also zu den Zeiten von „Ice Cream" und „High Society". Auch in der Musik herrscht die Tendenz zur Restauration.

Jetzt kommen die Amateure, die sich im Beruf etabliert haben, die Dreißig- bis Vierzigjährigen, die Macher. Sie führen hier ein vermeintliches Doppelleben - am Tag in Schlips und Kragen, am Abend mit zerrissenen Jeans und Karo-Hemd. Immer wiederkehrende Berufe der Jazz-Amateure: Ingenieur, kaufmännischer Angestellter, Designer, Kaufmann, Fotograf, Programmierer. Auch ein Autoverkäufer jazzt mit, selbst ein Arzt. Dies ist ihre Musik, die schon etwas Besseres war, als sie, selbst noch Schüler oder Studenten, die ersten Dixie-Töne lernten.

Heute beherrschen sie das Einmaleins des Oldtime so perfekt, das Repertoire anderer Gruppen so gut, daß man die Musiker beliebig austauscht. Ist Abbi Hübner verhindert, nennen sich seine Low Down Wizards, nach den ausgeborgten Solisten, eben die Low Down Blackbirds Of Jailhouse. Irgendeine Formation läßt sich zu jeder Gelegenheit auftreiben, so auch zur offiziellen Einweihung des neuen Elbtunnels durch den Senat.

Längst erkannten die PR-Strategen des „Atlantic Hotels" (Noblesse au Plüsch), wie gut sich Dixie mit der Dezenz des hauseigenen Nachtclubs „La Ronde" verträgt. Jeden Dienstag spielen dort die bekannten Bands bei Lampionschein unter einem Baldachin auf. Wer sich aus besserem Hause nicht in die rauchgeschwängerten Kneipen wagt, kann sich zwischen Plüsch und Goldlamé am Waschbrettsound ergötzen. Selbst die Musiker scheinen da noch von der Frage verwirrt, wie zieht man sich bloß an? Ein Plakat des Hotels gibt den Tip: „Kleidung? leger."

Natürlich schickt es sich trotzdem für einen jungen Leutnant, die Ausgehuniform anzulegen. Ältere Herrschaften mit legerer Krawatte und adrettem Kostüm ovatieren pflichtgemäß nach jedem Solo. Flotte Kellner reichen „leckere Brote" auf silbernen Tabletts und lassen das Kleingeld in umgehängten Schaffnerkassen verschwinden. Man trinkt Bier vom Faß.

Den Hit der Saison kreierte Meyers Dampfkapelle mit „Ich mag so gern am Fließband stehn". Im Winter der Arbeitslosigkeit 74/75 wird im Hamburger Hotel „Atlantic" ganz heißer Dixieland geblasen. Jazz-Revival.

Konkret 02/75, S. 49

Buch

Erika Runge: Südafrika -Rassendiktatur zwischen Elend und Widerstand

Protokolle und Dokumente zur Apartheid. Mit einem historischen Überblick und tabellarischen Anmerkungen von Christina Oberst-Hundt

rororo aktuell 1765, 250 S., 6,80 DM

Seit geraumer Zeit entwickeln westdeutsche Politiker und Industrielle auffallend Sympathie für einen Staat, der die strikte Rassentrennung zur Verfassungsnorm erhebt. „Südafrika als Markt für westliche Industriewaren, als Lieferant strategisch wichtiger Rohstoffe und als Ausgangsbasis für die Verankerung westlicher Interessen im Subsahara-Bereich stellen Faktoren dar, die die großen kapitalistischen Länder und das Apartheidregime aneinander binden." Die Kap-Republik lockt als Billiglohn-Land mit einem schier unerschöpflichen Reservoir an schwarzen Arbeitssklaven. „In keinem anderen Land in Übersee investieren deutsche Konzerne derzeit soviel wie hier." Dennoch:

„Die Aufmerksamkeit unserer Bevölkerung galt diesen Problemen bisher kaum. Durch die Verlagerung ganzer Fertigungszweige z. B. auch nach Südafrika kommt es in der Bundesrepublik zu Kurzarbeit, und Arbeitsplätze sind in Gefahr. Die westdeutschen Arbeiter beginnen zu erkennen, daß eine Solidarität mit den schwarzen Arbeitern ihnen selbst nützen kann."

Erika Runge ist nach Südafrika gereist. Trotz ständiger Observation durch die Geheimpolizei konnte sie eine Fülle von Interviews mit Gegnern des Apartheidsystems außer Landes bringen. Sie befragte Vertreter der Großindustrie ebenso wie schwarze Gewerkschafter und ein Mitglied der illegalen KP. Soviel wird deutlich: Mit dem Elend wächst der Widerstand. Die weiße Oberschicht ist zur Sicherung ihrer Privilegien auf Unterdrückung angewiesen. Sie braucht internationales Kapital, um Ressourcen für den „Ausbau des staatlichen Gewaltapparates" freimachen zu können.

Erika Runge hat gründlich recherchiert. Sie legt umfangreiches statistisches Material vor, zitiert aus Veröffentlichungen der Anti-Apartheid-Bewegung und läßt die Betroffenen immer wieder selbst zu Wort kommen.

Literarischer Führer durch die Bundesrepublik Deutschland

Hrsg. von F. und G. Oberhauser. Vorwort von Robert Minder. Insel Verlag, 660 S., Leinen 48,- DM, kartoniert 32,- DM

Das Schulmeisterlein Maria Wutz in Auenthal hätte seine Freude dran gehabt. Und Rektor Florian Fälbel samt seiner Primanerschar wäre dieses Buch auf seiner Wanderung nach dem Fichtelberg gewiß zum unentbehrlichen Reiseutensil geworden. Der umsichtige Gymnasialprofessor führte gern „einige Autoritäten auf, die den Schulmann decken, der mit seinen Untergebenen kurze Ausflüge in deutsche Kreise tut".

Fälbels Methode, auf lehrreichen Reisen jeden Tag eine andere Wissenschaft kursorisch vorzunehmen, hätte seine Scholaren bei gelegentlicher Berührung des Städtchens „Hof" - in Kenntnis des „Literarischen Führers" - um folgendes Wissen bereichert: Daß nämlich an dieser Stelle ein gewisser Nicolaus Decius, geb. 1480, das Amt des Pfarrers verwaltete und seiner Gemeinde u. a. das Lied „Allein Gott in der Höh sei Ehr" hinterließ. (Von Goethes Übernachtung in dem Gasthaus konnte die pädagogische Gesellschaft nichts ahnen, sie fand erst zwanzig Jahre später statt.)

Der „Literarische Führer" kommt also für jenen fränkischen Schulmeister, mit dem Jean Paul die von den Philantropisten propagierten Bildungsreisen parodierte, nicht mehr rechtzeitig.

Wir Zeitgenossen - und diesen Hinweis verdanken wir den Herausgebern - sollten den „Baedeker der Literatur" besser „zwischen den vier Wänden lesen", das nämlich rege „die Phantasie mächtig an". Robert Minder, Verfasser des „Guide littéraire de France" und um ein Vorwort gebeten, wollte dem Verlag wohl eins auswischen; er empfiehlt: „Statt programmierter Verwurzelung und Reduktion auf Bodenständigkeiten ein stetes Gefühl des Flutens und Gleitens so gut wie das Beharren innerhalb einer Totalität."

Werkkreis

Für wirkungslos halten Unternehmer Arbeiterliteratur offenbar nicht.

Blaupunkt-Mitarbeiter wurden von der Geschäftsleitung darauf hingewiesen, daß „Manuskripte . . . grundsätzlich genehmigungspflichtig sind". Und wer sich bei IBM um einen Job bemüht, tritt in seinem Arbeitsvertrag gleich das „weltweite und unbefristete Nutzungsrecht" für alles, was er schreiben, malen oder erfinden sollte, an die Firma ab.

Der „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" hat sich in den vier Jahren seines Bestehens zum Sammelpunkt der Bewegung schreibender Arbeiter entwickelt. In den mittlerweile dreißig regionalen Werkstätten sind mehr als 350 Mitglieder aktiv.

Die Taschenbuchreihe bei Fischer erreicht mit bislang elf Titeln eine Auflage von 200 000. Der Vertrag, der dem Werkkreis die Endredaktion einräumt, ist soeben um ein weiteres Jahr verlängert worden. Die Büchergilde Gutenberg plant für den Herbst eine Prosa-Anthologie von Werkkreis-Autoren, die EVA bereitet einen Band vor, der die Erfahrungen von Betriebsräten mit dem Betriebsverfassungsgesetz auswerten soll. Seit September gibt der Werkkreis eine eigene Zeitschrift heraus.

Seine wichtigste Aufgabe sieht der Werkkreis in der „Errichtung einer Arbeiteröffentlichkeit". In den Streiks der letzten Jahre machten viele Arbeiter ihre eigenen Erfahrungen mit den bürgerlichen Medien. Verdrehungen und Lügen wurden an Ort und Stelle korrigiert: Arbeiter verbrannten die „Bild"-Zeitung und warfen die Zeitungskästen vom Werksgelände.

In einem „Aufruf an die Arbeitenden der Bundesrepublik" forderten der Werkkreis und das „junge forum" der Ruhrfestspiele: „Kollegen! Schreibt Streikbericht!" Die „Tatbestände (sollten) unverfälscht, original, in Wort und Sprache der Betroffenen so vor Augen" geführt werden, „daß die verschobene Perspektive geradegerückt wird."

Von den 60 Einsendungen wurden jetzt 36 als Band 10 der Fischer-Werkkreis-Reihe vorgestellt:

Dieser Betrieb wird bestreikt

Berichte über die Arbeitskämpfe in der BRD. Werkkreis Literatur der Arbeitswelt

Fischer Taschenbuch, 1561, 268 S., 4,80 DM

Das Ergebnis ist ein „Bilderatlas der westdeutschen Streiklandschaft". Die Texte sind Lektionen in Sachen Klassenkampf. Sie variieren ein politisches Thema, das die Tarifauseinandersetzungen der letzten Jahre bestimmte: das Ende des duldsamen Stillhaltens, die Erprobung solidarischer Kampfaktionen.

Doch die Rückeroberung verlassener Schauplätze geschieht zögernd. Für viele war die Waffe des Streiks neu. „Streiks kannte ich nur vom Erzählen. . ." Ein Postbeamter berichtet vom ersten Streik bei der Deutschen Bundespost. Der Streik der Drucker und Journalisten, der klarmacht, „wer eigentlich die Zeitungen herstellt." Kleinere und mittlere Betriebe, die als „unbestreikbar" galten, werden in die Kämpfe einbezogen, Forderungen von neuer Qualität werden aufgestellt: Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist nur ein Anfang zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Sammlung ist nach thematischen Schwerpunkten gegliedert. Das erleichtert die Übersicht nicht gerade, zumal die Probleme und Erfahrungen sich in vielen Bereichen gleichen. Alle Schilderungen behandeln Anlaß und Ablauf, Taktik und Ergebnis der Streiks. Trotz der Vielfalt der gestalterischen Mittel (Bericht, Dokument, Interview, Lehrstück) kommt die Darstellung häufig über bloße Wiedergabe nicht hinaus. Zuwenig ist von persönlichem Beteiligtsein die Rede.

Ausgelassenheit kommt auf, als ein türkischer Dudelsackpfeifer anfängt zu spielen: „Vor dem Werk bilden sich Gruppen aus Männern und Frauen aller Nationalitäten und man beginnt zu tanzen. Die Deutschen machen mit, hilflos am Anfang, aber die Mädchen zeigen ihnen, wie man die Füße setzen muß . . . ‚Dies ist der schönste Tag meines Lebens', sagt ein älterer deutscher Arbeiter, ‚heute halten wir alle zusammen, das habe ich noch nie in meinem Leben erlebt. Pierburg kann uns nicht schaffen!'"

Aber diese Momente sind rar. Angst und Unsicherheit klingen immer wieder durch. Warum verfangen denn die Einschüchterungsversuche? Warum hat die Demagogie solche Chancen? Die arbeitende Bevölkerung steht doch in diesem Jahr nicht besser da.

Man kann den Erzählern aber schlecht anlasten, was der ganzen Bewegung bislang abgeht: Kontinuität. Die demokratische Bewegung ist eben dabei, Geschichte zurückzugewinnen; es scheint, daß sie die Leute hat, die die Geschichte schreibend festhalten.

Um Lernprozesse geht es auch in dem Band:

Mit 15 hat man noch Träume . . .

Arbeiterjugend in der BRD

Fischer-Taschenbuch 1535, 4,80 DM

der sich insbesondere an jugendliche Leser wendet. Lernziel: aufzuzeigen, welche „Schwierigkeiten schon bei der Wahl eines Berufes bestehen und welche bei der Ausübung", zugleich aber „Möglichkeiten zur Verbesserung" anzubieten.

Die Sammlung reiht deshalb auch nicht beiläufig entstandene Texte aneinander. Die meisten Arbeiten sind auf spezifischen Auftrag hin geschrieben. Diese didaktische Konstruktion zerstört nicht die einzelne literarische und politische Absicht, sondern macht sie erst operativ.

Am Anfang stehen hoffnungsfrohe Schulabgänge: „Mit sechs Jahren Lokomotivführer, mit neun Indianerhäuptling, mit zwölf zur See und mit fünfzehn froh sein, überhaupt eine Lehrstelle zu finden." Von der Schule mäßig oder gar nicht für den „Ernst des Lebens" präpariert, kapitulieren viele Lehrlinge vor den beruflichen Zwängen: Ein Werkzeugmacher, durch die Schikanen seines Meisters mürbe gemacht, flüchtet sich als Easy Rider aus der Wirklichkeit.

Anschaulicher kann sein Schulungsheft den Charakter entfremdeter Arbeit darstellen: Lehrlinge basteln einen Oldtimer, den der Chef am Ende einsteckt, denn: „Alles, was sie auf dem Gelände des Werkes tun- ja sogar denken - das gehört mir."

Rainer Kirsch,

Kopien nach Originalen

4 Portraits aus der DDR, Verlag Klaus Wagenbach, Quartalheft 70, 96 Seiten, 7,80 DM

Rainer Kirsch ist ein DDR-Autor. Der Verlag muß dem entgegenwirken: „Rainer Kirsch . . . erzählt spannende Geschichten - unerwartet ironisch und freimütig."

Was da erzählt wird, ist die Geschichte der Erarbeitung einer Utopie; natürlich: spannend. Und cool - wie anders? Unerwartet nur zu Anfang, unerwartet nur für den, dem Sozialismus und Dogma synonym sind.

Kirsch versammelt in seinem Buch vier Reportagen: über drei Wissenschaftler und ein Dorf, über drei Kapazitäten und über die Mittelmäßigkeit in Roßleben an der Unstrut. In welcher Beziehung stehen Dorf-Realität und intellektuelle Hochleistung? „Ob einer Werkleiter wird oder Minister: muß Arbeiter bleiben. Isn't it?"

Ja, „muß". So stehen der Chirurg Professor Schober, der Professor für Schweißtechnik, Dr. Gilde und der Philosoph Professor Loeser zum Beispiel gegen den Pfarrer aus Unstrut: „Aufgabe des Glaubens führt zu Maßverlust und Subjektivismus. Beispiele Hitler oder auch Stalin, die zu Verbrechern wurden, nachdem sie von der Kirche sich gelöst hatten. Franz Josef Strauß? Folgt er den Geboten der Kirche, wird, was er tut, richtig sein (. . .)das war der katholische Kollege, ein wenig jünger als ich, der die Dorfjugend um sich schart. Wenn Sie objektiv berichten, wird es wohl nicht gedruckt, meint er zum Schluß. Manchmal fällt es schwer, Zorn unterzuschlucken. (Auf wen denn?)"

Maßverlust und Subjetivismus beklagt der Pfarrer; Maß und Objektivität sind Arbeitsziel der drei Professoren. Kybernetik ist eine Wissenschaft, mit der alle drei zu tun haben. Wir verstehen vieles nicht. In der DDR ist jeder Schüler mit den Grundlagen der Kybernetik vertraut. Messen und objektivierbar machen wollen sie alles. Sogar die Moral. „Warum aber erschrecken wir, wenn wir hören, daß Moral meßbar gemacht und gar moralische Charaktere auf Maschinen simuliert werden sollen?" Nicht nur Spinoza und Leibniz hatten ähnliches vor; mathematisierbare Normen bestimmen unser alltägliches Verhalten. Der Philosoph Loeser fügt sie zu einer neuen Wissenschaft: Ethometrie. Daneben erarbeitet er so Profanes wie ein System zum rationellen Lesen.

Der Schweißtechniker Gilde bewegt in seinem Kopf den Entwurf einer Maschine, die sich ihre Schweißobjekte selbst sucht. Daneben beschäftigt er sich mit so profanen Dingen wie die Verdoppelung der Kapazität einer Schweißanlage aus der BRD. Der Chirurg Schober will den Tod ausschalten: „Der Mensch, als kybernetisches System betrachtet, ist programmiert, dazu gehören Ausweich- und Ersatzprogramme, der Tod aber ist im Programm nicht vorgesehen, er tritt ein, wenn das System sich irrt, diese Irrtümer müssen korrigierbar sein." Daneben leitet er profane Herzoperationen.

Kirsch zeigt die drei Wissenschaftler als Kämpfer: im Hitlerfaschismus, in der Emigration und heute. Loeser zum Beispiel versichert, daß „Neues in der Wissenschaft durchzusetzen nicht weniger Zähigkeit, Courage und Schlauheit fordert als ein politischer Kampf zuvor". Schober durchstöbert Altmetall-Halden, um eine bestimmte Stahlsorte für eine Herz-Lungen-Maschine zu finden. Seine Konstruktion läßt teure BRD-Fabrikate veralten, er soll einen Preis erhalten. Die Auszeichnung wird mit dem Hinweis, die Herz-Lungen-Maschine sei außerhalb des Plans gebaut worden, verweigert. Ein Jahr später erhält er den Preis doch.

„Erfolg haben ist Pflicht", so die Losung des Professor Gilde. Er und seine Kollegen haben Erfolg. Warum? Weil sie sozialistische Persönlichkeiten sind, weil sie wissen, daß sie für das „Wohl des einzelnen" arbeiten, weil sie sich auf ein Kollektiv stützen können. Das klingt nach Phrase, ja. Wer wissen will, was hinter der Phrase steckt, soll das Buch lesen. Wie gesagt, das ist spannend und cool geschrieben; aber weniger ironisch als humorvoll: Kirsch bemerkt, „daß Humor keinem angeboren wird, sondern durch Erfahrung erworben werden muß, also Parteilichkeit einschließt; ohne daß einem die Welt wehe tut, kann man sie nicht verändern wollen."

Kirschs „Kopien nach Originalen" sind Propaganda für die DDR. Sie werben für ein System, in dem die Liebe als sechste und höchste Bewegungsform der Materie gedacht wird und der Gedanke gleich wieder verworfen wird, in dem der Schweißtechniker seine kühnsten Ideen beim Ausritt entwirft, in dem die Abiturienten immer noch Radio Luxemburg hören, aber nicht in der Bundesrepublik leben wollen („Freilich mit dem Zusatz zum Nein: mal hinfahren, ansehn. Wiederkommen.")

Konkret 02/75, S. 51

Hartmut Schulze

Angelique und das Diktat der Massen

In KONKRET 3/74 beschrieben wir, wie der Bertelsmann-Konzern seinen Buchclub-Mitgliedern in Millionen-Auflage Seichtes bis Menschenfeindliches vergaßt. Bertelsmann dominiert den Markt. Doch Leseringe mit dem Gütersloher Konzern gleichzusetzen, wäre fatal.
Über die Büchergilde Gutenberg:

Schließlich entspringt auch gerade die Geschichte der Buchgemeinschaften dem Drang des arbeitenden Volkes, seine kulturelle Unmündigkeit zu überwinden. Wenn Willi Bredel in seinem Roman „Die Väter" beschreibt, wie Hamburger Zigarrenmacher Ende des vorigen Jahrhunderts reihum das Pensum eines ihrer Kollegen miterledigten, damit er ihnen vorlesen konnte, war das eine der Keimzellen späterer Buchgemeinschaften der Arbeiterbewegung. Unter der Losung „Wissen ist Macht" wurden dann 1925 ihre einflußreichsten mit der „Universumbücherei für alle", die der KPD nahestand, und der Büchergilde Gutenberg gegründet.

„Als das Brot knapp war, Hitler auf der Festung Landsberg „Mein Kampf" schrieb und das Bürgertum sich Spenglers „Untergang des Abendlands" zur Lieblingslektüre erkor, rief der Vertretertag des Bildungsverbands der deutschen Buchdrucker . . . die Büchergilde Gutenberg ins Leben. Damit hob wohl zum erstenmal eine Arbeiterversammlung die Hand, um unbeeinflußt von Profit-Interessen irgendwelcherart in die Buchproduktion einzugreifen." So beschreibt ihr erster Lektor, der Arbeiterschriftsteller Ernst Preczang, die Gründung der gewerkschaftlichen Buchgemeinschaft. Auch heute noch arbeitet sie ohne Profit, ihre Hauptgesellschafter sind der DGB und die IG Druck und Papier, deren Vorsitzender Leonhard Mahlein zugleich Vorsitzender des Büchergilde-Aufsichtsrats ist.

Die politische Programmatik jedoch hat sich schon sehr rasch nach der Gründung gewandelt. Findet man in den Anfangsjahren vorwiegend marxistische und gewerkschaftliche Sachbücher und Unterhaltungsliteratur fortschrittlicher Autoren wie Jack London, Mark Twain, Upton Sinclair oder B. Traven (dessen literarische Entdeckung das Verdienst der Büchergilde ist) und Bücher aus der jungen Sowjetrepublik, steht das Angebot bald unter dem Motto: „Bücher erlösen Dich von der Welt" (Gilde-Zeitschrift von 1927). Die Büchergilde mit ihren 80 000 Mitgliedern wird zum ideologischen Instrument der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer. Ihre antifaschistischen Grundlagen hat sie aber nie verlassen: 1933 besetzte SA die Räume der Buchgemeinschaft. Während Bertelsmann seine Feldpost-Bücher druckte, wurde die Büchergilde Gutenberg der „Deutschen Arbeitsfront" einverleibt.

Bei der Neugründung 1947 wurde der alte Grundsatz, Bücher „voll guten Geistes und von schöner Gestalt" verbreiten zu wollen, bekräftigt. Tatsächlich präsentiert die Gilde ihr Programm in „technisch und künstlerisch vollendeter Ausführung", wie die Satzung fordert. 62 mal wurden bisher Gilde-Produkte zu „schönsten Büchern des Jahres" gewählt. Ein herausragendes Werk unter ihnen: Pablo Nerudas „Aufenthalt auf Erden" mit 18 Originalholzschnitten von HAP Grieshaber und einer Typographie des Leipziger Professors Albert Kapr - kein kostbares Einzelstück für Bibliomanen, sondern mit 45 DM für ein großformatiges Werk auf 224 Seiten Spezialpapier durchaus ‚preiswert`. Überhaupt liegen die Preise der Gilde oft unter vergleichbaren Angeboten der Konkurrenz.

Aber wie steht es mit dem nicht näher definierten Satzungspostulat, „inhaltlich gute Bücher" herausgeben zu wollen?

Neben Holtzbrincks Deutschem Bücherbund ist die gewerkschaftliche Gilde mit 300 000 Mitgliedern die einzig nennenswerte Bertelsmannfreie Buchgemeinschaft in der Bundesrepublik. Peinlich genug für die Kollegen, wenn sie sich dann ausgerechnet vom „Vorwärts" vorhalten lassen müssen: „Auf dem Gebiet der Belletristik pflegt die Gilde ein für-jeden-etwas-Programm, das nach rein kommerziellen Richtlinien aufgebaut scheint."

Sicher, da stehen im Vordergrund Solschenizyn und Simmel - aber auch Brecht und George Grozs, Böll und Kesten haben hervorgehobene Prominenz. Auch DDR-Autoren wie Hermann Kant, Christa Wolf und Ulrich Plenzdorf werden vorgestellt. Breiten Raum nehmen Klassiker-Ausgaben ein, und zwar die durchaus nicht selbstverständlichen Heine, Büchner, Kleist, Tolstoi, Lessing, Lichtenberg, Thomas und Heinrich Mann.

Ähnlich schillernd wie das Belletristik-Programm ist das Angebot an politischen Sachbüchern (das übrigens weit größer ist als bei anderen Buchgemeinschaften). Es reicht von Carlo Schmid über Fetschers Marx-Töter-Buch bis zum Hitler-Biographen Fest, von einer Anarchismus-Anthologie über Daniel Ellsbergs Vietnam-Enthüllungen bis zur Kapitalismus-Apologie in H. Ehrenbergs „Zwischen Marx und Markt". Sozialistische Klassiker-Texte fehlen ebenso wie aktuelle

marxistische Analysen; gewerkschaftliche Themen sind mit einem einzigen Titel vertreten.

Das einzige Buch, das man der „Literatur der Arbeitswelt" zurechnen könnte, ist Wallraff/Engelmanns „Ihr da oben - wir da unten". Und auch das ist nur „beschränkt lieferbar".

Keine Lieferbeschränkungen gibt es dagegen für Anne Golon. Ganzseitig wird in der letzten Gilde-Zeitschrift ihr achter Angélique-Roman gepriesen. „Auch dem unterhaltenden Buch gibt die Büchergilde Platz im Angebot", wird erklärt, und wer wollte dagegen sein, wenn die Gilde versichert: „Daß dabei Unterhaltung nicht mit seichten Lächerlichkeiten verwechselt wird, nicht mit Heimatschnulzen und ‚Romanen, die das Leben schrieb', ist selbstverständlich." Leider nicht. Jedenfalls dann nicht, wenn die Gilde meint, sich zu höchsten Absatzzahlen verpflichten zu müssen wie in Golons Achter, in der Angélique „noch einmal schön und strahlend wie eh und je daherkommt. Sie trifft auf die Herzogin von Maudribourg, ihre große Gegnerin, die - Engel und Teufel zugleich - zu einem neuen Prüfstein für die Heldin wird."

„Käuferwille", die alte Leier vom „Diktat der Massen" - so rechtfertigt auch Gilde-Lektor Geissler die Schnulzenproduktion seiner Buchgemeinschaft und sucht die Entschuldigung mit dem Hinweis auf „Schlimmeres": „Warum soll ein Arbeiter, der abends angespannt von seiner Taktstraße nach Hause kommt, so etwas nicht lesen?" Friedrich Engels antwortet: „Ja die Liebe ist überall und immer der Zaubergott, der über alle Schwierigkeiten des praktischen Lebens hinweghelfen soll und das in einer Gesellschaft, die in Klassen mit diametral entgegengesetzten Klasseninteressen gespalten ist."

Die Büchergilde scheint ihren Aufgabenbereich kaum noch aus dem traditionellen Arbeiterbildungsgedanken ableiten zu wollen; wohl aber aus „sozialpartnerschaftlicher" Verpflichtung, für möglichst reibungslose Reproduktion der Arbeitskraft zu sorgen: „Wer den ganzen Tag angespannt arbeitet, hat Anspruch auf Entspannung (ist Anspannung ohne Entspannung möglich?!)." So stützt auch die Büchergilde die Ideologie des Dualismus von Betrieb und wachsender Freizeit, wobei sie sich brüstet, auf dem Weg zur „Freizeit-Gilde" zu sein. Und das nur, weil sich ihre Angebotsillustrierte zur Hälfte in nichts mehr von den hinteren Seiten eines Otto-Katalogs unterscheidet: Schallplatten (u. a. dreimal Heino, siebenmal James Last), Fernsehapparate, „etruskische" Kacheln (68 DM das Stück), Teppiche, Gesellschaftsspiele und „Schwingsessel".

Schon zum vierzigjährigen Jubiläum vermochte die Frankfurter Rundschau im Programm „kaum noch eine Spur der so betont antikapitalistischen Frühzeit der Büchergilde wiederzufinden." Heute will Lektor Geissler nicht einmal eindeutig ausschließen, daß gewerkschaftsfeindliche Literatur im Programm der Büchergilde Platz hätte.

Hier wird deutlich, wie notwendig eine inhaltliche Präzisierung der Gilde-Satzung im Sinne des DGB-Grundsatzprogramms wäre, in dem verlangt wird, „alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen." Zunächst sollten sich diese Forderung die Gilde-Mitglieder selbst zu Herzen nehmen und über die Vertrauensleute (über zehntausend ehrenamtliche Mitarbeiter, die den Kunden das Angebot erläutern) versuchen, größeren Einfluß auf die Programmgestaltung zu nehmen.

Das ARD-Kulturmagazin „ttt" hat sich kürzlich mit der Frage „Was lesen Arbeiter?" beschäftigt. Jack London, Dostojewsky, Werkkreis-Literatur, - in diese Richtung zielten die meisten Antworten. Darauf angesprochen, versichert die Büchergilde eilfertig, sich mehr um „Literatur der Arbeitswelt" (was läge näher) kümmern, mit dem Werkkreis zusammenarbeiten zu wollen. Aber - ach - man habe eben heute keinen Schriftsteller vom Rang eines Sinclair. Diese Ausrede zu entkräften, liegt jetzt bei den fortschrittlichen Autoren.

Im Augenblick beherrschen noch Schriftsteller wie Grass das Terrain. Die Büchergilde prüft gegenwärtig einen Vorschlag, den Grass in seiner Jubiläumsrede für die Buchgemeinschaft aus der Tasche zog: die Einrichtung einer „Arbeiterbibliothek". Bisher kam dazu nur öffentliche Kritik von rechts, von Marcel Reich-Ranicki. Schlimm genug, denn was Grass da vorschlägt - abgesehen davon, daß 17 der erwähnten 20 Titel bereits von der Büchergilde vertrieben werden, - ist insgesamt gesehen ein Hohn auf die aktuellen kulturellen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung: Grimmelshausens „Simplicius", James Joyce, Kafkas „Schloß" oder Schillers „Geschichte des Abfalls der Vereinigten Niederlande" - der bigotte Dichterfürst hätte sich ein anderes Forum als die Büchergilde suchen sollen, um seinen intellektuellen Sadismus zu befriedigen.

In eine solche „Arbeiterbibliothek" gehören Bücher, die den Arbeiter unterhaltend lernen lassen, die seine gesellschaftliche Situation, seine Wirklichkeit in ihrer Veränderbarkeit beschreiben. Hier ist ein Hinweis auf die „Kleine Arbeiterbibliothek" des „Kürbiskern" angebracht, die an die Tradition des „Roten-l-Marks-Romans" der zwanziger Jahre anknüpft, zumal die Namensgleichheit kaum zufällig sein dürfte.

Der DGB selbst sollte in seiner eigenen Buchgemeinschaft endlich seine eigenen „Kulturpolitischen Grundsätze" von 1963 mit ihrem antiimperialistischen, demokratischen Charakter durchsetzen. 50 Jahre Büchergilde Gutenberg - das wäre ein Anlaß für einen neuen Anfang.

Konkret 02/75, S. 53

Post

Ein Zufall brachte mir die Zeitschrift KONKRET ins Haus. Jetzt verstehe ich, warum die SPD langsam aber sicher kaputt geht. Wenn ich es mir genau überdenke, ist das wahrscheinlich auch Ihre Absicht. Auf jeden Fall sollten wir Sie und Ihre Mitarbeiter Alice Schwarzer (wenn man schon deren Visage sieht), Böll, Dutschke usw. auf eine Ordensliste für nützliche Idioten setzen.

Hans Hochstätter,

Kitzbühel

Im Namen unserer Initiative möchten wir uns dafür bedanken, daß KONKRET in mutiger und offener Weise zum Thema Kernkraft-Technik Stellung genommen hat. Wir werden uns nach Kräften bemühen, Ihren Artikel weiter zu verbreiten. In unmittelbarer Nähe von Kassel wird demnächst ein Atomkraftwerk gebaut, 60 Kilometer nördlich von Kassel, in Würgassen, steht schon eines. Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Bevölkerung aufzuklären, was auf sie zukommt, wenn sie weiter schläft. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, den KONKRET-Artikel als Sonderdruck herauszubringen.

Aktion Umweltschutz im Forum 3 Kassel e. V.,

Karl Fischer

Der Heidemarie Wieczorek-Zeul (KONKRET 3/74) wäre -nicht zum erstenmal - empfohlen, sich mit der Sprache der Arbeitnehmer auseinanderzusetzen und aus ihr zu lernen. Auch ein sozialdemokratisches Parteichinesisch läßt sich verlernen.

Walter Jacobi,

Freiburg

Mit CDU-MdB Norbert Blüm beißt KONKRET sich selbst und seinen Lesern in den Hintern. Einerseits genießt er in der CDU als Alibi-Linker

Narrenfreiheit, andererseits singt er eben doch des Lied, des Brot er ißt, nämlich das Lied von FJS. Einerseits ist sein Artikel gegen die FDP alles andere als konkret, andererseits schaffte er damit eine konkrete Verwirrung unter den Linken. Oui bono?

Hans-Georg Müller,

Heidelberg

Li Hsien-nien (bei Ihnen in der Hanyü Pinyin-Umschrift Li Hsian-nian), seines Zeichens stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China, dürfte beglückt sein über die Geschlechtsumwandlung, die Herr Buchholz an ihm vorgenommen hat. Immerhin war er seit seinem Geburtsjahr 1905 mit dem Makel behaftet, männlichen Geschlechts zu sein. Zwar liegt Herr Buchholz nicht ganz schief in der Annahme, daß es im chinesischen Kabinett eine Frau gibt: Sie ist stellvertretender Außenminister und heißt Wang Hai-jung. Sie ist die Nichte von Mao und erst 30 Jahre alt.

Doris Götting,

Köln

In KONKRET 3/74 bringen Sie eine Aufstellung von rechtsorientierten Organisationen. Wir möchten Ihnen mitteilen, daß wir uns zu diesen Org. gehören nebst den uns angeschlossenen Gruppen, die wiederum mit der „Ordensgemeinschaft des Reichbekenntniskreuz" sich zur „Nationale Front" zusammengeschlossen haben. Dem Führungsring gehören u. a. der Leiter der „Sozialrevolutionäre Kampfgemeinschaft Deutschlands", der Bürgerinitiativen für Freiheit + Recht + Ordnung (BfF+R+O), der Aktion Rettung aus gesundheitlicher Not (ARN) und der nationalen Gruppen in Österreich an.

Unterschrift (unleserlich) Generalsekretär der NF

Geschäftsf. Vors. des Bund der Aufrechten,

Heiden

Was sollte das mit der „Allianz gegen den Fortschritt"? Da bleibt einem ja die Spucke weg. Liebe Leute, das war fast „Bild"-Stil, da läßt sich mit fundierter Kritik viel mehr erreichen. Sollten da die Maoisten aufheulen? Steht zu befürchten, daß da einige aufheulen werden, lohnt sich aber nicht. Ein paar Seiten weiter sagt Walter Jens dem Martin Buchholz, was da noch zu sagen wäre: „Wer mit Dutschke redet, sitzt mit ihm im gleichen Boot. So einfach ist das." So einfach kann man sich das machen - leider in KONKRET.

Rainer Barczaitis,

Göttingen

Eine journalistische Meisterleistung ist es gewiß nicht, was Ihr da in KONKRET 3/74 unter der Überschrift „Student ans Gewehr" abgedruckt habt. Ihr hättet Interviewpartner Leber im Gespräch mit den hirnrissigen Ausführungen der „Wehrkunde" konfrontieren sollen. Stattdessen jubelt Ihr dem Schorsch nachträglich Absichten unter, die er mit den Bundeswehr-Hochschulen nicht erreichen kann und will.

Helmut Bock,

Hamburg

Als die erste Nummer des neuen KONKRET erschien, freute ich mich aufrichtig: Endlich ein Organ, wo sich die linken Fraktionen nicht gegenseitig zerfetzen, sondern gemeinsam gegen den Feind, der rechts steht, vorgehen. Nach Lektüre von Heft 3 fühle ich mich verschaukelt: Also auch wieder ein Blatt zur höheren Ehre der DKP-Strategie. Was hat die Auseinandersetzung mit China mit dem Kampf gegen die Restauration zu tun. Ich stimme mit Herrn Buchholz überein. Auch mir ist die Bündnispolitik der Chinesen nicht sympathisch. Wie er argumentiere ich moralisch (manche Freunde nennen das kleinbürgerlich). Nur: ich nehme Ihnen und Herrn Buchholz Ihre Entrüstung nur ab, wenn in der nächsten Nummer eine Dokumentation über die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der BRD und der Sowjetunion zu finden ist. Man kann nicht in einem Fall realpolitisch entschuldigen, was man im andern Fall moralisch angreift. Werde ich im nächsten KONKRET lesen, daß die DDR keine politischen Flüchtlinge aus Chile aufnimmt, wohl aber mit der Junta Wirtschaftsbeziehungen unterhält? Werde ich lesen, an wen die UdSSR Waffen liefert und wie Kommunisten in diesen Ländern behandelt werden?

Dr. Thomas Rothschild,

Stuttgart

Großes Lob zuerst: Das neue KONKRET ist wirklich sehr gut. Es hat die Chance, die ehrenvolle Nachfolge der „Schau-" bzw. „Weltbühne" anzutreten. Aber nun zu den Forderungen:

- Wie steht's bei Euch mit der Mitbestimmung, mit „innerer Pressefreiheit" und den Rechten der Mitarbeiter?
- Wenn schon keine Transparenz der Kapitalstruktur, dann mindestens regelmäßiges Aufschlüsseln der Einnahmen und Ausgaben nach dem Beispiel des „Nouvel Observateur".
- Warum wird KONKRET bei Krupp gedruckt?

Siegfried Moser,

Frankfurt

[illegible]

[illegible]

Konkret 02/75, S. 54

Dietrich Kittner

Turfschwindel

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Sportfreunde zuhause an den Lautsprechern, ich melde mich hier aus den gepflegten wertbeständigen Anlagen der staatlichen Bonner Galopp-Rennbahn.

Das Ereignis, meine Damen und Herren, dem wir alle wohl mit Recht entgegenfiebern, ist der große Hindernislauf um die „Goldene Nase" in der BRD.

Die beiden Hauptkontrahenten des heutigen Tages sind die Jockeys McLohn und P. Rofit. Aber da ist das Feld bereits auf der Strecke. P. Rofit reitet „Konjunktur", unterstützt von seinen Gefährten „Kapital", „Dividende" und „Inflation" aus dem Stall Rendite.

Um das Pferd von McLohn, meine Damen und Herren, -das muß hier nachgetragen werden - gab es gleich zu Beginn des Rennens einen riesigen Skandal. An sich hätte McLohn heute „Stabilität" reiten sollen- und „Stabilität", das ist auch ein Pferd, auf das viele gerade der kleinen Wetter hier auf dem Rennplatz ihre ganzen Ersparnisse gesetzt hatten - aber da wurde „Stabilität" vom Sattelplatz weg gestohlen und ist nun wohl irgendwo hier in den wertbeständigen' Anlagen versteckt.

So blieb denn McLohn nichts anderes übrig, als auf sein immer wieder stark nachhinkendes Ersatzpferd „Sozialpartner" umzusteigen und die vielen kleinen Wetter hier sehen ihre Chancen um ein Erhebliches verringert.

Aber da biegt das Feld bereits in die Zielgerade. Ganz vorn liegt die - allerdings etwas überhitzt wirkende - „Konjunktur". Danach „Kapital", „Dividende" . . . Weit abgeschlagen, weit zurückgefallen müht sich McLohn auf „Sozialpartner". An sich hätte ihn heute hier, wie gesagt, „Stabilität" tragen sollen, und „Stabilität", nun, die hätte sicherlich den Sieg oder einen besseren Platz für McLohn bedeutet; aber „Stabilität" ist eben nicht mehr da.

So muß denn McLohn mit dem wirklich schon etwas abgehalfterten „Sozialpartner" vorlieb nehmen, der überdies gedopt, künstlich beruhigt, zu sein scheint. Denn immer dann, wenn McLohn auf einer Gefällstrecke den Abstand zu P. Rofit etwas verringern konnte, immer dann blieb „Sozialpartner" plötzlich unvermittelt stehen und scheute. Das konnte nicht gut gehen. So konnte denn P. Rofit dort hinten auf dem steilen Anstieg, gleich hinter der Talsohle „Konjunktur" kräftig die Peitsche geben und damit den entscheidenden Vorsprung herausholen.

Und jetzt, meine Damen und Herren, jetzt brechen sie an, die letzten spannenden Sekunden. Das ist das Finish hier im großen Hindernislauf um die „Goldene Nase". An der Spitze noch immer „Konjunktur". Aber da schiebt sich aus dem Hintergrund hervor „Inflation", geht vorbei an „Kapital", an „Dividende" und da - ja ist denn das die Möglichkeit - da beginnt „Inflation" zu galoppieren, zieht gleich mit „Konjunktur" . . . Und in diesem Augenblick gehen „Inflation" und „Konjunktur" Kopf an Kopf durchs Ziel! Wer die Nase im einzelnen vorn gehabt hat, ist von hier aus nicht zu erkennen, das wird das Zielfoto entscheiden müssen. Es ist an sich ja auch gleichgültig, denn auf jeden Fall geht die „Goldene Nase" an den Rennstall Rendite, der mit „Kapital" und „Dividende" auch die Plätze belegt.

Abgeschlagen folgen dann McLohn mit „Sozialpartner", und „Fiskus". „Fiskus", ein Pferd, dem von Fachleuten auf dem Rennplatz hier ohnehin nur eine Außenseiterchance zugebilligt worden war, und das von „Kapital" und „Dividende" schon auf den ersten Metern mühelos überholt worden war. Hier hat wohl doch die bessere Kondition den Ausschlag gegeben, die bessere Kondition durch das intensivere Training auf den fetten Weidegründen Liechtensteins und der Schweiz, für „Kapital" und „Dividende" eine Selbstverständlichkeit; „Fiskus" hatte hier wieder einmal das Nachsehen.

Den siebten Teilnehmer -„Reform" aus dem Gestüt Brandt - nun, den kann man wohl nur noch unter „ferner liefen" nennen: nach drei Runden Rückstand ist hier offensichtlich entmutigt aufgegeben worden.

Fazit: Einige wenige Gewinner können hohe Quoten HORTEN. Die Mehrzahl der kleinen Leute, die auf „Stabilität" und „Reform" gesetzt hatten, sieht sich um die Ersparnisse betrogen und murmelt ein bitteres verFLICKst.

Konkret 02/75, S. 55

Radikalauer

TOM MOTS

Aus dem Konzept der Großstadtguerilla:

a) die Bourgeoisie verunsichern - Mülleimer umkippen, klingeln und weglaufen

b) den Geschäftsablauf stören - kleingeschnittene Harzer in Boutiquen verstecken, Stinkbomben in Kirchen platzen lassen

c) den Kapitalismus besiegen -Zuckerhüte, Streichhölzer und Rum kaufen, Feuerzangenbowlen werfen, fertig.

Wenn man diese teuflische Heidi so sieht, dann weiß man, warum die Preise steigen. 511

„Bitte Rattengift", bat der Kunde eingedenk der führenden Männer einer politischen Richtung den Apotheker, „für etwa drei Personen".

„Ich werde mir noch eine Erkältung holen." „Bringst mir eine mit?"

Der Berliner Schulsenator ist aus der GEW ausgetreten. Wann verläßt Hans Martin Schleyer die IG Metall?

Alle Macht den Aufsichts-Räten.

Anmerkung zum Bürokratie-Problem: Die Kartei hat immer Recht.

Noch eine Nostalgie-Blüte: einige flotte Jungunternehmer wollen Auschwitz im Jugendstil neu aufbauen.

Früher war alles besser, dachte der Mann, als seine Frau spät in der Nacht nach Hause kam und den ganzen Lohn versoffen hatte.

Einen neuen Selbstmordrekord stellte ein junger Schwarzer in Alabama auf: Die Polizei zählte 23 Einschüsse.

„Eigentum", sagt der Grundgesetzexperte, „verbietet, ne, verbindet, ää, verbittert, verdattert, verpichelt, also Eigentum versichert, verwittert, ver. . . verdingsbumst, Sie wissen ja."

Vorwahl

28. 10.: *Strauß* versichert, er wolle nicht Kanzler werden, müsse er doch damit rechnen, daß man ihm im Wahlkampf die Sünden seiner Vergangenheit, insbesondere Lug und Trug, Trunksucht, Orgien und Beteiligung an allerlei unseriösen Geschäften vorhalte.

28. 10.: *Kohl* wird durch die Konstituierung des „Bund freies Deutschland" der Lüge überführt - hatte er doch am Vorabend das Thema „4. Partei" als töter denn tot bezeichnet.

3. 12.: *Köppler* bestreitet, daß er mit der Kirchensteuer im Rückstand ist, obwohl es schon im „Spiegel" stand.

4. 12.: Vor der sowjetischen Botschaft in Bonn wird *Filbingers* Wagen beobachtet und fotografiert. Als Grund gibt der Ministerpräsident eine plötzliche Reifenpanne an.

8. 12.: Es wird bekannt, daß *Carstens* schon in der Schule seine Aufsätze abschrieb und jetzt seine Reden. „Bild" fragt, was er denn noch abschreiben wolle.

10. 12.: *Stoltenberg* stürzt in der Nacht aus ungeklärter Ursache (man munkelt: Kreislaufschwäche) die Treppe herab und verletzt sich am Kopf.

15. 12.: Auf einer Veranstaltung mit *Biedenkopf* tritt eine Gruppe homosexueller Politik-Studenten mit Plakaten und Sprechchören „Schwule für Biedenkopf" in Erscheinung.

16. 12.: Beim zuständigen Pfarramt geht *Köpplers* Austrittserklärung ein.

18. 12.: Auf einer belebten Stuttgarter Straße trifft *Filbinger* (angeblich zufällig) auf Horlemann.

24. 12.: *Köppler* wird auf einem Trip überrascht. *Biedenkopf* liegt volltrunken in einem Bonner Gebüsch. *Stoltenberg soll* in einem Wutanfall seine Frau verprügelt haben.

26. 12.: *Carstens* vermißt seine Steuerklärung.

1. 1.: Kohl kann seine Rede in Mainz nicht halten, da die Saalmiete abgesagt worden ist und der Raum von Karnevalklubs genutzt wird.

21. 1.: *Filbinger* wird beim Rauchen kubanischer Zigarren ertappt.

23. l.: *Köppler* dementiert, auf einer Tagung der Jesus Poeple getanzt zu haben, verzichtet zugleich aber auf jede Kanzlerkandidatur.

1. 2.: *Biedenkopf* bricht öffentlich in Tränen aus, nachdem seine Liebesbriefe an „Quick" erschienen sind, und verzichtet daraufhin auf jede Kanzlerkandidatur.

13. 2.: *Filbinger* verzichtet ebenfalls, nachdem er im Staatsforst beim verstohlenen Pinkeln in einen Toten Briefkasten beobachtet und so als V-Mann enttarnt wurde.

4. 3.: Zu einer Party bei *Kohl* erscheinen statt 35 insgesamt 5000 geladene Gäste.

9. 3.: Ministerpräsident *Stoltenberg* findet auf dem Ehrenmal Laboe einen Packen Pornohefte, die er empört zerreißt und schnipselweise über das flache Land zu seinen Füßen verstreut. Gegen ihn wird ein Ermittlungsverfahren wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften eingeleitet.

1. 4.: Als einziger Kanzlerkandidat ist *Kohl* nachgeblieben. Er begibt sich in ein Fotoatelier, wo ihn der Fotograf überredet, sich der größeren Wirkung halber noch auf ein Buch zu stellen, bei dem es sich jedoch um ein mit Leim bestrichenes Exemplar des Grundgesetzes handelt, auf dem Kohl prompt kleben bleibt und so die Verfassung mit Füßen tritt.

Ende Mai/Anfang Juni: Alfred Dregger kann nunmehr ohne Widerstand einmütig Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten bestimmen lassen, denn, so sagen sich die Delegierten angesichts der Entwicklung: „Dann schon lieber Strauß".